Manfred Wilke
unter Mitarbeit von Gerhard Ehlert und Tobias Voigt

Die Anleitung der Lagerarbeitsgemeinschaften durch die SED

1. Was bleibt vom organisierten Antifaschismus der DDR?

2. Die Aufgaben der Lagerarbeitsgemeinschaften in der DDR

3. Der zentrale Parteiapparat der KPD/SED und der organisierte Antifaschismus
3.1. Die Ausschüsse „Opfer der Faschismus“
3.2. Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN)
3.2.1. Die VVN-West
3.2.2. Die VVN-Ost
3.3. Die Arbeit des Komitees der antifaschistischen Widerstandskämpfer (KdAW) in der DDR im letzten Jahrzehnt der DDR

4. Schluß

Verzeichnis der Dokumente

Dokumente

1. Was bleibt vom organisierten Antifaschismus der DDR?

Die Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ hat in einer Anhörung die legitimatorische Funktion des Antifaschismus für die Herrschaft der SED in der DDR diskutiert.[1] Die Partei organisierte den Antifaschismus in der DDR mit Hilfe von Interessengemeinschaften der Widerstandskämpfer und Opfer der nationalsozialistischen Diktatur und Nationalen Mahn- und Gedenkstätten (NMG) an authentischen Orten. Aber dieses Geflecht von Trägern der antifaschistischen Integrationsideologie wurde von der Kommission nicht untersucht. Es waren aber gerade die Lagerarbeitsgemeinschaften und die Mitarbeiter der Nationalen Mahn- und Gedenkstätten, aus deren Reihen versucht wurde, den Geist des DDR-Antifaschismus in die „neue Zeit“ hinüberzutragen.

1 Vgl. Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Bd. III/1, S. 95-201, Baden-Baden 1995 (künftig: Materialien).

So nahm an der gemeinsam mit dem Innenausschuß des Bundestages durchgeführten öffentlichen Anhörung zur „Beteiligung des Bundes an Mahn- und Gedenkstätten“ in Sachsenhausen[2] der „Interessenverband ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand, Verfolgter des Naziregimes und Hinterbliebener (IVVdN) e.V.“ teil und gab seine Stellungnahme ab.[3] Der IVVdN ist aus dem Komitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer (KdAW) der DDR hervorgegangen. Dessen zentrale Leitung beschloß auf seiner Tagung am 25. Januar 1990, das Komitee in einen eingetragenen Verein zu überführen. Vorsitzender des neuen Vorstandes wurde vorübergehend Peter Florin, der als Sohn des KPD-Politbüromitgliedes Wilhelm Florin mit seinen Eltern 1933 aus Deutschland fliehen mußte und in die Sowjetunion emigrierte. Er gehörte von 1958 bis 1989 dem ZK der SED an, war 1968 Botschafter der DDR in der CSSR und von 1973 bis 1989 einer der stellvertretenden Außenminister. Nach der deutschen Vereinigung konstituierte sich die IVVdN als eingetragener Verein, sie versammelte in ihren Reihen vor allem die tatsächlich im Dritten Reich verfolgten NS-Opfer, Widerstandskämpfer und deren Hinterbliebene, deren soziale Interessen sie vertritt.[4] In der Stellungnahme anläßlich der Anhörung von Innenausschuß und Enquete-Kommission in Sachsenhausen von 1994 bezog sich der Verband explizit auf den in der DDR vertretenen Antifaschismus, er forderte eine gründliche Untersuchung seiner positiven und negativen Ergebnisse und stellte fest: „Antifaschismus ist kein Mythos. Antifaschismus ist für uns eine politische Haltung vieler älterer und glücklicherweise vieler junger Menschen. Er ist politische Idee und Bewegung mit pluralistisch-demokratischem Charakter. Bei der Darstellung des Antifaschismus in der ehemaligen DDR gab es Verzerrungen, Übertreibungen und eine Verengung auf den kommunistischen Widerstand. Bei der Neugestaltung der Gedenkstätten müssen deshalb die gesamte Breite und der demokratische Inhalt des Widerstandes verdeutliche werden.“[5] In der Gedenkstättenarbeit, vornehmlich in Brandenburg, Berlin und Thüringen, sind die Lagergemeinschaften weiterhin als Stimme der Opfer bedeutsam, ihrer Forderung einer differenzierten Würdigung des Antifaschismus in der DDR hat die Kommission in ihrem Bericht prinzipiell zugestimmt. Aber sie hat auch in aller Deutlichkeit festgestellt: „Die spezifische Ausprägung des Antifaschismus in der DDR läßt es ausgeschlossen erscheinen, in der notwendigen Auseinandersetzung mit rechtsextremen Tendenzen an den DDR-Antifaschismus anzuknüpfen, für den eine Distanz zum demokratischen Denken – insgesamt gesehen – charakteristisch war.“[6]

2 Materialien, a. a. O., Bd. IV, S. 221-573.
3 Materialien, a. a. O., S. 474 ff.
4 Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz: „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten“ (VVN-BdA) Organisation – Entwicklung – Aktionsfelder – Wirkungen 1947-1997, Köln 1997, S. 69 ff.
5 A.a.O., S. 476.
6 Materialien, a. a. O., Bd. I, S. 280.

2. Die Aufgaben der Lagerarbeitsgemeinschaften in der DDR

In der DDR existierten vor 1989 sieben Lagerarbeitsgemeinschaften (LAG), und zwar als „Organe der Zentralleitung des Komitees der antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR“.[7] Die sieben LAG's organisierten die überlebenden Häftlinge der nationalsozialistischen Konzentrationslager Auschwitz, Buchenwald-Dora, Dachau, Mauthausen, Neuengamme, Ravensbrück und Sachsenhausen. Ihnen gleichgestellt waren die Sektionen „Spanienkämpfer“, ehemalige Angehörige der „Armeen der Anti-Hitler-Koalitionen“ und die Arbeitsgemeinschaften politischer Häftlinge des Zuchthauses Brandenburg. Die Leiter der Lagerarbeitsgemeinschaften wurden vom Präsidium des KdAW „bestätigt“, mit anderen Worten, die Personalentscheidungen für die Leitungen der Lagerarbeitsgemeinschaften wurden von der Führung des KdAW getroffen. An seiner Spitze stand seit 1971 Otto Funke, er wurde 1935 verhaftet und für seine illegale Tätigkeit für den Kommunistischen Jugendverband (KJVD) im Rheinland zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Nach 1945 war er lange Jahre Erster Sekretär der SED-Bezirksleitungen Gera und Suhl, dem Zentralkomitee der SED gehörte er seit 1963 an.[8] Die „Anleitung“ der Lagerarbeitsgemeinschaften durch das Präsidium und das Sekretariat des KdAW entsprach der Praxis in anderen SED-Massenorganisationen. So war das Sekretariat des FDGB-Bundesvorstandes zuständig für die „Kaderarbeit“ in den Zentralvorständen der Industriegewerkschaften und Gewerkschaften des FDGB.[9] Die wichtigsten Aufgaben der Lagerarbeitsgemeinschaften waren nach den Richtlinien:

1. Beiträge zur „kommunistischen Erziehung der jungen Generation zu leisten“,
2. Unterstützung der Forschung zur Geschichte der KZ-Lager,
3. Zusammenarbeit mit den „Nationalen Mahn- und Gedenkstätten“ und

7 Vgl. Dokument 1: Richtlinien für die Arbeit der Lagergemeinschaften (LAG) – Sektionen und die Arbeitsgemeinschaften (AG) als Organe der Zentralleitung des Komitees der antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR.

8 Vgl. Günther Buch: Namen und Daten wichtiger Personen der DDR, 4. überarbeitete Auflage, Berlin, Bonn 1985, S. 78.

9 Im Geschäftsbericht des Sekretariats des Zentralvorstandes der IG Druck und Papier im FDGB, der der außerordentlichen Zentraldelegiertenkonferenz Anfang März 1990 vorgelegt wurde, heißt es rückblickend über die Prinzipien, die für Kaderarbeit im Sekretariat des FDGB-Bundesvorstandes galten: „Die Kaderarbeit war fest eingefügt in die dafür bestimmten Beschlüsse des Bundesvorstandes des FDGB. So durfte kein hauptamtlicher Funktionär einer ehemaligen Blockpartei angehören oder parteilos sein. Der Anteil der SED-Mitglieder eines gewählten Vorstandes war vorgeschrieben und wurde vom Sekretariat bestätigt. Sie durften keine Kontakte – weder persönlich noch postalisch – mit Bürgern kapitalistischer Länder einschließlich der BRD und Berlin-West haben.“ Zit. nach: Manfred Wilke/Hans-Peter Müller: Zwischen Solidarität und Eigennutz. Die Gewerkschaften des DGB im deutschen Vereinigungsprozeß, Forschungsbericht 68 der Konrad-Adenauer-Stiftung, Melle 1991, S. 190.

4. für die antifaschistische Repräsentanz der DDR im inneren und nach außen zu sorgen.

In internationalen Angelegenheiten waren die Lagerarbeitsgemeinschaften verpflichtet, ihre Aktivitäten mit dem Sekretär für internationale Verbindungen in der Zentralleitung des KdAW abzustimmen. Diese Richtlinien dienten somit dazu, die in den Lagerarbeitsgemeinschaften organisierten Häftlinge der nationalsozialistischen Konzentrationslager als authentische Zeitzeugen in den antifaschistischen Ritualen einzusetzen. Hat doch die SED den Antifaschismus in der DDR „geradezu zu einer säkularisierten Religion ausgebaut".[10] Die Richtlinien verpflichten die überlebenden Opfer der nationalsozialistischen Konzentrationslager in ihrem öffentlichen Auftreten auf die kommunistische Definition des Antifaschismus.

3. Der zentrale Parteiapparat der KPD/SED und der organisierte Antifaschismus

Die Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" hat sich in ihrer öffentlichen Anhörung mit Inhalt, Geschichte, Ambivalenz und Wirkung des instrumentellen Antifaschismus der SED auseinandergesetzt, ohne auf seine Organisationsformen einzugehen und seine „Anleitung" durch den zentralen Parteiapparat der SED zu untersuchen. Auch die wissenschaftliche Erforschung der Strukturen und Methoden des organisierten Antifaschismus in der DDR steht noch aus und kann auch nicht im Rahmen dieses Berichts geleistet werden. Eine der Ursachen hierfür liegt auch in den nicht vollständig erschlossenen Archivalien von SAPMO, so stammen die in diesem Bericht enthaltenen Dokumente aus dem noch nicht erschlossenen Nachlaß von Erich Mückenberger, der von 1971 an als Nachfolger von Hermann Matern Vorsitzender der Zentralen Parteikontrollkommission (ZPKK) der SED war und in dieser Eigenschaft auch zuständig für das KdAW.[11]

3.1 Die Ausschüsse „Opfer des Faschismus"

Am Beginn des noch von der KPD organisierten Antifaschismus unmittelbar nach Ende des Krieges stehen die Ausschüsse für die „Opfer des Faschismus" (OdF), um den zahlreichen befreiten Häftlingen eine erste medizinische, finanzielle und vor allem soziale Betreuung zukommen zu lassen. Von besonderer Bedeutung war der vom Magistrat von Groß-Berlin im Hauptamt für Sozialwesen eingerichtete Hauptausschuß unter der Leitung des Stadtrates Ottomar

10 Bernd Faulenbach in der öffentlichen Anhörung: „Antifaschismus und Rechtsradikalismus in der SBZ/DDR", in: Materialien, a. a. O., Bd. III, 1, S. 110.

11 An dieser Stelle muß noch einmal Dr. Reiser gedankt werden, der als Direktor der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv diese Akteneinsicht für die Enquete-Kommission ermöglicht hat.

Geschke (KPD). Er kam aus dem KZ Sachsenhausen und gehörte zusammen mit Hans Jendretzky und Franz Dahlem zu den drei der insgesamt 16 Unterzeichnern des KPD-Gründungsaufrufes, die nicht aus dem Moskauer Exil, sondern aus den nationalsozialistischen Konzentrationslagern kamen. Geschke ist zugleich bis 1946 Vorsitzender der KPD-Bezirksleitung von Groß-Berlin.[12] Auf der ersten Veranstaltung des Berliner Hauptausschusses OdF wurde Geschke in seiner Funktion als Vorsitzender bestätigt und als weitere Mitglieder, u. a. Otto Braß, Pfarrer Gruber, Julius Meyer – er wurde der Erste Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde in der DDR – und Dr. Robert Havemann berufen. Zeitweise arbeiteten Gustav Dahrendorf, Annedore Leber und Frau Dr. Marion York von Wartenburg mit. Der Hauptausschuß unterschied in seinen Kriterien zwischen:

1. Kämpfer gegen den Faschismus, „dies waren politische Überzeugungstäter, die als Mitglied der antifaschistischen Vereinigungen illegal gearbeitet hatten, wie die kommunistischen und kirchlichen Widerstandsbewegungen bzw. die wegen ihrer Teilnahme an der „Erhebung des 20. Juli“ verurteilt wurden[13] und

2. Opfern des Faschismus: „In erster Linie zählte man hierzu die 'Opfer der Nürnberger Gesetzgebung' (Juden, Sinti und Roma und die 'Sternträger'), die politischen Gelegenheitstäter sowie die aus religiösen und weltanschaulichen Gründen Verfolgten ... Innerhalb der beiden Kategorien wurde noch einmal in Gruppe I (unmittelbar Betroffene) und Gruppe II (weniger stark betroffen) unterschieden. Als Voraussetzung für eine Anerkennung in beiden Kategorien mußte der Antragsteller mindestens ein halbes Jahr inhaftiert gewesen sein.“[14]

Die Einteilung in diese Kategorien besaß in der Zusammenbruchsgesellschaft 1945 existentielle Bedeutung. Hiervon hingen Lebensmittelkarten, Wohnungszuteilungen und medizinische Versorgung ab. Über die Anerkennung entschied der Hauptausschuß auf Basis von Fragebögen. In Berlin z. B. wurden in den ersten zwei Jahren 23.897 Anträge auf Anerkennung als „Kämpfer gegen den Faschismus“ gestellt, davon wurden 13.930 abgelehnt, und von den 25.000 Anträgen der „Opfer der Nürnberger Gesetzgebung“ wurden ebenfalls ca. 12.000 abgelehnt.[15] Der Berliner Hauptausschuß für die OdF fungierte faktisch als erste zentrale Einrichtung für die Sammlung von Widerstandskämpfern gegen und Opfer der nationalsozialistischen Diktatur für die sowjetische Besatzungszone. Einer der ersten Konflikte, der in der OdF ausgetragen wurde, bezog sich auf die Behandlung der jüdischen Opfer. Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde in Dresden, Leon Löwenkopf, und Julius Meyer (KPD), Auschwitz-Häftling und in der OdF Leiter der Abteilung „Opfer der Nürnberger

12 Elke Reuter/Detlef Hansel: Das kurze Leben der VVN von 1947-1953, Berlin 1997, S. 568.
13 Simone Hannemann: Die Entstehung der Nationalen Gedenkstätte Ravensbrück 1945-1959, Arbeitspapier Nr. 27 des Forschungsverbundes SED-Staat, Berlin 1997, S. 12.
14 Simone Hannemann, a. a. O., S. 12 f.
15 Vgl. Simone Hannemann, a. a. O., S. 14.

Gesetzgebung“, protestierten im OdF-Hauptausschuß Berlin gegen die „Atmosphäre der Vorbehalte, Einschränkungen und Ungleichheit gegenüber den jüdischen Verfolgten“.[16] Löwenkopf ging noch einen Schritt weiter, er fragte, wo denn jene, die heute die Opfer der Nürnberger Gesetze nicht als OdF anerkennen wollen, in den letzten Jahren gewesen seien, „haben sie denn nicht gesehen, was sich überall in Deutschland abgespielt hat, und waren sie nicht in den Lagern, in den KZs und haben sie das nicht gesehen, wie der Jude nicht nur von den SS-Leuten und nicht nur von den BVern [Berufsverbrechern, M.W.] geschlagen wurde, sondern auch von Leuten, die jetzt den roten Winkel tragen?“ Julius Meyer argumentierte vehement gegen eine ungleiche Behandlung, wie sie sich nicht zuletzt in den geplanten unterschiedlichen Ausweisen für Kämpfer und Opfer ausdrückte. Er werde sich entschieden dagegen stemmen, daß unterschiedlich gekennzeichnete Ausweise ausgegeben werden, das sei „für uns dasselbe, als wenn wir einen kleinen Stern anbringen würden“.[17]

Das Ende der OdF kam in Berlin, als der Hauptausschuß sich vehement auf der Seite der KPD für die Gründung der SED einsetzte. Es waren die Westmächte, die in der alliierten Kommandantur von Berlin im April 1946, unmittelbar vor dem Vereinigungsparteitag der SED, eine Anordnung erließen, „welche die Aufgaben des Hauptausschusses auf die soziale Betreuung festlegte und ihm verbot, am internen Leben der politischen Parteien teilzunehmen“.[18] Im Sekretariat des ZK der KPD kam es in diesem Zusammenhang zu Diskussionen über die Notwendigkeit, eine alle politischen Richtungen umfassende Organisation des deutschen Widerstandes und der Verfolgten zu gründen. Die Führung der KPD beschloß im März 1946, daß ein „Zentralausschuß für die Opfer des Faschismus mit Sitz in Berlin zu bilden sei. Ottomar Geschke wurde beauftragt, die Vorbereitung zu organisieren. ... Es wurde die Aufgabe formuliert, die Opfer des Faschismus zu einer 'reichseinheitlichen, politischen, überparteilichen Organisation' zu gestalten“.[19] In diesen Zeitraum des Frühjahres 1946 fällt auch die Gründung des „Ravensbrück-Komitees“.[20] In der Schilderung der Gründung des Ravensbrück-Komitees zeigen sich bereits alle Merkmale des instrumentellen Antifaschismus der Kommunisten:

1. Sammlung der Kader und Selektion der überlebenden Häftlingsfrauen; so wurden die Dossiers über das Verhalten von 66 Frauen während der Haft bereits im August 1945 der KPD-Zentrale übergaben.

2. Die Kommunistinnen organisierten das Ravensbrück-Komitee.

3. In den Händen der Frauen, die das spätere Ravensbrück-Komitee leiteten, lag von Anfang an die Bearbeitung der Anträge von in Ravensbrück inhaftierten Frauen, wenn es um ihre Anerkennung als OdF ging. Die Antragstellerin mußte Zeuginnen beibringen: „Diese Zeugen mußten aber politi-

16 Elke Reuter/Detlef Hansel, a. a. O., S. 84.
17 Ebd.
18 A.a.O., S. 105.
19 A.a.O., S. 106.
20 Simone Hannemann, a. a. O., S. 16 ff.

sche Häftlinge aus der Ostzone bzw. zuverlässige Kameradinnen aus der Westzone sein.“

4. Die Erinnerungen an das Lager werden parteilich selektiert und die der „Linie“ widersprechenden Erinnerungen werden unterdrückt.

3.2. Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN)

Im Juli 1946 fand in Frankfurt eine Interzonenkonferenz der Vertreter von Ausschüssen der OdF aus allen Besatzungszonen statt, die eine gesamtdeutsche Organisation der Verfolgten des Nazi-Regimes vorbereiten sollte. Robert Havemann hatte als Mitglied des Berliner Hauptausschusses des OdF Ende Juli 1946 den Entwurf einer Eingabe zur Genehmigung einer gesamtdeutschen Organisation der OdF an den Alliierten Kontrollrat vorbereitet. Sein Satzungsentwurf definierte die OdF „als eine 'überparteiliche Organisation'. Havemann verstärkte jedoch die Aussage, indem er formulierte, daß die Organisation es ablehnte, 'sich für irgendwelche parteipolitischen Interessen und Ziele mißbrauchen zu lassen'. Als Weg nannte er, 'Entfaltung eines freiheitlichen demokratischen Geistes im deutschen Volk zu fördern und alle Überreste der Nazi-Ideen im Volke durch Aufklärung über die verbrecherische Natur der Nazi-Gewaltherrschaft zu überwinden' sowie die Ansprüche auf Entschädigung der zugefügten Schäden zu vertreten. Die Formulierungen und Schwerpunktsetzungen widerspiegelten Havemanns Rücksichtnahme auf die Denkweisen und Handlungsmotive der Mitglieder des bürgerlichen und kirchlichen Widerstandes. Ihr Hauptziel war es, in Zukunft gegen jede Vergewaltigung des Glaubens und der politischen Überzeugung, gegen jede gewalttägige Beschränkung der Freiheit des Individuums und gegen jeden Mißbrauch der staatlichen Macht zu kämpfen. Die Suche nach dem kleinsten gemeinsamen Nenner für eine überparteiliche Organisation, in der sich alle verfolgten Gruppen heimisch und nicht überfordert oder vereinnahmt fühlten, scheint bei Havemanns Überlegungen eine Rolle gespielt zu haben. Die Beschränkung auf diese Ziele sollte verhindern, daß der Antifaschismus mit politischen Inhalten überdehnt würde, die den noch vorhandenen Konsensrahmen sprengen könnte.“[21] Diese Überlegungen von Havemann und anderen hatten in der SBZ keine Chance.

Das Zentralsekretariat der SED entschied über den Aufbau der VVN in der SBZ und sicherte sich bestimmenden Einfluß durch eine zielstrebige Kaderpolitik in der VVN in der SBZ und in Berlin. „Auf seiner Sitzung am 19. November 1946 hatte es festgelegt, daß Geschke die 'regelmäßige Verständigung über alle wichtigen Fragen der Organisation in der SBZ und Berlin mit der Partei' sicherstellen solle.[22] Die Gründung einer „Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes“ erfolgte für die SBZ im Februar 1947, Mitglied konnte nur werden, wer in der SBZ als Opfer des Faschismus anerkannt worden war. Das Zentralsekretariat der SED „delegierte“ Franz Dahlem und Hel-

21 Elke Reuter/Detlef Hansel, a. a. O., S. 117.
22 Elke Reuter/Detlef Hansel, a. a. O., S. 118.

mut Lehmann in den Zentralvorstand der VVN in der SBZ.[23] Diese Entscheidung entsprach der damaligen Praxis, Führungspositionen paritätisch zu besetzen, Franz Dahlem kam aus der KPD und Helmut Lehmann aus der SPD.[24]

3.2.1. Die VVN-West

Die Gründung der VVN für die Westzonen erfolgte im März 1947 in Frankfurt. Die Kooperation zwischen der VVN in der SBZ und in den Westzonen wurde durch ein Interzonensekretariat sichergestellt. In den Westzonen war die Gründung der VVN begleitet von sozialdemokratischem Widerstand. Der SPD-Parteivorstand hatte die Rolle des Hauptausschusses der OdF in Berlin im Vorfeld der Gründung der SED nicht vergessen. Der Parteivorstand der SPD warnte seine Untergliederungen und Mitglieder, sich an der Gründung der VVN zu beteiligen, die von Anfang an als Frontorganisation der Kommunisten begriffen wurde. Diese Sicht bestätigt der KPD/DKP- und VVN-Funktionär Emil Carlebach, Buchenwald-Häftling, als er die Gründe für die Namensfindung der Organisation der Widerstandskämpfer und Opfer des Nationalsozialismus darlegte.

Die westlichen Besatzungsmächte lehnten die Absicht der Kommunisten ab, einen „Bund zur Bekämpfung des Faschismus, einen Kampfbund gegen den Faschismus“ zu gründen, sie würden ihn nicht „lizenzieren. Das dulden sie nicht, das kommt nicht in Frage. Sie seien bereit, eine Organisation der Verfolgten, nicht der Gegner, sondern der Opfer des Faschismus zu erlauben. Es kam zu Verhandlungen zwischen der Vertretung unserer Kameraden aus den Westzonen und der Ostzone. Ich weiß noch genau, daß wir zu viert verhandelten. Von der Ostzone waren Franz Dahlem, der in Mauthausen gesessen hatte, und Karl Schirdewan, der in Sachsenhausen gesessen hatte, die Verhandlungsführer, für uns in Westdeutschland waren wir auch zwei, mein Kamerad Hans Schwarz und ich. Wir trafen uns in Henningsdorf bei Berlin und sagten den Kameraden aus der Ostzone: Wir stehen vor der Alternative: Gründet Ihr einen Kampfbund gegen Faschismus, dann ist es nicht möglich, den gesamtdeutsch zu haben, denn die Westmächte dulden das nicht. Seid Ihr bereit, im Interesse der Einheitlichkeit, eine Organisation der Verfolgten zu schaffen? Da haben sie gesagt, ja, das ist uns wichtiger, daß wir nicht gespalten werden, in drei Teufels Namen gründen wir die Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes. Dieser Titel kam also so zustande und unter dem Druck, dem halben Verbotsdruck der Westalliierten.“[25] Diese Namensabwägung verweist noch

23 Vgl. Elke Reuter/Detlef Hansel, a. a. O., S. 133.

24 Helmut Lehmann (1882-1959) war vor 1933 Funktionär der Sozialdemokratischen Angestelltengewerkschaft, wurde nach 1933 zeitweise verhaftet und nach 1945 wieder Mitglied der SPD, er entschied sich 1946 für die SED, wurde Mitglied des Parteivorstandes und später des Politbüros, und in dieser Eigenschaft saß er auch im Bundesvorstand des FDGB und im Zentralvorstand der VVN. Vgl. Beatrix Bouvier: Ausgeschaltet! Sozialdemokraten in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR 1945-1953, Bonn 1996, S. 88.

25 Emil Carlebach, zit. nach: „Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten“ (VVN-BdA), a. a. O., s. 33 f.

einmal auf die Realität von Vier-Zonen-Deutschland, in dem die Alliierten die oberste Regierungsgewalt ausübten. Aber in diesen Überlegungen wurde auch der Unterschied in der Rolle der Kommunisten in der SBZ zu der in den Westzonen deutlich. Am Vorabend der SED-Gründung auf dem 15. Parteitag der KPD unterschied Franz Dahlem die Tätigkeit der Partei im Osten und im Westen. In der SBZ sei die KPD „eine staatsaufbauende Partei", während sie in den Westzonen noch um die Macht kämpfen muß und „der Klassenkampf mit den alten Kräften des Faschismus und der Reaktion" auf der Tagesordnung steht. Dahlem, in der Parteiführung zuständig für den Aufbau der Parteiorganisation und die Westarbeit, schloß seinen Vergleich mit der Feststellung ab, „daß in der Ostzone unsere Parteiorganisation einen viel fortschrittlicheren Typus aufweist als in den Westzonen".[26] Die Gründung der VVN in der SBZ und in den Westzonen gehört somit in den Prozeß der Formierung zweier gegensätzlicher Teilstaaten in Deutschland. Die Kommunisten hielten unbeirrt daran fest, eine antifaschistische Frontorganisation zu bilden, die es ihnen erlaubt, das Gedenken an den Widerstand gegen das Nazi-Regime und seine Opfer für ihre politischen Zwecke zu instrumentalisieren. Überlegungen für eine gesamtdeutsche Organisation der Widerstandskämpfer und Verfolgten der nationalsozialistischen Diktatur, wie sie Robert Havemann aus den Reihen der kommunistischen Widerstandskämpfer 1946 vorlegte, hatten keine Chance.

Der politische Neuanfang in Deutschland nach 1945 wurde repräsentiert von Gegnern des Nationalsozialismus, das galt für die SBZ, aber auch für die westlichen Besatzungszonen. So war der Vorsitzende der SPD, Kurt Schumacher, lange Jahre Häftling im KZ Dachau gewesen. Aber die gemeinsamen Erinnerungen an Verfolgung und Leid waren nach dem Ende des Hitler-Regimes eben keine gemeinsame Basis für die Gestaltung des politischen Neuanfangs im Vier-Zonen-Deutschland. Die Tragik, die hierin für viele Überlebende des politischen Widerstands gegen die nationalsozialistische Diktatur lag, hat der Buchenwald-Häftling Heinz Brandt in seiner Erinnerung an den Buchenwald-Schwur vom 11. April 1945 festgehalten.

„Es gibt kein Lager, das sich so organisiert befreite wie Buchenwald. Der BUCHENWALD-SCHWUR wird zum Symbol, zum Befreiungsgelöbnis schlechthin.

Wir stehen da oben, fahlhäutige Skelette, auf dem alten Appellplatz, die Turnarme empor gestreckt, die spitzen Finger stechen den Eid in den Himmel. Wir sind zusammengeströmt, Eidgenossen, nicht angetreten, nicht aufmarschiert, nicht ausgerichtet.

Gestern noch waren wir Sklaven, kommandiert zum Appell: Moribundi – zum 'Block' geordnet, todesstarr formiert in 'Reih und Glied'. Hier stehen wir in der lebendigen Ordnung der Freiheit und appellieren an die Welt.

26 Bericht über die Verhandlungen des 15. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands, 19. und 20. April 1946 in Berlin, Berlin 1946, S. 65 ff., vgl. hierzu auch die Beiträge von Michael Kubina zum Aufbau des KPD-Parteiapparates und der geheimen Westapparate, in: Manfred Wilke (Hg.): Anatomie der Parteizentrale. Die KPD/SED auf dem Weg zur Macht, Berlin 1998.

Wir haben wieder eine Gegenwart. Unser Schwur – in die Zukunft gerichtet – beschwört die Vergangenheit. Was hinter uns liegt, bindet uns, so meinen wir, für immer. Trunken verweilen wir im Augenblick. Und so fragen wir uns nicht, was eigentlich nie wiederkehren soll.

Auschwitz?

Unbewußt verstehen wir das NIE WIEDER allumfassend, so total wie das, was uns in den vergangenen zwölf Jahren begegnete.

Alles scheint einfach heute. Morgen schon wird alles fraglich sein. Niemand von uns ahnt das Entsetzliche. In wenigen Monaten schon wird die Bombe auf Hiroshima fallen; wie bald wird Workuta in aller Munde sein; wenige Jahre nur, dann hängen Rajk, Kostoff und Slansky, ereignet sich die Tragödie des 17. Juni, wird die ungarische Revolution in Blut erstickt, brennen die Dörfer Vietnams – entlaubte Wälder, geflutete Felder.

Heute eint uns der gemeinsame Abscheu vor den Verbrechen der Vergangenheit. Morgen wird uns die unterschiedliche Beurteilung der neuen Verbrechen trennen."[27]

Es trennen aber nicht allein die Verbrechen, es trennen auch die angestrebten politischen und sozialen Ordnungen. So betrieb im Namen der künftigen deutschen Demokratie der Parteivorsitzende der SPD, Kurt Schumacher, unnachsichtig die Abgrenzung seiner Partei gegenüber den Kommunisten, und in diese Politik der Abgrenzung wurde die VVN natürlich miteinbezogen.

„Der SPD-Parteivorstand, gefolgt vom Parteitag, erklärte am 6. Mai 1948 mit der Begründung, die VVN diene den Kommunisten 'als eine ihrer politischen Hilfsorganisationen', die VVN-Mitgliedschaft mit der in der SPD für unvereinbar."[28] Dem Versuch der SED, mit der VVN eine kommunistisch kontrollierte gesamtdeutsche, dem Anschein nach überparteiliche Sammlungsbewegung zu konstituieren, war im Westen nur ein mäßiger Erfolg beschieden. Die Rücksichtnahme auf die VVN im Westen spielte aber in den Überlegungen der SED zur Auflösung der VVN in der SBZ durchaus eine Rolle (vgl. Dokument 3: „Die Überprüfung der VVN hatte folgendes Ergebnis"). Als Alternative und Reaktion auf die offenkundige kommunistische Steuerung der VVN entstand 1950 ein „Bund der Verfolgten des Nazi-Regimes" (BVN), der sich der sozialen und politischen Interessen der Opfer der NS-Diktatur annahm. Die Bundesregierung verbot 1951 den „Rat der VVN", dessen Frankfurter Büro geschlossen wurde, und beantragte nach dem KPD-Verbot 1956 auch das Verbot der VVN. Begründet wurde dieser Verbotsantrag mit der Feststellung, die Vereinigung diene der SED und der verbotenen KPD als „Hilfs- oder Massenorgani-

27 Heinz Brandt: Ein Traum, der nicht entführbar ist. Mein Weg zwischen Ost und West, München 1967, S. 166 f.

28 Wolfgang Rudzio: Die Erosion der Abgrenzung. Zum Verhältnis zwischen der demokratischen Linken und Kommunisten in der Bundesrepublik, Opladen 1988, S. 118.

sation“.[29] Das Verbot der VVN erfolgte nicht, bot aber der SED international die Chance zu einer Kampagne gegen die Politik der Bundesregierung.[30]

Die VVN hat in der Bundesrepublik im Gegensatz zum „Bund der Verfolgten des Nazi-Regimes“ bereits in den fünfziger Jahren jüngere Menschen aufgenommen, die selbst nicht mehr zu den Verfolgten des Nazi-Regimes gehörten. Es waren Mitglieder der verbotenen FDJ, die als „Neuverfolgte“ beitreten konnten. Seit 1969 richtete die VVN „Arbeitskreise junger Widerstand“ ein, um auf ihrem Bundeskongreß 1971 ihren Namen zu ändern in „VVN-Bund der Antifaschisten“, der „nunmehr auch politisch motivierte jüngere Antifaschisten ohne tatsächlichen Verfolgungshintergrund als Mitglieder“[31] aufnahm. An der Rolle als Teil des Westapparates der SED änderte diese Transformation nichts, was sich 1989 herausstellen sollte. „Nach einer Krisensitzung am 13. Dezember 1989 überraschte Generalsekretär Kurt Erlebach die Kreis- und Landesverbände mit der Eröffnung, die VVN-BdA sei pleite. 'Spenden' aus den sozialistischen Ländern, die bisher die Arbeit der VVN ermöglicht hätten, seien ausgeblieben. Infolgedessen müßten alle hauptamtlichen Mitarbeiter entlassen, die Bundesgeschäftsstelle aufgegeben und das Verbandsorgan 'Antifaschistische Rundschau' eingestellt werden.“[32] Wenige Wochen zuvor hatte Generalsekretär Kurt Erlebach, Mitglied des DKP-Parteivorstandes, auf der Bundesvorstandssitzung der VVN noch apodiktisch festgestellt: „Es gibt keine Fremdfinanzierung“.[33] Nach dem Zusammenbruch des hauptamtlichen Apparates der VVN-BdA setzten die nicht der DKP angehörenden Mitglieder des Bundesvorstandes eine von Sozialdemokraten dominierte Kommission ein, „um die politische und finanzielle Abhängigkeit der VVN-BdA von der DKP zu untersuchen. Der bisherige Organisationssekretär Jörg Ehret (DKP) enthüllte nun, daß vor Einstellung von hauptamtlichen Mitarbeitern bei der VVN-BdA die Bewerbungsunterlagen 'zunächst zum Parteivorstand der DKP, Abteilung Personalpolitik (gingen) ... In aller Regel war nur mit Zustimmung der DKP eine Einstellung bei der VVN-BdA möglich. Dies gilt sowohl für Einstellungen auf der Bundes- wie auch auf der Landesebene'.“[34] Vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum sich im Bestand Mückenberger Materialien befanden, die sich auf die Bundesrepublik beziehen, so ein „Bericht über den Bundeskongreß der VVN-Bund der Antifaschisten vom 13.-15. Mai 1983 im Gewerkschaftshaus in Hamburg“ (Dokument 4) findet und sich Erich

29 „Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten“, a. a. O., S. 41.

30 „Der Verbotsantrag gegen eine sich nach außen als Gemeinschaft von Opfern des NS-Regimes darstellende Organisation durch eine Bundesregierung, der von kommunistischer Seite ständig ihre angebliche 'Durchsetzung' mit Nazis vorgehalten wurde, eignete sich zumal im internationalen Rahmen vorzüglich für eine Mitleidskampagne.“ „Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten“, a. a. O., S. 41.

31 A.a.O., S. 49. Vgl. hierzu auch Wolfgang Rudzio: Die Erosion der Abgrenzung, S. 111 ff.

32 „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten“, a. a. O., S. 57.

33 Manfred Wilke/Hans-Peter Müller/Marion Braband: Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP). Geschichte, Organisation, Politik, Köln 1990, S. 248.

34 Ebd.

Mückenberger am 2. Juli 1981 mit einer Personalangelegenheit an den Vorsitzenden des KdAW, Otto Funke, wandte. Von der Schiedskommission beim Parteivorstand der DKP erhielt die ZPKK der SED eine Beschwerde über das Auftreten von Willy Perk in Dortmund. Er sprach dort auf einer Veranstaltung des Kreisvorstandes der DKP und attackierte den anwesenden polnischen Vertreter wegen der durch die Streiks ausgefallenen Kohlelieferungen aus Polen und äußerte sich despektierlich über den verstorbenen sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Werner Jakobi. Die Schiedskommission des Parteivorstandes der DKP bezog sich in ihrem Brief an die ZPKK auf ein Schreiben von Heinz Junge, ehemaliger KZ-Häftling in Sachsenhausen, der aktiv im Sachsenhausen-Komitee in der Bundesrepublik arbeitet, und in dieser Angelegenheit die Schiedskommission seiner Partei um Hilfe bat. Mückenbergers Entscheidung: Er teilte Otto Funke mit, daß die ZPKK diese Angelegenheit nicht untersuchen wolle und er mit Willy Perk persönlich darüber sprechen soll, daß er künftig bei solchen Treffen sich in seiner Polemik zügeln soll.

3.2.2. Die VVN-Ost

Die VVN in der DDR wurde 1953 aufgelöst und durch das Komitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer (KdAW) ersetzt. Die Vorgeschichte der Auflösung begann mit einer gezielten und umfassenden Untersuchung der VVN durch die ZPKK der SED 1950/51. Der Bericht „VVN-Generalsekretariat – derzeitiger Zustand“ (Dokument 2) vom Februar 1951 hebt hervor, in der VVN „ist die führende Rolle der Partei in den Hintergrund getreten. Erscheinungen von Sozialdemokratismus und Sektierertum, die sich bis zur offenen Agententätigkeit ausdrückt, kennzeichnen den bestehenden Zustand, daß die VVN zum Sammelsurium parteifeindlicher Elemente und Gruppierungen geworden ist. Bezeichnend ist, daß die Agententätigkeit in den Landes- u. Kreissekretariaten angetroffen wurde und trotzkistische Elemente zersetzend wirkten.“ (S. 3) In dem von Hertha Geffke[35] verfaßten zusammenfassenden Ergebnis der Untersuchung der VVN wird die Frage aufgeworfen, ob nicht auch im Hinblick auf den Personalbedarf im Organisationsapparat der VVN es unter kaderpolitischen Gesichtspunkten sinnvoller sei, die VVN aufzulösen und durch ein „Komitee der Widerstandskämpfer“ (S. 5) zu ersetzen. Weiter heißt es: „Zu berücksichtigen ist hier allerdings der gesamtdeutsche Charakter der VVN, der ihr die Aufgabe des Kampfes gegen Remilitarisierung, für Frieden, gegen Faschismus, auf einem bestimmten Kampfabschnitt stellt.“ Der Maßnahmenkatalog beginnt mit der Säuberung der VVN von Parteifeinden und Feinden der Sowjetunion. Übernahme von Aufgaben in der antifaschistischen Erziehung der FDJ und der Schulkinder, weitere Zentralisierung durch Organi-

35 Hertha Geffke war KPD-Mitglied seit 1920, langjährige hauptamtliche Funktionärstätigkeit in der KPD vor 1933, während der NS-Zeit verhaftet und zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt. 1947/48 Mitglied des Zentralvorstandes der VVN und von 1949 bis 1958 Mitglied, ab 1954 stellvertretende Vorsitzende der ZPKK der SED. Die SED, Geschichte – Organisation – Politik. Ein Handbuch, a. a. O., S. 950.

sations- und Kaderabteilungen im Generalsekretariat, Schaffung einer Betriebsgruppe der SED und Aktualisierung der Broschüre „Kämpfende Jugend“ aus der Lex Ende eliminiert werden soll.[36] Zu diesem Zeitpunkt, als die ZPKK der SED die VVN „überprüfte, trat die Vereinigung noch als parteiübergreifende Organisation auf. 1952 wurde die VVN Mitglied des Demokratischen Blocks und der Nationalen Front und erkannte in ihrem Statut die führende Rolle der SED an. Der Druck auf die VVN verstärkte sich im Zusammenhang mit dem Prager Schauprozeß gegen den früheren Generalsekretär der KPTsch, Rudolf Slansky. Der Schauprozeß, der ausdrücklich in Parallele zu den sowjetischen Säuberungsprozessen der späten dreißiger Jahre gesetzt wurde, endete am 3. Dezember 1952 mit den Todesurteilen über Slansky und Clementis.[37] Der Prozeß unterschied sich von den Verfahren in den anderen Ländern dadurch, daß er einen offenen antisemitischen Charakter trug; die Angeklagten wurden wegen 'Zionismus und Trotzkismus' unverzüglich hingerichtet. Da 11 der 14 Angeklagten – wie Slansky selbst – Juden waren, hielt ihnen der Staatsanwalt auch eine 'kosmopolitische' Gesinnung und angebliche Verbindung mit Israel vor. Gleichzeitig wurden 1.500 vermeintliche Anhänger Slanskys, fast ausnahmslos jüdische Intellektuelle aus dem Bürgertum, zu Zuchthaus-Strafen von mehr als 10 Jahren verurteilt. Die gegen Parteifeinde und slowakische bürgerliche Nationalisten gerichteten Prozesse kamen endgültig erst 1954 zum Abschluß.“[38] Am Vorabend von Stalins letztem Geburtstag, am 20. Dezember 1952, veröffentlichte das Zentralkomitee der SED einen Beschluß über die „Lehren aus dem Prozeß gegen das Verschwörerzentrum Slansky“.[38] Zwei Dokumente aus dem Bestand Mückenberger mögen die Atmosphäre des „Alptraums“ illustrieren, die vom SED-Zentralkomitee auf die DDR übertragen wurde. Jürgen Kuczynski genügte die Veröffentlichung der Liste der Angeklagten im Prager Slansky-Prozeß, um bereits am 21. November 1952 an den Generalsekretär der SED, Walter Ulbricht, und den Vorsitzenden der ZPKK, Hermann Matern, zu schreiben, um seine Beziehungen zu zwei der Angeklagten zu erklären (Dokument 5). Der Brief von Hans Pfeiffer, wissenschaftlicher Bibliothekar an der Sächsischen Landesbibliothek Dresden, vom 7. Januar 1953, in dem er dem ZK der SED seine Hilfe anbot „bei der weiteren Entlarvung dieser falschen Mexikaner“, vorausgesetzt man zeigt ihm die Fotografien dieser Feinde der Partei, zeigt, wie sich die Atmosphäre der eifernden Agentenhatz in der Partei ausbreitet (Dokument 6). In dieser Atmosphäre politischer Verfolgung sorgte die SED auch in anderer Hinsicht für verbitterte Unruhe in der VVN. Viele Mitglieder der Vereinigung sahen das „Gesetz über die Ge-

36 Lex Ende, KPD-Mitglied seit 1918, war in der französischen Emigration, kehrte 1945 nach Deutschland zurück und war von 1946 bis 1949 Chefredakteur des Neuen Deutschland, wurde 1950 aus der SED ausgeschlossen und wählte im Januar 1951 den Freitod. Die SED, Geschichte – Organisation – Politik. Ein Handbuch, a. a. O., S. 937.

37 Vladimir Clementis war seit 1948 Außenminister der Tschechoslowakischen Republik, Parteimitglied seit 1924, sprach sich im französischen Exil gegen den Hitler-Stalin-Pakt 1939 aus, wurde aus der Partei ausgeschlossen, die ihn erst 1945 wieder aufnahm. Vgl. Miroslav Siska: „Verschwörer, Spione, Staatsfeinde ...“ Politische Prozesse in der Tschechoslowakei 1948-1954, Berlin 1991, S. 151.

38 Vgl. Die SED ... Ein Handbuch, a. a. O., S. 592 ff.

währung gleicher staatsbürgerlicher Rechte für die ehemaligen Angehörigen der faschistischen Wehrmacht und für die ehemaligen Mitglieder der NSDAP“ verständlicherweise mit gemischten Gefühlen, das die Volkskammer der DDR einstimmig annahm und das ausgerechnet der VVN-Vorsitzende Ottomar Geschke begründen mußte.[39]

Die Nachrichten aus Prag und die Art und Weise, wie die SED-Propaganda ihre „Lehren“ aus dem Slansky-Prozeß in Prag zog, ließen unter den jüdischen Mitgliedern der VVN die Furcht wachsen, „daß auch in der DDR unter dem Vorwurf des 'Zionismus' und 'Agententums' antijüdische Vorgehensweisen denkbar wären. Einer der ersten prominenten jüdischen VVN-Mitglieder, die voller Angst fluchtartig die DDR verließen, war wohl noch im Dezember 1952 Leo Zuckermann, der als Kommunist lange Jahre eng mit Paul Merker im mexikanischen Exil zusammengearbeitet hatte und zeitweilig Chef der Präsidialkanzlei Wilhelm Piecks gewesen war.“[40] Am 15. Januar 1953 beschloß das Sekretariat des ZK der SED, eine Kommission einzusetzen, die innerhalb von zehn Tagen einen Beschluß ausarbeiten sollte, um die Tätigkeit der VVN in der DDR zu beenden.[41] In diese Vorbereitungen der SED-Spitze, die Existenz der VVN zu beenden, platzte die Flucht von Julius Meyer, Mitglied des Zentralvorstandes der VVN, und anderer Repräsentanten der jüdischen Gemeinden in der DDR in den Westen. Mit dieser spektakulären Flucht entzogen sich Julius Meyer und seine Freunde vermutlich der bevorstehenden Verhaftung. In der VVN selbst „mußten ab Mitte Januar Versammlungen ausschließlich zur Auswertung es Slansky-Prozesses durchgeführt werden, in deren Rahmen nachweislich vor den jüdischen Gemeinden gewarnt wurde. Namentlich die VVN in Berlin verfaßte reihenweise Listen mit jüdischen Kameraden, die im Januar und dann auch noch Anfang Februar nach Westberlin geflüchtet waren.“[42]

Bereits der Beschluß des Sekretariats der ZK der SED vom 15. Januar zeigte, die Partei beabsichtigte nicht die Auflösung der VVN in der DDR und mit deren Zentralvorstand oder gar den Mitgliedern zu diskutieren. „Die SED-Führung war sich offenbar völlig sicher, jeden Beschluß – selbst den zur formalen Selbstauflösung der VVN in ihrer bisherigen Struktur und Arbeitsweise – über die Dominanz und die Parteidisziplin der SED-Genossen in der VVN ohne beachtenswerten Widerspruch ... durchsetzen zu können.“[43]

39 Vgl. Elke Reuter/Detlev Hansel, a. a. O., S. 462.

40 Elke Reuter/Detlef Hansel, a. a. O., S. 471 f.

41 Wörtlich heißt es: „1. Es wird eine Kommission eingesetzt aus den Genossen: Dahlem, Schirdewan und Beyling. Die Kommission enthält den Auftrag, einen Beschluß über die weitere Arbeit des Vorstandes der VVN und die Einstellung der Tätigkeit der Organisationen der VVN in der Deutschen Demokratischen Republik und im demokratischen Sektor von Berlin auszuarbeiten. Termin: 10 Tage ... 3. Die für Ende Januar 1953 vorbereitete Delegiertenkonferenz ist in diesem Sinne als Konferenz zur Beendigung der Arbeit der VVN-Organisation durchzuführen.“ Zit. nach: Elke Reuter/Detlef Hansel, a. a. O., S. 619.

42 Elke Reuter/Detlef Hansel, a. a. O., S. 479 f. Vgl. auch Ulrike Offenberg: „Seid vorsichtig gegen die Machthaber“. Die jüdischen Gemeinden in der SBZ und der DDR 1945-1990, Berlin 1998.

43 Elke Reuter/Detlef Hansel, a. a. O., S. 487 f.

Die vom ZK-Sekretariat bestellte Kommission war selbst Ausdruck dieser Dominanz der Partei in der Vereinigung. Franz Dahlem, Mitglied des Politbüros und des Sekretariats des ZK der SED, war Mitglied des Zentralvorstandes der VVN, Kurt Schirdewan, seit Dezember 1952 verantwortlich für die ZK-Abteilung Leitende Organe der SED und der Massenorganisationen, war wie Dahlem Mitglied des Zentralvorstandes der VVN, und der Dritte im Bunde, Fritz Beyling, war deren Generalsekretär. Am 3. Februar 1953 beschloß das Politbüro des ZK der SED die Einstellung der Tätigkeit der VVN als eigenständige Organisation in der DDR. Ihre politische Aufgabe sollte fortgeführt werden von einem neuen Vorstand, der sich ausschließlich aus „hervorragenden und bekannten Kämpfern gegen den Faschismus“[44] zusammensetzen sollte. Selbstredend gab das Politbüro der SED das Grundmuster der Argumentation vor, mit der die VVN-Auflösung gerechtfertigt wurde: „Die Entwicklung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in der Deutschen Demokratischen Republik führte zur Ausrottung aller Wurzeln des Faschismus. Die Festigung der Staatsmacht in der Deutschen Demokratischen Republik und die Schaffung der Grundlagen des Sozialismus sowie die Schaffung der bewaffneten Streitkräfte der DDR sichert für immer, daß Faschismus und imperialistische Knechtschaft nicht wiederkehren können. Die VVN hat seit 1945 bei der Ausrottung des Faschismus mit all seinen Wurzeln eine bedeutende Arbeit geleistet. Sie hat es verstanden, den Widerstandskampf gegen die Hitler-Diktatur als ein wichtiges Mittel der patriotischen Erziehung in den Volksmassen zu popularisieren. Die im Zusammenhang damit von der VVN seit 1945 gestellten Aufgaben sind durch die Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik gelöst.“[45] Dieser Text zeigt die bündnispolitische Bedeutung, die der Antifaschismus für die SED im Kampf um die Macht besaß. Blieb noch die gesamtdeutsche Bedeutung des organisierten Antifaschismus für die „Westarbeit“ der Partei. Die Antwort des SED-Politbüros 1953 fiel in Analogie zu der Unterscheidung, die Dahlem 1946 am Vorabend der SED-Gründung vornahm, in der SBZ war die KPD eine staatsaufbauende Partei, während sie in den westlichen Besatzungszonen noch gezwungen war, den Klassenkampf gegen die imperialistische Reaktion zu führen. Die Unterstützung der VVN im Westen war eine von drei Aufgaben, auf die sich der künftige Vorstand der VVN konzentrieren sollte:

„... a) im Zusammenwirken mit den Parteien, Massenorganisationen und bestimmten historischen Forschungsinstituten in der Deutschen Demokratischen Republik weiterhin die Volksmassen, besonders die Jugend, mit den Erfahrungen und Traditionen des Kampfes gegen den Faschismus vertraut zu machen, die Popularisierung der Helden des antifaschistischen Widerstandskampfes im Geiste der patriotischen Erziehung unseres Volkes fortzuführen. Traditionelle Gedenktage (Internationaler Gedenktag für die Opfer des Faschismus, Interna-

44 Vertraulicher Beschluß des Politbüros des ZK der SED über die Einstellung der Tätigkeit der VVN-Organisation und zur weiteren Arbeit des Vorstandes, 3. Februar 1953, zit. nach: Elke Reuter/Detlef Hansel, a. a. O., S. 622, künftig zitiert als Einstellungsbeschluß.

45 Einstellungsbeschluß, a. a. O., S. 621.

tionaler Befreiungstag, Buchenwald-Tag und andere kulturelle Veranstaltungen) in Verbindung mit den Parteien und Massenorganisationen durchzuführen.

b) Fortführung der Zusammenarbeit mit dem Exekutivkomitee der FIR[46] und mit den nationalen Verbänden der internationalen Widerstandsbewegung auf der Grundlage der Verpflichtungen, die sich aus der Zugehörigkeit zur FIR ergeben.

c) Politisch-moralische Unterstützung der VVN in Westdeutschland im Kampf gegen den Faschismus, um die Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten."[47]

Die Einzelheiten der Auflösung regelte erneut ein Beschluß des Sekretariats des ZK der SED am 12. Februar 1953, hierzu zählte auch „die Bestätigung des vom Zentralvorstand vorzuschlagenden Komitees der Verfolgten des Nazi-Regimes, das als ein zentrales Komitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer die Aufgabe einer zentralen ehrenamtlichen Körperschaft haben soll."[48] Der Wille der Partei geschah und die VVN in der DDR im Februar 1953 aufgelöst.

3.3. Die Arbeit des Komitees der antifaschistischen Widerstandskämpfer (KdAW) in der DDR im letzten Jahrzehnt der DDR

Wie vom Sekretariat des ZK der SED festgelegt, nahm das KdAW der DDR mit dem Ende der VVN seine Arbeit auf. Die VVN-Gremien, die im Februar 1953 das Ende ihrer Vereinigung einstimmig „bestätigten", beschlossen zugleich die Konstituierung des KdAW. Es bestand aus 32 Mitgliedern „mit Ottomar Geschke, Franz Dahlem und Hermann Matern an der Spitze".[49]

Vergleicht man die Beschlüsse der SED-Spitze zur VVN aus dem Februar 1953 mit den Aufgaben, die den Lagerarbeitsgemeinschaften als Gliederungen

46 Die „Internationale Föderation der Widerstandskämpfer", französisch Fédération International des Résistants" wurde 1951 in Wien gegründet und hieß zuvor „Internationale Föderation ehemaliger politischer Häftlinge" (FIAPP), die 1947 in Warschau gegründet wurde, 1947 nach ihrer Gründung wurde die VVN ihr Mitglied. Der Bruch zwischen der Sowjetunion und Jugoslawien führte zum Ausschluß der jugoslawischen Mitgliederorganisation auf der Tagung des internationalen Rates in Prag 1950. Dies war zugleich das Signal, daß auch die letzten Nichtkommunisten die Reihen der FIAPP verließen. Ein Jahr später wurde in Wien aus der FIAPP die FIR. „Nach dem neuen Statut konnten der FIR zum Unterschied von der FIAPP von nun an nicht nur politische Gefangene, sondern auch Widerstandskämpfer, Partisanen, Deportierte, Internierte und auch die Hinterbliebenen dieser Personengruppen angehören. Abgesehen von der Erweiterung des Mitgliederkreises blieb jedoch alles unverändert: Die FIR übernahm Ziele, Methoden und maßgebende Funktionäre von der FIAPP, so daß sie nicht als 'neuer' Verband, sondern nur als eine neue Bezeichnung für die FIAPP anzusehen ist." Robert Orth: Hilfsorganisation des Weltkommunismus, Pfaffenhofen/Ilm 1971, 7. überarb. Auflage, S. 341 f.

47 Einstellungsbeschluß, a. a. O., S. 622.

48 Vertraulicher Beschluß des Sekretariats des ZK der SED zur Auflösung der VVN in der DDR und in Berlin, 12. Februar 1953, zit. nach: Elke Reuter/Detlef Hansel, a. a. O., S. 624 f.

49 Elke Reuter/Detlef Hansel, a. a. O., S. 514.

des KdAW zugewiesen wurden, so zeigt sich die Kontinuität des instrumentellen Antifaschismus der SED.

Die im Nachlaß von Mückenberger gefundenen Unterlagen über die Arbeit des KdAW beziehen sich nur im Ausnahmefall auf die Lagergemeinschaften, sie werden im Zusammenhang von Delegationsreisen des Komitees zu internationalen Veranstaltungen von Kriegsteilnehmern und Widerstandskämpfern erwähnt, entsprachen aber in ihrem Inhalt den durch die „Richtlinien" vorgegebenen Aufgaben (vgl. Dokument 7a: Bericht über das „Welttreffen der ehemaligen Kriegsteilnehmer und Widerstandskämpfer, Rom, 18.-20. Oktober 1979). Im Mittelpunkt dieses Welttreffens in Rom standen zwei geplante Kampagnen: 1. der 35. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus, der 1980 bevorstand und 2. die Proteste gegen den bevorstehenden NATO-Doppelbeschluß zur Mittelstreckenraketenrüstung.

Das Dokument 8 (Bericht über den Besuch einer Studiendelegation des Präsidiums der VVN-Bund der Antifaschisten in der DDR vom 20.-25.11.1979) zeigt die Rolle des KdAW in der Westarbeit der SED. Ein Höhepunkt dieser Reise war der Besuch der bundesdeutschen Delegation an der „Staatsgrenze am Brandenburger Tor", wo es ein Oberstleutnant ausgezeichnet verstand, „die gegenwärtige militärpolitische Lage mit den Problemen der Sicherung unserer Republik zu verbinden". Die Delegation traf aber auch mit Vertretern der LAG Sachsenhausen in der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte (NMG) zusammen. Die Delegation aus der Bundesrepublik erörterte in der DDR Probleme ihrer Arbeit „unter der Gewerkschaftsjugend, den Falken, Jungsozialisten und christlichen Jugendverbänden" und bat um Unterstützung:

„– DIA-Serien über NMG zur Vorführung in Schulen und bei anderen Gelegenheiten zu erhalten.

– Eine Kopie des Sachsenhausen-Films, ...

– In Zukunft bei der Programmgestaltung Gespräche mit Schülern über Traditionspflege, antifaschistische Namensgebung und andere Fragen stärker berücksichtigen.

– In den Gesprächen breiter zu behandeln, wie wir die antifaschistisch-demokratische Ordnung durchgeführt haben.

– Ob es möglich wäre, Kurzbesuche in den NMG von sympathisierenden oder Antifaschisten anderer Richtungen, die von den Landesverbänden organisiert werden, durchzuführen. (Hier wurde auf die Praxis der Pilgerreisen verwiesen)".

Kritisch aufgenommen wurde auch der Hinweis eines Sozialdemokraten aus der Delegation, dem es aufgefallen war, daß viele Straßen und Gedenksteine nur die Namen von Kommunisten tragen, „es seien doch auch viele SPD-Mitglieder und andere hingerichtet worden". Auf solche Fragen wollte man sich besser vorbereiten (vgl. auch Dokument 4).

Der Bericht von Otto Funke „Über die Tagung des Koordinationskomitees der vier internationalen Organisationen der ehemaligen Kriegsteilnehmer und Widerstandskämpfer in Paris, 28. und 29. April 1980“ (Dokument 9) informiert über den Verlauf der Tagung, die zwischen den Organisationen 1979 in Rom (Dokument 7a) verabredet wurde. Im Mittelpunkt stand die Beteiligung der Organisationen der ehemaligen Kriegsteilnehmer und Widerstandskämpfer an der Kampagne für Frieden und Abrüstung. Funke muß über Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Politik der SED, die zuvor mit Hermann Axen festgelegt wurde, berichten: 1. Die sowjetische Invasion in Afghanistan und die „Sacharow-Affaire“ erzwangen eine Verlegung des Treffens von Moskau nach Paris. 2. Versuche der „europäischen Konföderation ehemaliger Kriegsteilnehmer“, den Krieg in Afghanistan zu untersuchen oder einen Beitrag zur Befreiung der amerikanischen Geiseln im Iran zu leisten, wurden abgelehnt, und es setzte sich eine Linie der Kooperation durch, die für eine „Weiterführung des Entspannungsprozesses“ plädierte. 3. Bei der Vermeidung der Konfrontation sei der Präsident des Verbandes der Heimkehrer aus der Bundesrepublik besonders hilfreich gewesen, der Funke gegenüber geäußert haben soll, „daß wir als Deutsche in der BRD und in der DDR gerade jetzt eine große Verantwortung dafür trügen, daß es nicht zur Konfrontation zwischen uns käme“.

Funke vermutet: „Es ist offensichtlich, daß die Vertreter der westdeutschen Kriegsteilnehmer-Verbände, besonders der Präsident des VdH, von höherer Stelle Weisung erhalten hatten, jede Konfrontation zu vermeiden und sich möglichst mit den Vertretern der DDR zu verständigen.“

Der Jahresarbeitsplan 1981 des KdAW steht ganz im Zeichen der Unterstützung des X. Parteitags der SED (Dokument 10). Hervorgehoben werden u. a. die Zusammenarbeit mit den Partnerverbänden in der FIR im Rahmen der Kampagne gegen die „Konfrontationspolitik der NATO“, außerdem soll die Zusammenarbeit mit der VVN-BdA in der Bundesrepublik und der VVN in West-Berlin gegen „neofaschistische Aktivitäten“ „vertieft“ werden. Schließlich soll im Rahmen der „patriotischen Erziehung der jungen Soldaten im Sinne antifaschistischer Tradition und der Ausprägung des sozialistischen Geschichtsbildes“ im Militärverlag der DDR eine Reihe von militärpolitischen Heften herausgegeben werden, in denen „Ausarbeitungen unserer Kameraden über den bewaffneten antifaschistischen Kampf“ erscheinen sollen. Weiterhin ist der Beitrag der Zentralleitung der KdAW „für das von der Akademie der Wissenschaften herauszugebende 'Jahrbuch für Geschichte' ... fertigzustellen“.

Im Rahmen der FIR existierte eine Kommission zu „Fragen des Neofaschismus“, die in Prag im März 1981 eine Tagung durchführte (Dokument 11). Seitens des KdAW nahm Willy Perk an der Tagung teil, in der es u. a. um ein „pädagogisches Symposium“ ging, um den Lehrern entsprechendes Material an die Hand zu geben. Zu den von der FIR verbreiteten Materialien gehörte auch „Faschismus und Neofaschismus in der BRD und anderen Ländern“.

Das „Konsultativtreffen der Bruderverbände der Widerstandskämpfer und Kriegsteilnehmer der sozialistischen Länder des Warschauer Vertrages vom 6.-

7.8.1981 in Prag“ (Dokument 12) gibt uns Aufschluß, warum die KPdSU und auch die SED so hartnäckig an der FIR als internationaler „antifaschistischer Kampfverband“ festhielten. Es ging um die Nutzung des antifaschistischen Prestiges der Widerstandskämpfer in der westeuropäischen Friedensbewegung gegen den NATO-Doppelbeschluß. In der vorliegenden Information über die einleitenden Bemerkungen des sowjetischen Vertreters heißt es: „Bei allen Fortschritten, die in der Arbeit der FIR erreicht wurden, reicht die gegenwärtige Aktivität und Initiative der FIR angesichts der wachsenden Kriegsgefahr durch den Aggressionskurs der USA und der NATO-Hochrüstung nicht aus. Durch die sozialistischen Bruderorganisationen und durch die Organe der FIR müssen die Verbände der Widerstandskämpfer in den kapitalistischen Ländern umfassender und schneller über die Friedensinitiative der Sowjetunion und der sozialistischen Länder sowie über die Gefährdung des Weltfriedens durch die imperialistischen Kräfte informiert werden.“

Organisatorisch sollte die FIR eine Kommission einrichten, „die Vorschläge zur Orientierung für den Friedenskampf der leitenden FIR-Organe ausarbeitet.“ Selbstredend sollte die FIR „sich aktiv an der breiten Friedensbewegung beteiligen. Die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen, die ähnliche Ziele wie die FIR verfolgen (Weltfriedensrat, Weltgewerkschaftsbund, Weltbund der demokratischen Jugend, IdFF usw.) ist gegen den Widerstand einiger Vertreter der französischen Verbände durchzusetzen.“

Das Jahr 1982 war für die Arbeit des KdAW von einiger Bedeutung. Im September 1982 fand in Berlin der IX. Ordentliche Kongreß der FIR (Dokument 13b) statt. Nach der Information über den Kongreß gab es im Vorfeld Probleme: 1. Die französische Mitgliedsorganisation wollte die FIR ihres Charakters als „antifaschistische Kampforganisation“ entkleiden und in einen „Ort der Begegnung“ umwandeln. 2. Der scharfe Protest des Präsidenten der FIR Banfi sowie italienischer und französischer Verbände gegen die Verhängung des Kriegsrechts in Polen 1989. 3. „Die komplizierte Finanzlage der FIR, die ihre weitere Existenz gefährdete“ und die damit zusammenhängenden offenen Kaderfragen in ihrer Führung. Nicht zuletzt durch den persönlichen Einsatz von Erich Honecker sollen diese Probleme im Vorfeld geklärt worden sein. Nach Ansicht von Funke war der Kongreß ein Erfolg: „Die Erkenntnis über die Ursachen der Spannungen in der Welt und der Kriegsgefahren, die Anerkennung der Friedensrolle der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder, insbesondere auch der DDR, waren deutlicher und klarer denn je.“

Die Materialien über die Aktivitäten des KdAW in der DDR aus dem Jahre 1982 (Dokument 13c) gibt uns Aufschluß über seine Rolle bei der Umsetzung „der kommunistischen Erziehung der jungen Generation“ (Dokument 1) und die Bedeutung der Nationalen Mahn- und Gedenkstätten in dieser Erziehung. So erfahren wir, daß in der NMG Buchenwald der zwanzigste Kurs für Geschichts- und Staatsbürgerkundelehrer stattfand, „an dem 140 Pädagogen teilnahmen. Vor zwei Jahrzehnten war mit diesen Kursen begonnen worden. Seitdem haben sich fast 3.000 Pädagogen aus der gesamten Republik in Buchen-

wald mit den Fragen des antifaschistischen Widerstandskampfes vertraut gemacht.“ Auch das Gespräch mit der VVN-Bund der Antifaschisten aus dem Jahre 1979 blieb offenbar nicht ohne Auswirkungen (Dokument 8). Die Zahl der Besucher aus der Bundesrepublik nahm zu, und in der NMG Sachsenhausen nahm die Zahl der „organisierten Besuchergruppen“ aus der Bundesrepublik, West-Berlin, Österreich, Dänemark und Luxemburg zu.

Das „Konsultativtreffen der Bruderverbände der Widerstandskämpfer aus den sozialistischen Ländern am 21. und 22.2.1983 in Moskau“ (Dokument 14) zeigt, welche Bedeutung die Auseinandersetzungen mit strafrechtlich nicht geahndeten Kriegsverbrechen aus dem zweiten Weltkrieg für die antifaschistische Propaganda der regierenden kommunistischen Parteien besaß. Im Zusammenhang mit der Tätigkeit der internationalen Lagerkomitees ging Funke „auf den Vorschlag der sowjetischen Genossen ein, die Auslieferung Barbis an Frankreich zu nutzen, um eine breite Kampagne zur Bestrafung der Nazi-Verbrecher, die noch in bestimmten westlichen Ländern unangefochten leben, zu führen“.

Der letzte Kongreß der FIR, an dem das KdAW der DDR teilnahm, fand im Mai 1987 in Athen statt (Dokument 15). Funke wurde erneut Vizepräsident der FIR und Kurt-Julius Goldstein wiederum einer der Sekretäre in der Zentralleitung, zu den Mitgliedern des Generalrates gehörte auch das SED-Politbüromitglied Hermann Axen.

Der „Jahresarbeitsplan der Zentralleitung 1989“ (Dokument 16) des KdAW beschließt diese Dokumentation. Er stand ganz im Zeichen des 40. Jahrestages der Deutschen Demokratischen Republik und sollte der „Stärkung des Sozialismus“ dienen, „wie in den Beschlüssen des XI. Parteitages festgelegt“.

4. Schluß

Es war das Ziel dieses Berichtes, anhand des vorliegenden Materials und dem unbefriedigenden Stand der Forschung die Frage zu klären, inwieweit die Lagerarbeitsgemeinschaften als Untergliederungen des KdAW über einen eigenständigen Handlungsspielraum verfügten. Die Antwort ist eindeutig, die Lagerarbeitsgemeinschaften besaßen keinen eigenständigen Handlungsspielraum. Ihre Aufgabenstellung im Rahmen der antifaschistischen Propaganda der SED war exakt festgelegt, was das abweichende Verhalten einzelner Mitglieder überhaupt nicht ausschließt, und allein die Tatsache, daß die SED im KdAW durch die Vorsitzenden der ZPKK vertreten war, zeigt, daß die Partei den widerständigen Erfahrungen gerade der „Kämpfer gegen den Faschismus“ abgrundtief mißtraute. Die Lagergemeinschaften hatten die Aufgabe, die antifaschistische Propaganda nach innen und nach außen durch die Biographien ihrer Mitglieder zu beglaubigen. Die demokratische Erinnerungskultur der Bundesrepublik kann über den systembedingten Geburtsfehler des SED-Antifaschismus nicht hinwegsehen, unter Bezug auf den Mut und das Leiden kom-

munistischer Widerstandskämpfer unter dem Terror der Nationalsozialisten die eigene Diktatur, die Macht ohne Mandat, zu legitimieren.

Verzeichnis der Dokumente

Dokument 1: Einladung zur Tagung des Präsidiums am 3. Dezember 1980 mit Richtlinien (24.11.1980)

Die Richtlinien gehören zu dem Material, das Otto Funke mit der Einladung zur Tagung des Präsidiums des KdAW am 30. Juni 1980 verschickte

Dokument 2: Betr.: VVN-Generalsekretariat – derzeitiger Zustand (26.2.1951)

Dokument 3: Die Überprüfung der VVN hatte folgendes Ergebnis: (19.3.1951), S. 1 – 4

Dokument 4: Bericht über den Bundeskongreß der VVN – Bund der Antifaschisten vom 13. bis 15. Mai 1983 im Gewerkschaftshaus in Hamburg (31.5.1983)

Dokument 5: Brief von Jürgen Kuczynski an Ulbricht (21.11.1952)

Dokument 6: Brief von Hans Pfeifer an Zentralkomitee der SED (7.1.1953)

Dokument 7: Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR:

a) Bericht über Welttreffen in Rom;

b) Konzeption für nächste Tagung (November 1979)

Dokument 8: Bericht über den Besuch einer Studiendelegation des Präsidiums der VVN vom 20.-25.11.1979 (4.12.1979)

Dokument 9: Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR: Information über die Tagung des Koordinierungskomitees der vier internationalen Organisationen der ehemaligen Kriegsteilnehmer und Widerstandskämpfer in Paris, 28. und 29. April 1980 (6.5.1980)

Dokument 10: Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR: Jahresarbeitsplan 1981 (4.12.1980)

Dokument 11: Willy Perk: Bericht von der Tagung der ständigen FIR-Kommission zu Fragen des Neofaschismus in Prag vom 10.3.-12.3.1981 (14.3.1981)

Dokument 12: Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR: Information über das Konsultativtreffen der Bruderverbände vom 6.-7.8.81 (o.D.)

Dokument 13: Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR:

a) Konzeption für den Bericht der Zentralleitung über die Tätigkeit im Jahre 1982 (o.D.);

b) Information über den IX. Ordentlichen Kongreß der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR), 8.-10. September 1982 in Berlin (15.10.1982);

c) Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR: Fakten und Zahlen zu den Ergebnissen der Tätigkeit der Zentralleitung, der Bezirks- und Kreiskomitees der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR im Jahre 1982 (o.D.)

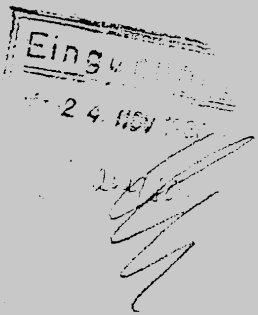
Dokument 14: Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR: Information über das Konsultativtreffen der Bruderverbände der Widerstandskämpfer aus den sozialistischen Ländern am 21. und 22.2.1983 in Moskau (21.3.1983)

Dokument 15: Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR: Bericht vom 10. Ordentlichen Kongreß der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) vom 11. bis 14. Mai 1987 in Athen/Gr. (20.5.1987)

Dokument 16: Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR: Einladung für die Tagung des Präsidiums zur Einberufung der Jahrestagung für Zentralleitung (19. Jan. 1989) am 8. Dezember 1988 (17.11.1988)

Komitee der Antifaschistischen
Widerstandskämpfer der DDR
- Zentralleitung -

Berlin, 24.11.1980



An die
Mitglieder des Präsidiums

E i n l a d u n g

zur Tagung des Präsidiums am 3. Dezember 1980
14.00 Uhr im Hause der Zentralleitung

Tagesordnung:

1. Information über die Tagung des Büros der FIR am 20./21.11.80 in Wien

2. Einberufung der Tagung der Zentralleitung
   . Konzeption des Berichtes
   . Jahresarbeitsplan

Die Materialien werden noch zugestellt.

Ich bitte um Teilnahmebestätigung.

Mit sozialistischem Gruß

Otto Funke
Vorsitzender

Richtlinien

für die Arbeit der Lagerarbeitsgemeinschaften (LAG) - Sektionen und die Arbeitsgemeinschaft (AG) als Organe der Zentralleitung des Komitees der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR

1. Als Organe der Zentralleitung bestehen die

   - LAG Auschwitz
   - LAG Buchenwald-Dora
   - LAG Dachau
   - LAG Mauthausen
   - LAG Neuengamme
   - LAG Ravensbrück
   - LAG Sachsenhausen
   - Sektion Spanienkämpfer
   - Sektion der ehemaligen Kämpfer der Armeen der Antihitlerkoalition
   - Arbeitsgemeinschaft politischer Häftlinge des ehemaligen faschistischen Zuchthauses Brandenburg

2. Die Aufgaben für die LAG - Sektionen - AG ergeben sich aus den Beschlüssen und Arbeitsplänen der Zentralleitung, aus den Beschlüssen des Präsidiums und des Sekretariats.

3. Zur Durchführung ihrer politisch-ideologischen und organisatorischen Aufgaben bestehen in den LAG - Sektionen - AG Leitungen. Das sind

   - Leiter — wird vom Präsidium bestätigt
   - Sekretär und
   - Mitglieder der Leitung — Anzahl nach Erfordernissen, werden vom Sekretariat der Zentralleitung bestätigt.

4. Die Hauptaufgaben in der Tätigkeit der LAG - Sektionen - AG sind

- mitzuwirken bei der Realisierung der Vereinbarungen der Zentralleitung des Komitees der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR mit dem FDGB, der FDJ, dem DFD, der GST, dem DTSB und dem Zentralausschuß für Jugendweihe.
- aktiv mitzuhelfen bei der kommunistischen Erziehung der jungen Generation, vor allem durch die Vermittlung der antifaschistischen Traditionen und Kampferfahrungen in Betrieben, Schulen, Institutionen, Einheiten der bewaffneten Organe, den Kampfgruppen und in den Einheiten der GST.
- Einflußnahme auf die Vorbereitung der Teilnehmer an der Jugendweihe.
- Zusammenarbeit mit Namensträgerkollektiven und Unterstützung der Kollektive, die den Kampf um den Ehrennamen eines antifaschistischen Widerstandskämpfers führen.
- Vorbereitung von Dokumentationen und anderen Publikationen zur Herausgabe durch die Zentralleitung.
- Geschichtsforschung zur Thematik des betreffenden Organs.
- Unterstützung der Forschungsarbeit der Bezirks- und Kreiskomitees, wenn es sich um Themen der LAG-Sektionen-AG handelt,
- Enge Zusammenarbeit der LAG Buchenwald-Dora, Ravensbrück und Sachsenhausen mit den Nationalen Mahn- und Gedenkstätten, vor allem in solchen Fragen wie

  a) Forschung und Geschichte des Lagers
  b) museale Gestaltung der NMG
  c) Qualifizierung der Mitarbeiter der Pädagogischen- und Forschungsabteilung zur Durchführung ihrer Aufgaben
  d) aktive Mitarbeit in den Beiräten der NMG.

-3-

5. Für die Organisation und Durchführung zentraler Veranstaltungen und Beratungen der LAG - Sektionen - AG ist die Bestätigung durch das Sekretariat der Zentralleitung erforderlich. Eine entsprechende Vorlage/Maßnahmeplan mit Kostenvoranschlag ist rechtzeitig dem Sekretariat vorzulegen.

6. Zur Lösung bestimmter Aufgaben können von den Leitungen der LAG - Sektionen - AG zeitweilige oder ständige Kommissionen oder Aktive gebildet werden. Zur Unterstützung dieser Kommissionen/Aktivs können in Abstimmung mit den Bezirkskomitees - über die Zentralleitung - Genossen aus den Bezirken mit einbezogen werden.

7. Die Leitungen der LAG - Sektionen - AG unterstützen die NMG, die Bezirks- und Kreiskomitees bei der politischen Betreuung von Reisegruppen (Pilgergruppen) ausländischer Verbände, die über das Reisebüro der DDR die NMG besuchen.

8. Alle Leitungen der LAG - Sektionen - AG erarbeiten jährlich Arbeits- und Finanzpläne. Diese sind jeweils für das kommende Jahr bis zum

1. Juni - Grobfinanzplan

1. November - Vorschläge für die Jahres-, arbeitspläne der betreffenden Bereiche

beim verantwortlichen Sekretär einzureichen.

Bis zum 15. November des laufenden Jahres sind Einschätzungen über die Tätigkeit der LAG - Sektionen - AG dem verantwortlichen Sekretär vorzulegen.

9. Die Verbindung der LAG - Sektion - AG zu den Bezirks- und Kreiskomitees erfolgt nur über den für sie zuständigen Sekretär der Zentralleitung.

10. Die LAG - Sektionen - AG leisten Hilfe z.B. bei

- örtlichen Forschungsaufgaben
- Erarbeitung von Lebensbildern antifaschistischer Widerstandskämpfer und Aktivisten der ersten Stunde
- Unterstützung der Zirkel "Junge Historiker"
- Pflege und Kontrolle örtlicher Gedenkstätten
- Vorschläge zur Benennung von Straßen, Plätzen, Betrieben und gesellschaftlichen Einrichtungen nach antifaschistischen Widerstandskämpfern.

Wenn erforderlich, können die LAG - Sektionen - AG Beratungen zu den genannten Problemen in den Bezirken durchführen. Hierzu ist die Zustimmung des verantwortlichen Sekretärs der Zentralleitung notwendig.

11. Entsprechend ihrer Aufgabenstellung und Tätigkeit werden die LAG - Sektionen - AG dem Bereich "Geschichte/Forschung" in der Zentralleitung zugeordnet.

Der Sekretär der Zentralleitung für diesen Bereich ist für die Anleitung und Kontrolle verantwortlich und dem Sekretariat gegenüber rechenschaftspflichtig.

12. Internationale Angelegenheiten, die die Tätigkeit der Vertreter der LAG - Sektionen - AG in internationalen Organisationen betreffen, gehören zum Zuständigkeitsbereich des Sekretärs für Internationale Verbindungen und sind mit ihm abzustimmen.

Der Sekretär I.V. ist für diese Fragen dem Sekretariat der Zentralleitung rechenschaftspflichtig.

Betr.: VVN - Generalsekretariat - derzeitiger Zustand.

Nach dem bei uns vorliegenden Material über den Zustand des Generalsekretariats der VVN nahm die ZPKK die Untersuchung und Überprüfung der aufgezeigten Mißstände vor.
Es ist konkret bewiesen, daß der Genosse Harry K u h n , der Generalsekretär der VVN eine große Sorglosigkeit an den Tag legte, die sich hemmend und schädlich gegen die Partei auswirkte. Die Ursache dafür ist, daß die politische Arbeit sehr vernachlässigt wurde und die Wachsamkeit einschläferte. Heute ist die Tatsache zu verzeichnen, daß kein politischer und organisatorischer Überblick über den Zustand der VVN beim Generalsekretariat besteht.

Daraus ist erkennbar, daß das Berichtswesen vollkommen versagte und in Verbindung mit der in den Kreisen der VVN oft mangelhaften Unterstützung der Partei der z.Zt. festgestellte Zustand eingetreten ist.

In diesem Zusammenhang ist auf das von uns erstellte Material über das Verhalten des Gen. Harry Kuhn zu verweisen, das der Akte Thielmann entnommen wurde. Aus diesem Vorgang geht eindeutig hervor, mit welcher Sorglosigkeit Gen. Kuhn an die Durchführung seiner politischen Aufgabe heranging.

Auf Grund weiterer Vorkommnisse, die eine ebensolche Sorglosigkeit auch im Verlag erkennen lassen (Erscheinen von politischen Werken von Unberufenen) und des Verhaltens vom Gen. O t t o beim Generalsekretariat, war es notwendig, den Gen. Otto selbst zu hören und im Anschluß daran die beiden Genossen Betriebsgruppen-Vorsitzenden des Generalsekretariats und des Verlages, Genosse Hermann S c h n e i d e r , und Genosse Hans S c h l e s i n g e r. In einer Aussprache mit ihnen kamen die bestehenden Mängel und Schwächen zum Vorschein. Dabei zeigte sich deutlich die Unfähigkeit des Gen. Otto als Org.-Sekretär und Kadermann beim Generalsekretariat. Dieser ist anhand seines Verhaltens mit dem Vertrag

und in dem Fall Rottmann (Trotzkist) erwiesen.

Von einer systematischen, planmäßigen, politischen und organisatorischen Tätigkeit der Betr.-Gruppen war nichts zu verspüren. K. ignorierte die Arbeit der Betr.-Gruppen und betrieb Einmannpolitik, die sich bis in die Grundeinheiten verheerend auswirken mußte. Das ist der Hauptgrund weshalb eine kollektive Zusammenarbeit der Funktionäre der Partei im Generalsekretariat nicht zustande kam. Die Betr.-Gr. spielte deshalb nur eine untergeordnete Rolle und lief nebenher. Alle sahen nur in K. die Partei und von der Autorität der Betr.-Gr. war nichts zu bemerken. So fehlte jede konkrete Anleitung und die Beschlüsse der Partei kamen nicht in Anwendung. Demzufolge lenkte man auch nicht das Augenmerk auf die Entwicklung von neuen Kadern (Nachwuchs). Daß jetzt 2 Betr.-Gr.-Leitungen gebildet wurden, ist auf den aufgezeigten Zustand zurückzuführen. (Die Anregung dazu ist von der Zentrag aus erfolgt, wie der Gen. Spielmann am 23.2.51. sagte).

Diese schlechte Politik führte dazu, daß Gen. K. durch die ZPKK selbst gehört wurde und seine Abberufung erfolgte. An seine Stelle ist der Gen. B e i l i n g berufen worden.

Durch das Einsetzen des Gen. Beiling an Stelle von K. als Generalsekretär ist angestrebt, die politische und organisatorische Arbeit entscheidend zu heben mit dem Ziel, den derzeitigen schlechten Zustand zu bereinigen.

Damit verbunden ist vorgesehen, das Generalsekretariat politisch zu verstärken mit dem Ziel, eine feste Übersicht und Kontrolle zu gewährleisten, die durch das Generalsekretariat der VVN zentral in die Organisationen der VVN in der D.D.R. und den demokratischen Sektor Berlins ausstrahlen muß.

In einer Rücksprache mit dem Gen. Beiling und dem Gen. Spielmann am 23.2.51. in der ZPKK erhielten diese Genossen für die Beseitigung des gegenwärtigen Zustandes konkrete Hinweise und [illegible]

einer eingehenden Betrachtung unterzogen. Das aus den Ländern der D.D.R. von den LPKK's zusammengetragene konkrete Material wird abschriftlich auszugsweise dem Gen. Beiling zur Verfügung gestellt, um an den aufgezeigten Brennpunkten schnellstens eingreifen zu können und Veränderungen positiver Art vorzunehmen. Die Betr.-Gr. muß dabei der treibende und tragende Faktor sein. Aus dem durch die LPKK in den einzelnen Ländern der D.D.R. erstellten Material über den bedrohlichen Zustand der VVN, welches wir abschriftlich (in verkürzter Form) beigefügt haben, ist zu erkennen, daß sich die schlechte politische und organisatorische Arbeit des Generalsekretariats hemmend auf die Landes- und Kreissekretariate und die gesamte Organisation auswirkte.

Innerhalb der Organisation der VVN als überparteiliche Organisation betrachtet, ist die führende Rolle der Partei in den Hintergrund getreten. Erscheinungen von Sozialdemokratismus und Sektierertum, die sich bis zur offenen Agententätigkeit ausdrückt, kennzeichnen den bestehend. Zustand, daß die VVN zum Sammelsorium parteifeindlicher Elemente und Gruppierungen geworden ist. Bezeichnend ist, daß die Agententätigkeit in den Landes-u. Kreissekretariaten angetroffen wurden und trotzkistische Elemente zersetzend wirkten. Es liegen konkrete Beispiele vor, die aufzeigen, daß in den Kreisvorständen der VVN in der D.D.R. aus der Partei Ausgeschlossene sich in leitende Stellen einnisten konnten. (Meißen). Auch in den unteren Einheiten beeinträchtigen aus der Partei ausgeschlossene Elemente die politische Arbeit, indem sie versteckt und offen gegen die Linie der Partei arbeiten.

Eine systematische Zersetzungsarbeit ist an manchen Stellen zu beobachten. In vielen Kreisen und Ortsgruppen ist von einer politischen Aufklärungsarbeit nichts zu spüren. (Zwickau) Man betreibt eine Versorgungs-u. Unterstützungspolitik und aus dieser heraus kam es mitunter sogar zu offenen Tumelszenen. (Halle - Straßenbahnfreifahrkarte). Auch die Partei übte eine ungenügende Kontrolle über die

Organisation der VVN aus. Man begnügte sich hier und da mit der Aufzeigung der festgestellten schlechten Erscheinungen und Zustände, griff aber nicht rechtzeitig helfend und verändernd ein.

Verhalten des Genossen Ottomar G e s c h k e .

Dieser ist nicht mehr in der Lage die Organisation straff zu führen und zu überschauen. Es zeigt sich, daß er kein klares Bild über den gegenwärtigen politischen und organisatorischen Zustand besitzt. Auf Grund seines gesundheitlichen Zustandes ist es mit zu erklären, daß er diese große Aufgabe nicht zufriedenstellend bewältigen konnte.

Politisch machen sich bei ihm Schwächen bemerkbar, die darin ihren Ausdruck finden, daß er sich in seinen Ausführungen in politischer Hinsicht nicht mehr in der Gewalt hat und undiszipliniert spricht. Man zieht seine Kollegen in Verwirrung und will nur den gegebenen Zeitpunkt im Auge behalten, um ihn nicht zu mißkreditieren und seine Autorität nicht zu untergraben, sowie auch das Ansehen der Opfer des Faschismus zu schädigen.

Es ist vorgekommen, daß er bei Veranstaltungen eingeschlafen ist. Der Gen. Boilin will kameradschaftlich mit Gen. Geschke sprechen, um ihn zu bewegen, bestimmte störende Erscheinungen zu erkennen und abzustellen. Trotz der Verdienste des Gen. Ottomar Geschke, die unbestritten sind, ist diese aufgezeigte Tatsache vorhanden und muß eine Betrachtung finden.

,den 26.2.51.

Mts./Pf.

Berlin, den 19.3.1951
Ge/Id.

Die Überprüfung der VVN hatte folgendes Ergebnis:

a) Generalsekretariat

Der Genosse Harry Kuhn leistete als Generalsekretär keine kollektive Arbeit. Obgleich dem Sekretariat nur Genossen der SED angehören, gab es keine kollektive Leitung der Organisation. Er selbst zeigte eine grosse Sorglosigkeit Parteifeinden gegenüber. Das beweist sein Verhalten in Westdeutschland und in der Angelegenheit der Agentin Else Thielemann. (Siehe Beschluss der ZPKK zu Harry Kuhn vom 15.2.1951).

Es fehlt dem Generalsekretariat der organisatorische und politische Überblick über den Zustand der VVN und ihre politische Arbeit. Das Berichtswesen wurde fast vollkommen eingestellt. Die gleiche Sorglosigkeit und mangelnde Aufsicht durch das Sekretariat konnte auch im Verlag der VVN festgestellt werden. Es gab also in der gesamten Arbeit keine einheitliche Leitung und keine Kontrolle über die Durchführung der Beschlüsse, sondern jeder arbeitete so, wie er es für richtig hielt.

Die Org.- und Kaderarbeit wurde verantwortlich von dem Genossen Hans Otto geleistet. Er ist politisch sehr schwach und kennt seine Aufgabe nicht. Dafür gibt es folgende Beispiele:

Der Parteifeind und Trotzkist Kurt Rottmann, Andorf/Vogtland wird aus der Partei ausgeschlossen, trotzdem von der VVN aber in den Wohnungsausschuss des Ortes vorgeschlagen. Dagegen wandte sich die dortige Parteiorganisation. Darauf beschwerte sich der Kreisvorstand der VVN beim Zentralvorstand und erhält folgendes Schreiben:

> "Wir nehmen Bezug auf Euer vorerwähntes Schreiben und sind der Auffassung, dass der Tätigkeit des Kameraden Rottmann in den Ausschüssen nichts im Wege steht. Ein Ausschluss aus einer Partei bedeutet nicht Entzug der gesellschaftlichen Funktionen, zumal der Ausschluss eine Folge seiner ideologischen Haltung ist.
>
> Mit kameradschaftlichem Gruss!
>
> gez. Hans Otto"

Inzwischen ist Rottmann nach dem Westen gegangen. Als Genosse Hans Otto von der ZPKK in dieser Angelegenheit befragt wird, erklärt er: "Wir sind doch eine überparteiliche Organisation. Auch wenn jemand aus der Partei ausgeschlossen wurde, kann er weiterhin in der VVN tätig sein."

Ein zweites Beispiel ist der Einsatz des Landinstrukteurs, Genossen Paul Schommer in Mecklenburg. Schommer war vorher in Thüringen, wo er für die Arbeit nicht ausreichte, weil er ideologisch zu schwach ist. Anstatt ihn zuerst auf eine Parteischule zu schicken, wurde er nach Mecklenburg als Landinstrukteur entsandt, wo er eine Reihe entscheidender politischer Fehler beging. Einer Rücksprache mit dem Generalsekretariat im September 1950, ihn von dort abzuziehen, wurde lange Zeit keine Folge geleistet.

Die Entsendung von Zeugen für Prozesse nach Westdeutschland wird sehr nachlässig bearbeitet. Obgleich die Genossin Mia Herm der VVN rechtzeitig zur Kenntnis brachte, dass sie in dem Prozess gegen die Gestapo-Agentin Schröder kaum etwas wesentliches aussagen könne, wurde sie trotzdem als Zeugin angefordert. Als sie dann im Generalsekretariat den Interzonenpass abholte, um nach Braunschweig zu fahren, wurde ihr das Westgeld für die Fahrt verweigert und der Genosse Hans Otto warf ihr 10,-- Westmark aus seiner eigenen Tasche auf den Tisch. Die Genossin Herm lehnte es ab, dieses Geld zu nehmen und ihre Fahrt unterblieb.

Der Geschäftsführer des Generalsekretariats, Genosse Mahn, besitzt zwar ein gutes fachliches Können, hat aber sonst keinerlei Beziehungen zu den politischen Aufgaben der VVN. Er leistet auch keinerlei Arbeit, weder in der Betriebsgruppe noch in der Wohngruppe. Warum man der deutsch-sowjetischen Freundschaft angehören muss, war ihm unbekannt. Er ist darum als Geschäftsführer einer politischen Organisation unmöglich.

Genosse Saemerow, Mitarbeiter des Generalsekretariats, führt gegenwärtig einen Prozess gegen eine Frau Emma Wibbing. Diese Frau Wibbing wohnte während der Nazizeit im gleichen Haus, Landsberger-Str. 90, mit Saemerow. Sie beschuldigt ihn, zumindestens bis zu seiner Einberufung zur Wehrmacht aktiv im nazistischen Sinne tätig gewesen zu sein. Er hat damals eine enge Freundschaft zu einem im Haus wohnenden aktiven Nazifunktionär gehabt und diese beiden haben versucht, ihren Mann in die Nazi partei zu pressen. Nach 1945 hat sich Saemerow in seinem alten Wohnviertel nicht mehr sehen lassen, obgleich das Haus nur teilzerstört ist und er auch noch Koffer stehen hatte, sondern er ist nach Hohenneuendorf gezogen. Frau Wibbing, die Saemerow in einer Konsumfiliale wiedererkannte, wurde auf sein Einwirken dort fristlos entlassen. Trotzdem leugnete er zuerst in dem Prozess, Frau Wibbing zu kennen. Es stellte sich dann im Laufe des Prozesses heraus, dass er mit dieser Nazifamilie heute noch in Verbindung steht und ihre Adresse besitzt, obgleich der Mann inzwischen verstorben ist. Dieser Prozess wurde vertagt, weil noch weitere Zeugen gehört werden sollen.

Genosse Otto Nagelschke als Vorsitzender der VVN ist infolge seines Alters und seines gesundheitlichen Zustandes nicht mehr in der Lage, die Organisation zu führen und die Arbeit zu überschauen. Politisch machen sich bei ihm grosse Schwächen bemerkbar, die ihren Ausdruck in falschen politischen Formulierungen in Rundschreiben und auch in seinen Ausführungen auf Veranstaltungen und Konferenzen fanden. Er war darum auch nicht in der Lage, sich irgendwie in der Führung der VVN richtig einzuschalten.

- 3 -

Der 2. Vorsitzende, Professor Kastner, fällt gleichfalls aus und steht darum die Notwendigkeit einer Ergänzungswahl eines 2. Vorsitzenden und späteren Absug des Genossen Ottomar Geschke.

b) VVA-Verlag

Im November 1949 wurde der damalige Verlagsleiter, Genosse Gerhard Schwarz, der gleichzeitig den Verlag, "Lied der Zeit" leitete, von der Genossin Hanna Klückmann abgelöst. Schwarz hat bei der Herausgabe literarischer Neuerscheinungen jede Sorgfalt vermissen lassen. Aber in dieser Beziehung war auch keine Änderung bei der Genossin Klückmann erfolgt. Ein Beispiel dafür ist das Erscheinen des Buches "Rolf, Kopf hoch!" von Rolf Weinstock. Dieses Buch war zwar von Schwarz vorbereitet und dem Kulturellen Beirat übergeben; eine Überprüfung durch das Buchenwaldkomitee erfolgte nicht.

Obgleich 2 Lektoren des Kulturellen Beirates Abänderungen vorschlugen und die parteilose Frau Albrecht als Lektor des Kulturellen Beirates eindeutig darauf hinwies, dass man dieses Buch auch wegen seiner Verherrlichung der amerikanischen Armee nicht erscheinen lassen könnte, wurde es trotzdem gedruckt. Erst durch das Eingreifen des Genossen Kowaloff von der SMA wurde dieses Buch eingezogen. Auch trägt einen Teil der Schuld das Generalsekretariat, welches für diese ideologische Aufsicht kein Mitglied des Sekretariats verantwortlich gemacht hatte. Es war keinerlei Kontrolle in ideologischen Fragen vorhanden.

Nach der Ablösung von Schwarz war im Verlag ein heilloses Durcheinander entstanden. Die Genossin Klückmann, die jetzt den Auftrag hatte, Ordnung zu schaffen, ging dabei nicht immer mit den geeigneten Methoden vor. Sie kam dadurch in Differenzen auch mit den verantwortlichen Angestellten in der Buchhaltung. Eine Revision der Zentrag machte sie auf eine Reihe Fehler aufmerksam, die sie jedoch nicht anerkennen wollte. Es wurden keine Besprechungen mehr mit den Mitarbeitern durchgeführt, sondern nur noch Anweisungen erteilt. Ein Übel waren die Inkasso-Berechtigungen. Sie sind heute inzwischen zum grössten Teil beseitigt, aber der Parteilose Klessinski hat auch heute noch Inkasso-Vollmacht. Nach seinen eigenen Angaben hat er eine lange Liste Quittungen, die noch auszugleichen sind.

Die Genossin Hanna Klückmann leitet zum ersten Mal einen solchen Verlag. Sie hatte also noch keine Erfahrungen. Ein ungünstiges Personalverhältnis beigte die Tatsache, dass ihr Mann, der Genosse Klückmann, Chefredakteur der "Tat" ist. Dazu kam, dass der Genosse Klückmann auch gleichzeitig Sekretär der Betriebsgruppe war. So waren alle entscheidenden Positionen in den Händen eines Ehepaares, was eine Reihe Genossen auch immer wieder zum Ausdruck brachten.

Ausserdem wurde Anstoss daran genommen, dass die beiden Genossen, die im Westsektor wohnten und deren Kraftwagen von der Stumpolizei kontrolliert wurde, Arbeit mit nach Hause nahmen. Dieser Zustand ist jetzt geändert. Der Umzug in den demokratischen Sektor ist erfolgt.

In ihrer selbstkritischen Stellungnahme zur Arbeit im Verlag gibt sie einige Schwächen zu, bringt aber zum Ausdruck, dass in ihrer Arbeit die Zusammenarbeit als Ehepaar nicht als bestand erwiesen habe. Weil sie bei der persönlichen Aussprache gefragt wurde, ob sie es für glücklich hält, wenn in einem kleinen Verlag Verlagsleiter und Chefredakteur ein Ehepaar sind, schlussfolgert sie jetzt folgendermassen in ihrer schriftlichen Stellungnahme:

"Sollte die ZPKK sich dazu entschliessen, mich von meiner Funktion abzulösen, weil sie die gegen mich erhobenen Vorwürfe als berechtigt anerkennt, so beantrage ich die Einleitung eines Parteiverfahrens gegen mich, damit ich mich vor der Partei rechtfertigen und die Haltlosigkeit dieser Beschuldigungen nachweisen kann."

Abgesehen davon, dass niemand gegen sich selbst ein Parteiverfahren einleiten kann, wenn die Partei es für notwendig hält, führt sie selbst ein Parteiverfahren durch, so zeugt diese Stellungnahme auch von mangelndem Vertrauen zur Partei.

Arbeit der Betriebsgruppe:

Im Generalsekretariat sind von 60 Mitarbeitern 28 Parteimitglieder und 2 Kandidaten, im VVN-Verlag von 41 Mitarbeitern 5 Parteimitglieder und 1 Kandidat. Seit ungefähr 3 Monaten sind die Betriebsgruppen getrennt, wobei die politische Notwendigkeit umstritten wird und solche Ansichten bestehen, die Gruppe im Verlag als Untergruppe zu betrachten. Bei dieser Trennung wurden auch die Betriebsgruppenleitungen neu gewählt. Für das Generalsekretariat ist der Genosse Schneider und für den Verlag Gen. Schlesinger Betriebsgruppensekretär. Bis zu dieser Zeit gab es in der Betriebsgruppe kein selbständiges Organisationsleben. An den Versammlungen beteiligten sich vorwiegend die Genossen, die als technische Mitarbeiter tätig waren. Es gab keine konkret Anwendung der Parteibeschlüsse auf die Arbeit der VVN. Der Genosse Harry Kuhn vertrat die Meinung, dass er seine Anweisungen direkt vom ZK erhalte und darum in der Betriebsgruppe nicht über die eigentliche Arbeit der VVN gesprochen zu werden braucht.

Darum wurden auch die parteistrittigen Fragen nicht in der Grundorganisation gestellt, sondern an die ZPKK herangetragen, ein Beweis, dass die Betriebsgruppe nicht ihre Aufgaben kannte und darum zu ihrer Arbeit nicht richtig Stellung nahm.

Im Haus bestehen keine Agitationsgruppen und es wird keine systematische politische Arbeit von der Parteigruppe geleistet.

Schlussfolgerungen:

Bei denen im Bericht aufgeführten Beispielen der Länder handelt es sich fast durchweg um negative Erscheinungen. Es gibt

selbstverständlich auch positive Erscheinungen, aber allgemein überwiegen die negativen. Sie geben darum das Gesamtbild für die Organisation ab. Dabei darf nicht unbeachtet bleiben, dass auch zu einem Teil die Anleitung der Parteileitungen in den Ländern und Kreisen fehlt.

Wie ist der Zustand zu erklären?

Die VVN hat in ihren Reihen fast durchweg ältere Menschen, Kranke und Invaliden. Einen Nachwuchs gibt es nicht. Die aktiven und fortschrittlichen Kräfte stehen auf verantwortlichen Posten in Partei und Verwaltung. Die Mitgliederversammlungen beherrschen die Fragen der Rente, Wohnungen und sonstige Versorgung.

In Erfurt sollten ehemals rassisch Verfolgte wegen Wirtschaftsverbrechen der Polizei übergeben werden. Das bezeichnete die VVN als Antisemitismus und es schaltete sich sogar der Genosse Julius M. Meyer, Berlin, ein.

Aus diesen Gründen wird von unseren Genossen vielfach die Frage gestellt "hat die VVN überhaupt eine Existensberechtigung?" Die Genossen sehen hier einen Teil Kräfte, die der Arbeit für die Partei entzogen werden. Kann nicht ein Komitee der Widerstandskämpfer die gleiche und bessere Arbeit mit einem geringeren Organisationsapparat leisten?

Zu berücksichtigen ist hier allerdings der gesamtdeutsche Charakter der VVN, der ihr die Aufgabe des Kampfes gegen Remilitarisierung, für Frieden, Abrüstung gegen Faschismus auf einen bestimmten Kampfabschnitt stellt.

Folgende Vorschläge werden gemacht:

1.) Sicherung der VVN für ihre Aufgaben durch Beseitigung der Parteifeinde, Feinde der Sowjetunion, mit kriminellen Strafen und Fragebogenfälschungen.

2.) Reorganisation der VVN im Organisationsleben, Einstellung auf die Aufgaben der Verbreiterung der Front aller durch Faschismus und Krieg Geschädigten.

3.) Verstärkung der ideologischen Aufklärung bei der Schuljugend und der FDJ durch Herausstellung von patriotischen Helden im Kampf gegen Hitler und für das Erkennen des Faschismus.

4.) Schaffung eines kollektiven Sekretariats in Zusammenarbeit mit der Betriebsgruppenleitung.

5.) Verstärkung des Generalsekretariats durch Org. und Kaderabteilung.

6.) Festigung der Betriebsgruppe der Partei, Schaffung von Agitationsgruppen, Verbesserung der Gewerkschaftsarbeit.

7.) VVN-Verlag. Bildung einer Redaktions- und Überprüfungskommission durch das Generalsekretariat für die Herausgabe von Neuerscheinungen.

-6

- 6 -

8.) Einziehung der Broschüre "Kämpfende Jugend". Bei Neuerscheinungen Mitteilungen Lex Ende streichen.

9.) Auflösung der Familienbesetzung, Verlagsleiterin Hanna Klöckmann - Cehfredakteur Genosse Klöckmann.

10.) Genossen Mahn überprüfen, ob noch als Geschäftsführer ausreichend. Siehe Verhalten im VVN-Verlag. Beurteilung durch Grundkommission.

Die Buchhandlung, die neu eingerichtet wurde, wird von der Genossin Hanna Schönherr geleitet, die in Dresden als Bibliothekarin tätig war und jetzt ausscheiden wird. Der fachmännische Leiter der Buchhandlung ist ein Parteiloser, der aber die Unterstützung durch eine politische Kraft braucht.

In der Redaktion "Die Tat" ist als Pressestenografin Ursula Wiebach, Berlin-Friedenau, Sieglandstr. 9, beschäftigt. Sie ist parteilos und bekommt noch immer im Westsektor 60 % ihres Gehaltes in Westgeld vom dortigen Magistrat umgetauscht. Ursula Wiebach, die geschieden ist, hat ihre Kinder in einem Kinderheim im Lande Brandenburg untergebracht. Es wird behauptet, dass sie mit Redakteuren von Westzeitungen wie "12-Uhr-Blatt" und "Nationalzeitung" eng befreundet ist.

Über den Bundeskongreß der VVN - Bund der Antifaschisten vom 13. bis 15. Mai 1983 im Gewerkschaftshaus in Hamburg

Der Bundeskongreß der VVN - Bund der Antifaschisten stand unter der Losung:

" Nie wieder Krieg -
Keine Stationierung neuer Atomraketen - ".

Ausgehend von den Erfahrungen, welche die antifaschistischen Widerstandskämpfer in ihrem jahrzehntelangem Kampf gemacht haben und angesichts der Hochrüstungspolitik der USA und der NATO, vor allem des NATO-Raketenbeschlusses, die das Risiko einer atomaren Katastrophe erheblich steigern, wurde auf dem Kongreß die Notwendigkeit unterstrichen, als antifaschistische Organisation entschieden den Kampf gegen die Stationierung neuer Atomraketen in der BRD und den Kampf um die Sicherung des Friedens als gegenwärtig brennendste Frage der Bevölkerung der Bundesrepublik an die Spitze der Tätigkeit zu stellen, ohne dabei die Aktivitäten gegen Neofaschismus und Ausländerfeindlichkeit zu vernachlässigen.
Dieser Haltung liegt die geschichtliche Erkenntnis zugrunde: wie Faschismus und Kriegsgefahr, so gehören auch Antifaschismus und Kampf für den Frieden und die Abrüstung zusammen. Diese Erkenntnis wurde auf dem Kongreß mehrfach hervorgehoben.

Am Bundeskongreß nahmen 342 stimmberechtigte Mitglieder teil, davon 207 Männer und 135 Frauen, darunter 75 Verfolgte des NS-Regimes. Über 200 Delegierte gehören der Altersstufe bis zu 45 Jahren an, darunter die Mehrheit junge Menschen. 83% der Delegierten sind Mitglieder der Gewerkschaft.
30 Kameraden von 18 ausländischen Bruderorganisationen aus 13 Ländern Europas, darunter alle sozialistischen Länder, sowie der Generalsekretär der FIR, Alix Lhote, der auf dem Kongreß eine Begrüßungsansprache hielt, und die Sekretäre der FIR waren der Einladung gefolgt.

Die Zentralleitung war durch die Genossen Otto Funke, Rudolf Helmer und Willi Perk vertreten.
Aus der BRD wurden ca. 60 Gäste als Vertreter von Parteien (DKP-Parteivorstand, Bundesvorstand Die Grünen) und Organisationen (darunter SDAJ, Jungsozialisten, Deutsche Jungdemokraten, Naturfreunde) begrüßt.

Dem Bundeskongreß gingen zahlreiche Begrüßungsschreiben und Telegramme von über 30 demokratischen Organisationen, Parteien und Initiativen sowie von Persönlichkeiten aus der BRD zu. Ebenso haben viele ausländische Bruderorganisationen Grußbotschaften übersandt.
Die große Aufmerksamkeit, die dem Bundeskongreß der VVN-BdA gerade in der gegenwärtig angespannten Situation von zahlreichen Organisationen, Bewegungen und Persönlichkeiten entgegengebracht wurde, ist ein Ausdruck des gewachsenen Vertrauens, das sich die VVN-BdA durch ihren mutigen, konsequenten und inspirierenden Kampf für Frieden und Abrüstung, gegen Rechtsentwicklung und Neofaschismus in der antifaschistisch-demokratischen Bewegung und Friedensbewegung erworben hat.

In seiner von den Delegierten mit Spannung erwarteten widersprüchlichen Ansprache erklärte der Bürgermeister von Hamburg, Dohnanyi, u.a.:

> "Ob Sozialdemokraten oder Kommunisten, ob Christen oder Freimaurer, Juden oder Atheisten, im Antifaschismus gehören sie alle zusammen. Es darf für jene, die gemeinsam in den Konzentrationslagern gelitten und gekämpft haben, und es darf für die, die ihren Spuren folgen wollen, heute keine Berührungsängste geben".

Er selbst demonstrierte aber gleich seine Berührungsängste, als er von den vielen Opfern und den tapferen und mutigen Kämpfern gegen die nazistische Barbarei in Hamburg sprach, einige Namen nannte, aber den Namen Ernst Thälmann nicht über die Lippen brachte.
An anderer Stelle versuchte er, sich bei den Grünen anzubiedern, indem er die DDR wegen angeblicher "Unterdrückung Andersdenkender" angriff und die Frage stellte "Warum läßt man Petra Kelly dort nicht reden, wenn sie reden will?" Als er hierfür keinerlei Zu-

stimmung, auch nicht der anwesenden Grünen erhielt, bedauerte er, "daß bei einer solchen Gelegenheit nicht die Möglichkeit besteht, von Ihnen auch dafür Ihre Kraft zu gewinnen". Trotzdem spricht es für das wachsende Ansehen der VVN-BdA und zeigt das Bemühen, sich ein antifaschistisches Image zu geben, daß Dohnanyi die Delegierten und Gäste des Kongresses persönlich begrüßte.
Großen Beifall erhielt der Vertreter der Bundestagsfraktion der Grünen, Jürgen Reents, der sich "von der Aktion anderer Funktionsträger der Grünen auf dem Alexanderplatz in Berlin" distanzierte, als er erklärte:
"Auch wenn wir vermutlich eine andere Auffassung zu den Verhältnissen in der DDR haben, als die vieler hier im Raum, sind wir doch der Ansicht, daß es eine politisch-törichte Aktion war und daß sie nicht nützlich ist für das, was momentan vorrangig anliegt, nämlich die Raketenstationierung hier in der Bundesrepublik zu verhindern".
Bei seinem Auftreten waren auch mehrere Vertreter der SAL Hamburg und Reiner Trampert vom Bundesvorstand "Die Grünen" anwesend.

Der stellvertretende Vorsitzende der DKP, Hermann Gautier, überbrachte die Grüße seiner Partei und unterstrich die enge Kampfgemeinschaft von Kommunisten und Antifaschisten. Er erklärte unter anderem: "Die antifaschistischen Widerstandskämpfer, wie viele andere demokratische Kräfte, haben ihren Beitrag für die Entwicklung einer machtvollen Friedensbewegung geleistet. .... Unsere gemeinsame Aufgabe ist es jetzt, 50 Jahre nach der faschistischen Machtergreifung, die Friedenskräfte so stark zu machen, daß es Reagan und seinen Statthaltern in Bonn unmöglich wird, die geplante Raketenstationierung durchzusetzen".

Das Mitglied des Präsidiums der VVN-BdA, Kurt Bachmann, hielt eine viel beachtete Rede, in der er auch auf die Bedeutung der Vertragstreue durch die Regierung der BRD zu den abgeschlossenen Verträgen mit der DDR und anderen sozialistischen Ländern hinwies. Er unterbreitete den Vorschlag, einen entsprechenden Passus in den Programmentwurf über die Vertragstreue als Aufgabe der Gegenwart einzufügen. (Der Vorschlag wurde angenommen).

Im politischen Bericht des Präsidiums setzte sich der Generalsekretär Kurt Erlebach mit der gegenwärtigen Politik der Bundesregierung auseinander und widerlegte die Behauptung von Bundeskanzler Kohl, daß die CDU/CSU unter Adenauer den "Aufstieg der Deutschen aus der moralischen Katastrophe und dem physischen Elend von mehr als 30 Jahren ermöglicht" habe. Er führte weiter aus: "Im Gegenteil habe gerade die damalige Adenauer-Regierung verhindert, daß die Forderungen der Antifaschisten verwirklicht wurden. So sei Deutschland gespalten, die Bundesrepublik remilitarisiert und in die NATO eingegliedert worden. Darin liege die Ursache dafür, daß unser Volk heute einer tödlichen Gefahr durch atomare Waffen ausgesetzt ist." Er begrüßte die neuen sowjetischen Abrüstungsvorschläge sowie die Bereitschaft der DDR, bei Beachtung des Prinzips der Gleichheit und der gleichen Sicherheit ihr gesamtes Territorium als atomwaffenfreie Zone zur Verfügung zu stellen. "Die negative Reaktion der Bundesregierung darauf widerspreche dem nationalen Interesse der BRD". An anderer Stelle betonte er, die VVN werde im breiten Bündnis mit anderen demokratischen Kräften verstärkt Aktionen gegen die Stationierung neuer USA-Mittelstreckenraketen organisieren.

- Die VVN-BdA wird mit dazu beitragen, daß der 1. September, der Antikriegstag im Jahr 1983 und die
- bundesweite Aktionswoche vom 15. - 22. Oktober d.J. unter dem Motto "Es ist an der Zeit - sagt NEIN - keine neuen Atomraketen in unser Land" zu Höhepunkten im Kampf gegen die Stationierung neuer US-Raketen in der BRD werden.
- Die VVN wird sich dafür einsetzen, daß eine Volksbefragung gegen die Stationierung neuer US-Raketen durchgeführt wird.

Die klaren Aussagen im Bericht des Generalsekretärs wurden häufig durch starken Beifall der Delegierten unterstützt.
Im Namen des Präsidiums schlug Genosse Erlebach vor, zu einer großen Werbekampagne für neue Mitglieder und Leser der Wochenzeitung "die tat" aufzurufen. Ein entsprechender Appell an die Mitglieder wurde vom Bundeskongreß angenommen.

Seit dem Bundeskongreß 1979 hat die VVN-BdA 5052 neue Mitglieder

gewonnen, da aber in der gleichen Zeit über 2000 Kameraden verstarben, erhöhte sich die Mitgliederzahl insgesamt um 2778. Die meisten der neuen Mitglieder sind junge Menschen. Davon ausgehend wurde der Entwicklung einer kontinuierlichen Bildungsarbeit, die der veränderten Struktur der Organisation und den politischen Notwendigkeiten gerecht wird, große Aufmerksamkeit geschenkt. Der entscheidende Fortschritt, der dabei erreicht wurde, besteht darin, daß es gelungen ist, die Bildungsarbeit in den Kreisen und Ortsvereinigungen zu verankern und daß es in vielen Kreisvereinigungen Bildungsverantwortliche gibt.

Mit der Bildung von 6 Arbeitskreisen mit den folgenden Themen:

- Für die Sicherung des Friedens, gegen die Stationierung neuer Raketen,
- Für die Verteidigung demokratischer Rechte, gegen Neonazismus und Ausländerfeindlichkeit,
- Die organisatorische und politische Stärkung der VVN-BdA,
- Antifaschistische Bildungsarbeit,
- Geschichtsforschung und -vermittlung,
- Wiedergutmachungs- und Sozialpolitik

wurde in regen Diskussionen ein konstruktiver Erfahrungsaustausch mit vielen Anregungen für die zukünftige Arbeit geführt. Das Ergebnis wurde durch Sprecher der einzelnen Arbeitskreise vor dem Plenum erläutert. Das war besonders wertvoll für alle Delegierten.

Das gleiche zeigte sich auch bei der Debatte über die Grundlagen und Ziele antifaschistischer Politik, des überarbeiteten Entwurfs des "Orientierungs- und Aktionsprogramms", das in drei Hauptabschnitte gegliedert ist.

I. Das antifaschistische Vermächtnis
II. Die politische Situation in der Bundesrepublik
III. Die antifaschistische Alternative

Von den Landesverbänden wurden auf 65 Seiten Anträge zum Programmentwurf vorgelegt. Auch das zeugt von dem großen Engagement und der Verantwortung der Mitglieder bei der Vorbereitung des Kongresses.

Bei den Beratungen prägte das einheitliche Bemühen aller Delegierten um klare und eindeutige Formulierungen und Vertiefung der Argumentation den Arbeitscharakter der Konferenz.

Zu zwei Fragen: Pazifismus und Funktion des Antikommunismus - gab es bei einigen jüngeren Kameraden Unklarheiten.
Beim Pazifismus handelte es sich um bürgerlich-christliche Vorstellungen.
Bei den Formulierungen aggressiver, militanter und hemmungsloser Antikommunismus im Programmentwurf bzw. in den Anträgen wurde von jüngeren Mitgliedern eine Abschwächung verlangt. Charakteristisch war aber, was sich auch bei der Abstimmung über die Resolutionen zeigt, daß es sich in der Regel nicht um prinzipielle Fragen handelte. Oft waren es nur stilistische Änderungsvorschläge. So kam es vor, daß gegen einzelne Formulierungen Einwände erhoben wurden, aber die Abstimmung des Gesamtdokumentes einstimmig erfolgte.
Ebenso einstimmig erfolgte die Wahl der leitenden Gremien. J. Rossaint wurde wieder zum Präsidenten und Kurt Erlebach zum Generalsekretär sowie als Stellvertreter des Präsidenten H. Jennes und Jürgen Reinhardt gewählt.

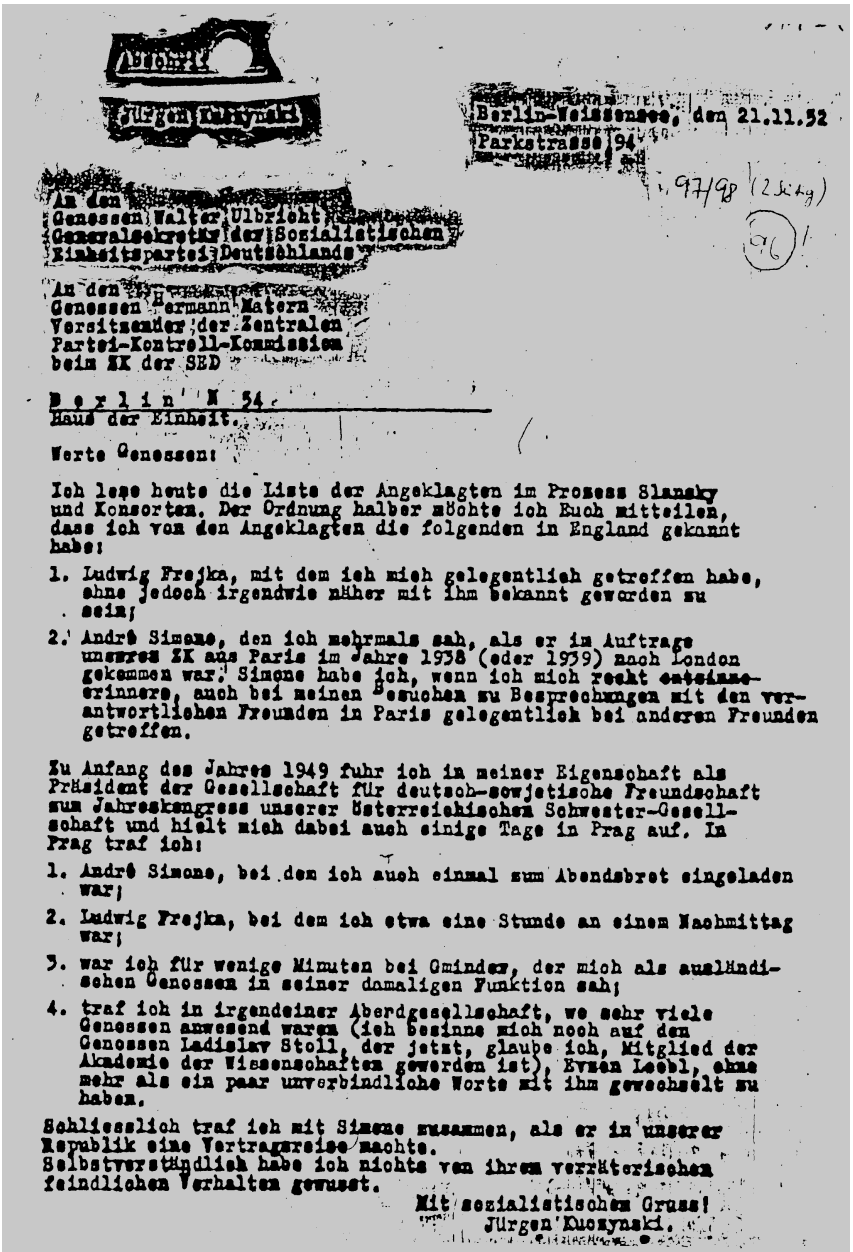
Auf dem Kongreß wurde deutlich, daß alt und jung zu einer einheitlichen Organisation zusammengewachsen sind. Die VVN versteht sich als Teil der nationalen und internationalen Friedensbewegung. Sie sieht ihre Aufgabe darin, die historischen Erfahrungen und Lehren des antifaschistischen Widerstandskampfes in diese Bewegung einzubringen. Schöpferisches Engagement und großes Verantwortungsbewußtsein prägte den Konferenzstil. Mit dem neuen Aktionsprogramm hat sich die VVN eine gute Orientierung und eine Anleitung zum Handeln gegeben.

–

Mann kann feststellen, daß der Bundeskongreß dazu beigetragen hat, das antifaschistische Bewußtsein und den Kampfeswillen der Delegierten und damit des gesamten Verbandes zu stärken.

gez. Funke/Helmer

31. Mai 1983



Jürgen Kuczynski

Berlin-Weissensee, den 21.11.52
Parkstrasse 94

97/98 (2 Schg)

An den
Genossen Walter Ulbricht
Generalsekretär der Sozialistischen
Einheitspartei Deutschlands

An den
Genossen Hermann Matern
Vorsitzender der Zentralen
Partei-Kontroll-Kommission
beim ZK der SED

Berlin N 54
Haus der Einheit.

Werte Genossen!

Ich lese heute die Liste der Angeklagten im Prozess Slansky und Konsorten. Der Ordnung halber möchte ich Euch mitteilen, dass ich von den Angeklagten die folgenden in England gekannt habe:

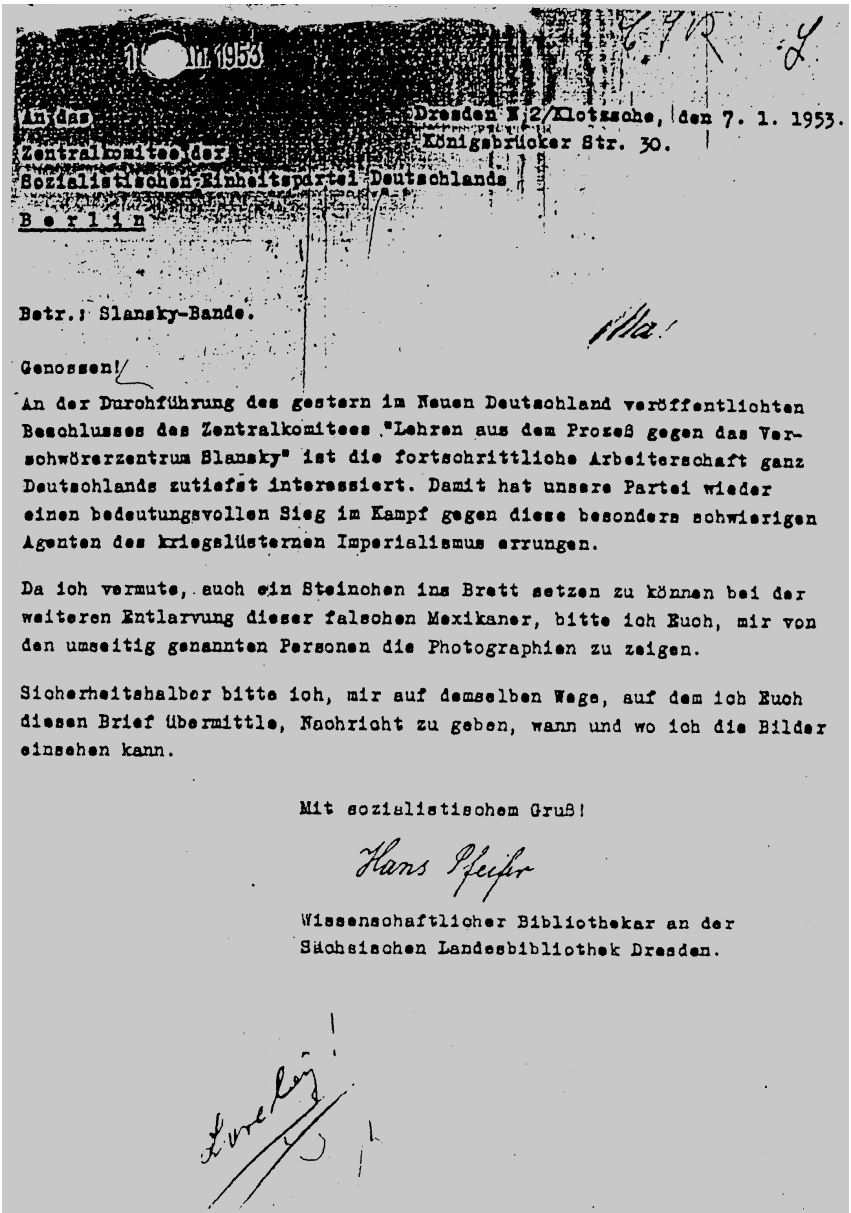
1. Ludwig Frejka, mit dem ich mich gelegentlich getroffen habe, ohne jedoch irgendwie näher mit ihm bekannt geworden zu sein;
2. André Simone, den ich mehrmals sah, als er im Auftrage unseres ZK aus Paris im Jahre 1938 (oder 1939) nach London gekommen war. Simone habe ich, wenn ich mich recht entsinne-erinnere, auch bei meinen Besuchen zu Besprechungen mit den verantwortlichen Freunden in Paris gelegentlich bei anderen Freunden getroffen.

Zu Anfang des Jahres 1949 fuhr ich in meiner Eigenschaft als Präsident der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft zum Jahreskongress unserer österreichischen Schwester-Gesellschaft und hielt mich dabei auch einige Tage in Prag auf. In Prag traf ich:

1. André Simone, bei dem ich auch einmal zum Abendsbrot eingeladen war;
2. Ludwig Frejka, bei dem ich etwa eine Stunde an einem Nachmittag war;
3. war ich für wenige Minuten bei Gminder, der mich als ausländischen Genossen in seiner damaligen Funktion sah;
4. traf ich in irgendeiner Abendgesellschaft, wo sehr viele Genossen anwesend waren (ich besinne mich noch auf den Genossen Ladislav Stoll, der jetzt, glaube ich, Mitglied der Akademie der Wissenschaften geworden ist), Evzen Loebl, ohne mehr als ein paar unverbindliche Worte mit ihm gewechselt zu haben.

Schliesslich traf ich mit Simone zusammen, als er in unserer Republik eine Vortragsreise machte.
Selbstverständlich habe ich nichts von ihrem verräterischen feindlichen Verhalten gewusst.

Mit sozialistischem Gruss!
Jürgen Kuczynski.



Jan. 1953

An das
Zentralkomitee der
Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands
B e r l i n

Dresden N 2/Klotzsche, den 7. 1. 1953.
Königsbrücker Str. 30.

Betr.: Slansky-Bande.

Genossen!

An der Durchführung des gestern im Neuen Deutschland veröffentlichten Beschlusses des Zentralkomitees "Lehren aus dem Prozeß gegen das Verschwörerzentrum Slansky" ist die fortschrittliche Arbeiterschaft ganz Deutschlands zutiefst interessiert. Damit hat unsere Partei wieder einen bedeutungsvollen Sieg im Kampf gegen diese besonders schwierigen Agenten des kriegslüsternen Imperialismus errungen.

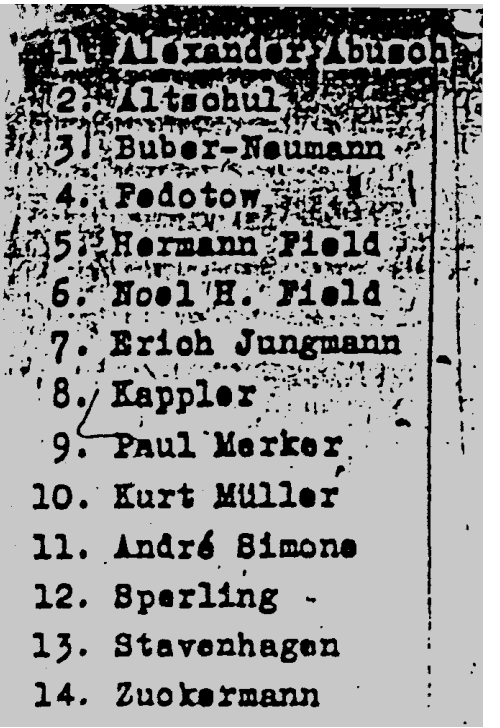
Da ich vermute, auch ein Steinchen ins Brett setzen zu können bei der weiteren Entlarvung dieser falschen Mexikaner, bitte ich Euch, mir von den umseitig genannten Personen die Photographien zu zeigen.

Sicherheitshalber bitte ich, mir auf demselben Wege, auf dem ich Euch diesen Brief übermittle, Nachricht zu geben, wann und wo ich die Bilder einsehen kann.

Mit sozialistischem Gruß!

Hans Pfeifer

Wissenschaftlicher Bibliothekar an der
Sächsischen Landesbibliothek Dresden.


1. Alexander Abusch
2. Altschul
3. Buber-Neumann
4. Fedotow
5. Hermann Field
6. Noel H. Field
7. Erich Jungmann
8. Kappler
9. Paul Merker
10. Kurt Müller
11. André Simone
12. Sperling
13. Stavenhagen
14. Zuckermann

Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer

der Deutschen Demokratischen Republik

– Zentralleitung –

An alle
Mitglieder des Präsidiums
- - - - - - - - - - - - - - -

. 11. 1979

Eingegangen
7. NOV.
262/79

Liebe Genossinnen und Genossen,

beiliegend übersenden wir

- den Bericht über das Welttreffen in Rom
- die Konzeption für den Bericht für die nächste Tagung der Zentralleitung

Beide Materialien werden in der nächsten Tagung des Präsidiums mit Informationen über weitere Tagungen (Beratung der sozialistischen Bruderorganisationen Mitte November in Warschau, Tagung des Präsidiums der FIR Ende November in Wien) zur Behandlung stehen.
Über den genauen Termin der Präsidiumstagung (vorgesehen Anfang Dezember) erfolgt noch Mitteilung.

Mit sozialistischem Gruß
Otto Funke
Vorsitzender

Telefon: 2 00 02 36 · Bankkonto: Berliner Stadtkontor 6651-32-41 · Postscheckkonto: Berlin 7199-58-652

BG 0636/76

Nur für den Dienstgebrauch

Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR
- Zentralleitung -

Berlin, 29. 10. 1979

B e r i c h t

Über das "Welttreffen der ehemaligen Kriegsteilnehmer und Widerstandskämpfer für Abrüstung Rom, 18. - 20. Oktober 1979

I. Vorbereitung

Das Zustandekommen dieses erstmaligen Treffens ehemaliger Kriegsteilnehmer, Kriegsopfer, Widerstandskämpfer, Deportierter, KZ-Häftlinge und Kriegsgefangenen sowie Kämpfer in Befreiungs- und Unabhängigkeitskriegen bedurfte praktisch einer 10jährigen Vorbereitung.

Der VI. FIR-Kongreß in Venedig 1969 beschloß Maßnahmen zur Entwicklung der Zusammenarbeit mit Verbänden ehemaliger Kriegsteilnehmer, um diese Kräfte für einen aktiven Beitrag zur Sicherung des Friedens, der Entspannung und Abrüstung zu gewinnen.

Zu dieser Zeit bestanden keinerlei Kontakte zwischen den entsprechenden internationalen Organisationen. Daher wurden auf Initiative der Organisationen der sozialistischen Länder, darunter der DDR, Kontakte mit nationalen Kriegsteilnehmerverbänden aufgenommen, in deren Ergebnis im November 1971 in Rom das erste Europäische Treffen durchgeführt wurde, das im Konsensus den "Appell von Rom" annahm, der die Einberufung der Europäischen Sicherheitskonferenz forderte und alle wesentlichen Aspekte enthielt, die von den sozialistischen Ländern vorgeschlagen waren und sich in der Schlußakte von Helsinki widerspiegeln.

Im Ergebnis dieser, von den Organisationen der sozialistischen Länder - insbesondere der SU, Polen und der DDR - mit großer Zielstrebigkeit und Geduld weitergeführten Arbeit kam im November 1975 in Paris das Europäische Symposium für Abrüstung zustande, das trotz Provokations- und Störungsversuchen vor allem von Seiten westdeutscher rechter Kriegsteilnehmerverbände erfolgreich mit einer einstimmig verabschiedeten Schlußerklärung für die Abrüstung zu Ende geführt wurde.

Dieses Symposium war bereits organisiert von den vier internationalen Organisationen

* - Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR)
- Weltföderation ehemaliger Kriegsteilnehmer (FMAC)

- Internationale Föderation der Kriegsgefangenen (CIAPG)
- Europäische Konföderation ehemaliger Kriegsteilnehmer (CEAC)

  (hat sich vor einigen Jahren von der FMAC abgespalten, hauptsächlich auf Einwirkung von reaktionären BRD-Soldatenverbänden)

Seitdem arbeiteten diese vier internationalen Organisationen in einem Koordinierungskomitee unter vielen Hemmnissen und Störversuchen an der Vorbereitung eines Welttreffens für Abrüstung, das bereits vom sowjetischen Komitee und uns im Jahre 1971 ins Auge gefaßt wurde.

Dieses Koordinierungskomitee, in dem das sowjetische Komitee, der polnische Verband und unser Komitee von Anbeginn aktiv mitwirkten, beschloß auf seiner erstmaligen Tagung in einem sozialistischen Land, im September 1977 in Berlin, die Einberufung des Welttreffens für Oktober 1979 in Rom und wandelte sich in das Vorbereitungskomitee um, das in mehreren Tagungen die organisatorischen Vorbereitungen traf, um eine Teilnahme von allen Kontinenten zu sichern und nach zahlreichen Entwürfen die Botschaft formulierte, die einziges Dokument und Diskussionsgrundlage des Welttreffens war.

Unsere Haltung und unser taktisches Vorgehen wurde in allen Stadien der langjährigen Vorbereitung mit der Parteiführung beraten und festgelegt.

Das Auftreten unserer Delegation wurde mit Genossen Axen festgelegt und mit dem sowjetischen Komitee abgestimmt, mit dem in allen Perioden eine enge Zusammenarbeit bestand.

II. Teilnehmer

Infolge der außerordentlich mangelhaften organisatorisch-technischen Sicherstellung durch das italienische Orgbüro lag bis zum Ende der Konferenz noch keine exakte Teilnehmerliste vor.

Es wurde aber festgestellt, daß über 600 Vertreter von 4 internationalen und 135 nationalen Organisationen aus 54 Ländern von allen 5 Kontinenten teilnahmen. Die oben dargelegte Zusammensetzung spiegelte ein außerordentlich breites Spektrum politischer, weltanschaulicher und religiöser Auffassungen bis zu reaktionären Soldatenverbänden, die hauptsächlich in der CEAC organisiert sind, zu der als Dachorganisation die sogenannte "Deutsche Sektion" gehört, der solche Verbände wie der "Kyffhäuserbund" das "Afrikakorps", der "Bund deutscher Soldaten" der

"Stahlhelm" u. a. angehören, deren militaristisch-revanchistischer Charakter bekannt ist. Aus Amerika nahmen teil die rechte "American Legion" und eine progressive Organisation "Veterans for the Paece", die sich offensichtlich vor einiger Zeit als Gegenpol zur Erstgenannten gebildet hat. Aus Asien nahmen ebenfalls zahlreiche Organisationen teil, darunter aus der Türkei, Indonesien, Bangladesh, Nepal, Thailand, Malaysia, Taiwan u.a. China war nicht vertreten. Vom afrikanischen Kontinent u. a. Ägypten, Israel, Nigeria, Guinea, Elfenbeinküste, Algerien. Durch Unterstützung der sowjetischen und unserer Auslandsvertretungen wurde erreicht, daß Organisationen bzw. "Organisationskomitees" aus Kuba, Vietnam, Äthiopien, Madagaskar, Benin teilnahmen. Alle sozialistischen Länder waren vertreten mit unterschiedlich starken Delegationen, die stärksten waren die polnische mit 16, die sowjetische mit 8 und unsere mit 6 Vertretern.
Der Delegation unseres Komitees gehörten an die Genossen

Otto Funke (Leiter der Delegation)
Max Friedemann,
Kurt Goldstein,
Fritz Reuter,
Heinrich Toeplitz,
Hans Seigewasser

sowie

Emmi Handke für das ILK Ravensbrück

Hein Külckens für das ILK Sachsenhausen

III. Verlauf

Das Welttreffen wurde eröffnet mit einer festlichen Sitzung im Capitol, an welcher der italienische Staatspräsident Pertini, einige Minister der italienischen Regierung, der Oberbürgermeister von Rom und als Vertreter des Papstes ein Kardinal teilnahmen. Der Papst empfing am dritten Tage alle Teilnehmer des Treffens im Vatikan und begrüßte sie in einer Rede "als moralisch besonders legitimiert, für den Frieden zu zeugen und gehört zu werden." Die polnische Delegation hatte danach eine Sonderaudienz.

Die Tagung hatte vier Arbeitssitzungen, die jeweils symbolisch, um den weltweiten Charakter zu unterstreichen, von einem Vertreter Afrikas, Amerikas, Asiens und Europas (Vertreter des SKKV) geleitet wurden.

Der Verlauf der Diskussion (61 Sprecher) zeigte, daß die überwiegende Mehrzahl der Teilnehmer bemüht waren, dem Treffen einen erfolgreichen Verlauf zu sichern. Alle gaben der vorgelegten Botschaft ihre Zustimmung. Eine Reihe begrüßten das Zustandekommen von SALT II und forderten die Ratifizierung als einen entscheidenden Schritt. Die Notwendigkeit der Abrüstung wurde von den verschiedensten Aspekten her begründet, wobei zahlreiche Sprecher aus Entwicklungsländern das Elend in ihren Ländern darlegten und forderten, die durch Einstellung des Wettrüstens frei werdenden Mittel für die Beseitigung von Rückständigkeit und Hunger einzusetzen.

Die Berliner Friedensinitiative spielte in der Debatte eine bedeutende Rolle.

Eine Anzahl Sprecher begrüßten die Vorschläge des Genossen Breshnew und die dargelegten einseitigen Maßnahmen guten Willens als eine bedeutende Initiative. Der Präsident der CEAC (Franzose) nahm hierzu in provokatorischer Art mit dem üblichen NATO-Argument des "Ungleichgewichts" Stellung und bezeichnete sie als eine Bedrohung Westeuropas. Der Sitzungspräsident (Amerikaner) nutzte die Festlegung der kurzen Redezeit (4 Minuten), um dem Redner energisch das Wort abzuschneiden und so weitere Provokationen zu verhindern, was ihm unter erregten Protest eines Teils der Anwesenden bei gleichzeitiger lautstarker Zustimmung anderer auch gelang.

Ein zweiter Sprecher dieser Richtung (Vertreter der französischen Union Nationale Combattants) der mit der NATO-Zahlenlüge aufwartete, fand bei der Mehrheit ebensowenig Anklang. Zu weiterem Auftreten solcher NATO-Leute kam es nicht, da die Kräfte, die offensichtlich stören und das Treffen eventuell platzen lassen wollten, merkten, daß sie sich bei der allgemeinen Atmosphäre des Einvernehmens isolieren würden.

Sie machten dann lediglich in der Redaktionskommission noch einige Versuche, die Botschaft in ihrem Sinne zu ändern, was nach heftigen Debatten von der Mehrheit verhindert wurde, so daß sie auch hier kapitulieren mußten.

Auffällig war die Zurückhaltung bekannter westdeutscher rechter Teilnehmer. Der Sprecher gab im Namen der anwesenden BRD-Kriegsteilnehmer-und Kriegsopfer-Verbände die Erklärung ab, daß sie der Botschaft ihre "uneingeschränkte Zustimmung" geben, wonach er sich dann allerdings einieger Phrasen über die "Freiheit" in der BRD und daß sie "gegen jegliche Teilung von Völkern und Ländern" seien, nicht

enthalten konnte. Er sagte uns später, daß diese Erklärung mit ihrem Außenministerium abgesprochen sei.
In unserem Beitrag (Leiter der Delegation) wurde konzentriert die Friedenspolitik der DDR dargelegt, die Bedeutung von SALT II und der Berliner Initiative Breshnews unterstrichen und die Behauptung von der "Bedrohung" sachlich, aber entschieden zurückgewiesen.
(In Gesprächen mit vielen Teilnehmern wurde festgestellt, daß Bedeutung und Inhalt der Berliner Vorschläge überhaupt nicht oder nur durch die westlichen Massenmedien verfälscht bekannt sind, aber nach Erläuterung großes Interesse und Aufmerksamkeit fanden).
Die Botschaft "Für Frieden durch Abrüstung" wurde am Ende des Treffens unter anhaltendem Beifall im Konsensus angenommen.
Es wurde empfohlen, sie in allen Ländern zu verbreiten und den Regierungen und Parlamenten zu übergeben.
Die Grußadresse des Vorsitzenden des Staatsrates, Genossen Honecker, wurde dem Präsidenten des Treffens übergeben und im Bericht des Generalberichterstatters, des Präsidenten der FIR Banfi, genannt. Sie wird im Protokoll des Treffens im Wortlaut veröffentlicht. Weitere Grußadressen erhielt das Treffen von den Staatschefs Ungarns und Bulgariens, den Ministerpräsidenten Polens und Japans sowie von Bundeskanzler Schmidt.

IV. Einschätzung

Das Welttreffen von Rom kann als ein bedeutender Erfolg angesehen werden, der hauptsächlich ein Ergebnis der langfristigen zielstrebigen und abgestimmten Arbeit der Organisationen der sozialistischen Länder auf der Grundlage der Friedenspolitik der Parteien und Regierungen ist.
Schon das Zustandekommen dieses Treffens, zusammengesetzt aus ehemaligen Kriegsteilnehmern und Widerstandskämpfern, die Seite an Seite kämpften, oder an den verschiedenen Fronten sich gegenüberstanden und nun eine gemeinsame Sprache für ein Ziel, für Abrüstung und Frieden suchten, ist ein wichtiges Ereignis, das für die Mobilisierung der Völker im Kampf um Abrüstung Wirkung haben kann.

Die einmütige Verabschiedung der Botschaft, die natürlich Kompromisse beinhaltet, aber nach unserer Meinung alle wesentlichen Aspekte und Argumente für die Abrüstung enthält, hat die Front der Gegner des Wettrüstens verbreitert und ermöglicht weitere Schritte der Zusammenarbeit. Die Botschaft ist ein wichtiges Arbeitspapier, um die gemeinsamen Aktionen weiterzuführen und der Gewinnung neuer Kräfte Auftrieb zu geben. Es ist gelungen - unter Konzentrierung auf das eine Ziel, die Abrüstung, und Beiseitelassen anderer politischer unterschiedlicher Anschauungen und Auffassungen - die progressiven Kräfte in diesen internationalen Organisationen zu stärken, schwankende zu gewinnen und reaktionäre Kräfte weiter zurückzudrängen.
Es ist festzustellen, daß die leitenden Vertreter der FMAC, insbesondere ihr Präsident, van Lanschoot (Niederländer), der auch Präsident des Treffens war, eine gute Arbeit bei der Vorbereitung und Durchführung des Treffens geleistet haben und stets bemüht waren, eine Übereinstimmung und einen Erfolg des Treffens zu sichern.

x x x

Der Botschafter in Italien, Genosse Hans Voss und die Mitarbeiter der Botschaft haben der Delegation zur Durchführung ihrer Aufgaben ausgezeichnete Unterstützung gegeben, insbesondere auch im Zusammenhang mit dem tragischen Ableben des Genossen Hans Seigewasser.

V. Schlußfolgerungen

- Die Tätigkeit der Zentralleitung des Komitees auf diesem Gebiet ist im Rahmen der FIR, in enger Zusammenarbeit mit den sozialistischen Bruderorganisationen, insbesondere mit dem Sowjetischen Komitee der Kriegsveteranen, weiterzuführen.

  Die Zentralleitung arbeitet in dem Koordinierungskomitee, welches nach dem Welttreffen seine Tätigkeit wiederaufnimmt, weiterhin aktiv mit, um neue Aktionen auf der Grundlage der Botschaft vorzubereiten.
  Ziel sollte die Einberufung eines 2. Welttreffens in 2 oder 3 Jahren sein, um die Ergebnisse einzuschätzen und der Bewegung weiteren Auftrieb zu geben.

- 7 -

- Die Zentralleitung entwickelt im Rahmen ihrer Möglichkeiten die bilateralen Kontakte mit nationalen Organisationen und nimmt neue Kontakte vor allem mit Organisationen in national-revolutionären Ländern auf. Sie unterstützt in Abstimmung mit den sozialistischen Bruderorganisationen durch die Vermittlung von Erfahrungen die Bildung von Organisationen in anderen sozialistischen Ländern (Kuba, Vietnam) und solchen Ländern, die den sozialistischen Entwicklungsweg einschlagen, damit auf diesem Wege der Einfluß der sozialistischen Länder unter den Kriegsteilnehmer- und Befreiungskämpferorganisationen weiter gestärkt wird.

Otto Funke

WELTTREFFEN DER EHEMALIGEN KRIEGS-
TEILNEHMER FÜR DIE ABRÜSTUNG
ROM 18. - 20. OKTOBER 1979

DIE EHEMALIGEN KRIEGSTEILNEHMER DER WELT FÜR
FRIEDEN DURCH ABRÜSTUNG

1. Alarmiert durch die enormen Gefahren, die das Wettrüsten verursacht, sind wir, die Vertreter der ehemaligen Kriegsteilnehmer und Kriegsopfer aller Kontinente zum ersten Mal zu einem Welttreffen zusammengekommen.

2. Als Zeugen der Völkermorde, der Holocauste, der Trauer, der Leiden und der Ruinen, die der Krieg mit sich brachte, richten wir als diejenigen, die in blutigen Konflikten Seite an Seite oder gegeneinander gekämpft haben, einen dringenden Appell an die Gemeinschaft der ehemaligen Kriegsteilnehmer und durch sie an die Weltöffentlichkeit und an die Regierungen.

3. Zutiefst dem Frieden und zugleich der Sicherheit unserer jeweiligen Länder verbunden, verkünden wir die Notwendigkeit der Beendigung des Prozesses, der die Menschheit zur Selbstvernichtung führen kann. Wir befürworten die Weiterentwicklung der Abkommen, die die Rüstungsbeschränkung und die Unterstützung einer tatsächlichen Abrüstung unter Wahrung der Sicherheit aller in jeder Etappe zum Ziel haben.

4. Der Einsatz von Waffen war in der Geschichte der Menschheit eines der von den Staaten am häufigsten angewandten Mittel zur Beilegung ihrer Streitfragen und in einigen Fällen zur Erweiterung ihres Machtbereichs. So, wie die Dinge gegenwärtig in der Welt liegen, halten viele immer noch den Besitz und die Anhäufung gewaltiger Rüstungen sowie militärische Überlegenheit für die Sicherung der Unabhängigkeit, für die nationale Souveränität und die Sicherheit ihres Landes für unerläßlich.

5. Aber die Anhäufung immer zerstörerischer und perfektionierterer Waffen stellt heute eher eine Gefahr als einen Schutz für die Sicherheit der Nationen und die Zukunft der Menschheit dar. Dies war die Feststellung aller Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen anläßlich der Sondersitzung der UNO-Generalversammlung über Abrüstung vom 23. Mai bis 1. Juli 1978 in New-York.

6. Jedoch beschleunigt sich das Wettrüsten. Die Militärbudgets steigen weiter unaufhaltsam an. Der Waffenhandel hat beängstigende Ausmaße angenommen. Dies hat eine ungeheure Vergeudung finanzieller und technologischer Mittel sowie menschlicher Kräfte zur Folge zum Schaden aller Völker der Welt und verzögert die Einführung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung, die auf Gerechtigkeit, Gleichheit der Rechte und Pflichten sowie auf Zusammenarbeit begründet ist.

   Außerdem widerspiegelt diese Situation die internationalen Spannungen und verschärft sie, trägt zur Anheizung von Konflikten in verschiedenen Regionen der Welt bei, behindert die Entspannung, verstärkt die Gegensätze zwischen den Militärbündnissen und nährt Mißtrauen sowie das Gefühl der Unsicherheit.

7. Dieser Prozeß muß unterbrochen und es müssen Wege zur Abrüstung eingeschlagen werden. Die Probleme politischer, militärischer, wirtschaftlicher, technologischer und psychologischer Art sind vielschichtig. Zahlreich sind die Hindernisse, aber es gibt Lösungen. Sie erfordern die Mithilfe der öffentlichen Meinung, um bei den Staaten einen gemeinsamen Willen hervorzurufen, damit die Welt auf neue Wege gebracht wird : die Wege einer echten internationalen Sicherheit und der gegenseitigen Achtung.

   Die fortschreitende Realisierung dieser Ziele erfordert beständige und dauerhafte Bemühungen, zu denen uns das Schlußdokument der UNO-Sondersitzung aufruft, indem es verkündet, daß "die allgemeine und vollständige Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle und unter Gewährleistung der Sicherheit jedes Staates in jeder Etappe möglich ist".

8. Hierzu ist notwendig, daß auf internationaler Ebene die Staaten die internationalen Verpflichtungen, die sie eingegangen sind, genauestens respektieren und die Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen und der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte anwenden, insbesondere :

8.1 für jedes Volk das Recht auf Selbstbestimmung und darauf, Herr seines Geschicks und seiner Naturreichtümer zu sein;

8.2 für jeden Staat, ob groß oder klein, das Recht auf Achtung seiner Souveränität und seiner territorialen Integrität unter entsprechenden internationalen Garantien;

8.3 Nichtanwendung von Gewalt oder Drohung mit Gewalt jeglicher Art bei der Regelung internationaler Streitfragen und Verpflichtung zur Suche nach Lösungen :

a) durch Verhandlungen zwischen den Parteien,
b) durch sonstige Mittel der friedlichen Beilegung von Konflikten,
c) durch internationale Verfahren.

8.4 für jeden Menschen das Recht auf Frieden, Würde und Freiheit;

Achtung jeder Form von Rassismus, Apartheid sowie jeder Doktrin religiösen, ideologischen oder Rassenhasses unter den Menschen und unter den Völkern;

8.5 Ahndung von Friedensverletzungen und Verbrechen gegen die Menschheit durch eine internationale Rechtssprechung, deren Schaffung unerläßlich geworden ist.

9. Im Bewußtsein, daß wirksame Maßnahmen der atomaren Abrüstung und die Vorbeugung eines Atomkrieges größte Priorität genießen, unterstützen wir die Prüfung und Inangriffnahme jeder wirksamen Maßnahme der nuklearen Abrüstung, die Einstellung der Weiterverbreitung von Kernwaffen, das Verbot der Entwicklung, Herstellung, qualitativen Perfektionierung und der Verbreitung sämtlicher Massenvernichtungswaffen und rufen zu deren Unterstützung auf.

Gleichzeitig halten wir eine ausgewogene und ausgeglichene Reduzierung der Streitkräfte und der konventionellen Rüstungen für unerläßlich. Jede Etappe der Anwendung der Abrüstungsmaßnahmen der Kern- und konventionellen Waffen muß das Ziel haben, ein Ungleichgewicht zu vermeiden und eine unverminderte Sicherheit jeden Staates oder jeder Staatengruppe zu garantieren, wobei die Rüstungen und Streitkräfte auf das möglich niedrigste Niveau gebracht werden sollen.

10. Wir appellieren an die besondere Verantwortung, die in dieser Hinsicht den Ländern mit den größten Rüstungen zukommt, an die Atommächte und vor allem an die Staaten, die ständige Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates sind.

Wir nehmen das zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken unterzeichnete Abkommen über die Beschränkung der strategischen Rüstungen (SALT II - Abkommen) zur Kenntnis; wir wünschen ein rasches Inkrafttreten und die Fortsetzung und Entwicklung der Verhandlungen mit dem Ziel, zu bedeutenden, konzentrierten Reduzierungen und qualitativen Beschränkungen der strategischen Waffen zu gelangen. Wir erachten es als zwingend erforderlich, daß weitere Abkommen zwischen allen beteiligten Seiten zu ähnlichen Beschränkungen der taktischen Waffen mit kurzer oder mittlerer Tragweite gelangen.

All diese Maßnahmen wären ein wichtiger Schritt auf dem Wege der atomaren Abrüstung, der all den Staaten Verantwortung auferlegt, die derartige Waffen besitzen, und die anderen Länder auffordern würde, den Weg der Weiterverbreitung von atomaren Waffen nicht einzuschlagen.

11. Eine progressive Reduzierung der Militärbudgets auf gemeinsam vereinbarter Basis, in erster Linie durch die am meisten gerüsteten Staaten, wird dazu beitragen, das Wettrüsten zu verlangsamen und darüber hinaus die Möglichkeit bieten, die derzeit für Militärzwecke verwendeten Mittel für den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt - unter anderem zum Nutzen der Entwicklungsländer - einzusetzen.

12. Wir, die wir von ganzem Herzen die Errichtung einer Welt ohne Krieg wünschen, werden jeden Schritt unterstützen und alle Bemühungen fördern, die das Ziel haben, das Wettrüsten zu beenden und in Richtung einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter wirksamer und internationaler Kontrolle vorwärtszukommen.

    Wir werden alle Maßnahmen unterstützen, die geeignet sind, die Entspannung zu vertiefen und die internationale Zusammenarbeit im Geiste der Schlußakte der Helsinki-Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa auszubauen, was letzten Endes zur Auflösung der Blöcke führen wird.

13. Wir verurteilen die Aggression in jeder Form und wenden uns gegen jede Propaganda, die darauf abzielt, den Geist des Angriffs und der Vorherrschafte über andere Völker zu fördern. Wir setzen uns für die Schaffung eines Klimas des gegenseitigen Vertrauens, verbunden mit dem Austausch von Gedanken und der Aufnahme und Vertiefung von Kontakten zwischen den Bürgern aller Länder ein.

14. Wir wünschen die baldige Schaffung der Voraussetzungen für die Einberufung der Weltabrüstungskonferenz, die von der UNO-Sondersitzung vorgesehen ist.

15. Wir rufen die Regierungen auf, den von ihnen in der Abschlußerklärung der Sondersitzung unterzeichneten Verpflichtungen nachzukommen und im Rahmen der vereinbarten Verfahrensweise den gemeinsam gefaßten Beschlüßen baldmöglichst Folge zu leisten.

16. Wir appellieren an die Verantwortlichen der Massenmedien und an die Lehrerschaft, die Gefahren des Wettrüstens, die Notwendigkeit einer gegenseitigen gleichzeitigen und kontrollierten Abrüstung aufzuzeigen, und dazu beizutragen, daß die Schwierigkeiten, die es auf diesem Wege gibt, überwunden werden.

17. Wir rufen die Frauen und Männer und vor allem die Jugend zur Teilnahme an den gemeinsamen Bemühungen auf, damit wir zusammen friedliche und neue Wege einschlagen.

Wir rufen sie auf, zur erfolgreichen Durchführung der von den Vereinten Nationen beschlossenen Abrüstungswoche, die jährlich am Gründungstag der UNO, dem 24. Oktober beginnt, beizutragen.

18. Als Vertreter der ehemaligen Kriegsteilnehmer, der Kriegsopfer, Widerstandskämpfer, Deportierten, Invaliden, Kriegsgefangenen, Teilnehmer an Befreiungs- und Unabhängigkeitskriegen aus 54 Ländern aller Kontinente, im Bewußtsein unserer Verantwortung und der moralischen Stärke, die unser gemeinsamer Wille darstellt,

lehnen wir die Unvermeidbarkeit von Kriegen ab,

engagieren wir uns für die Abrüstung.

Voller Vertrauen in die Zukunft der Menschheit tun wir alles, um den künftigen Generationen nicht eine Welt von Ruinen, Verwüstung und Tod zu hinterlassen.

Wir verkünden unsere Entschlossenheit, unseren Beitrag zur Schaffung einer Welt des Lebens, des Fortschritts und der Gerechtigkeit, der Freiheit und der Würde der Menschen zu leisten.

x x x

Komitee
der Antifaschistischen Widerstandskämpfer
der DDR
- Zentralleitung -
108 Berlin, Unter den Linden 12

Konzeption

zum Bericht über die Tätigkeit der Zentralleitung
im Jahre 1979 und die Aufgaben 1980

Die vorrangige Aufgabenstellung für unsere Tätigkeit im Jahre 1980 ist weiterhin auf die zielgerichtete Mitwirkung bei der Verwirklichung der Beschlüsse des IX. Parteitages der SED, insbesondere des Programms der SED, sowie der Tagungen des ZK gerichtet.
Wichtige Grundlagen der Arbeit sind dabei die bedeutungsvollen Reden des Generalsekretärs des ZK der SED, Genossen Erich Honecker und des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Genossen Leonid Breshnew in der Festveranstaltung zu Ehren des 30. Jahrestages der DDR.
Der Kampf für den Frieden, gegen imperialistischen Krieg war immer das höchste Anliegen der antifaschistischen Widerstandskämpfer. Daher werden wir auch heute alles tun, um unseren Beitrag zur Durchsetzung der Friedenspolitik der sozialistischen Staatengemeinschaft zu leisten.
Der 35. Jahrestag der Befreiung unseres Volkes und des Sieges über den Faschismus ist ein Höhepunkt in der Arbeit der Zentralleitung und aller ihrer Organe.
In der DDR wurde das Vermächtnis der Helden des Großen Vaterländischen Krieges und des antifaschistischen Widerstandskampfes erfüllt und die historische Chance der Befreiung genutzt. Vor allem der Jugend, aber auch der ganzen Bevölkerung unseres Landes gilt es bewußt zu machen, daß in der DDR Gestalt angenommen hat, wofür die Kämpfer des antifaschistischen Widerstandes mutig und standhaft ihre ganze Kraft und ihr Leben eingesetzt haben.
In Vorbereitung und Durchführung des 35. Jahrestages der Befreiung tragen wir mit allen unseren Kräften dazu bei, die Erfüllung der Aufgaben dieses Jahres zugleich auf die Maßstäbe des neuen Jahrzehnts zu richten. Von gewaltiger Tragweite ist dabei das Programm der Spezialisierung und Kooperation der Produktion für den Zeitraum bis 1990, das am Vorabend unseres 30. Jahrestages zwischen der DDR und der UdSSR abgeschlossen wurde. Wir stärken damit weiter den Bruderbund mit der Sowjetunion und tragen dazu bei, seine Mission als Bollwerk des Friedens und des Sozialismus in Ehren zu erfüllen.

Die Politik des Wachstums, des Wohlstandes und der Stabilität trotz der tiefgreifenden und anhaltenden Veränderungen der internationalen Wirtschaftssituation weiterzuführen, setzt eine wesentliche Erhöhung der Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft voraus.

In Anwendung der guten Erfahrungen in unserer Tätigkeit in Vorbereitung des 30. Jahrestages gilt es, unter Führung der Partei der Arbeiterklasse und in Zusammenarbeit mit den gesellschaftlichen Organisationen die politisch-ideologischen Ergebnisse, die wesentlich zur sozialistischen Bewußtseinsbildung - insbesondere bei der Jugend- beigetragen haben, zu vertiefen.

Hervorzuheben ist vor allem, daß die Beziehungen mit den gesellschaftlichen Organisationen auf der Grundlage der Vereinbarungen sowohl auf zentraler Ebene wie auch in den Bezirken und Kreisen konkreter gestaltet werden konnten. Damit wurden nicht nur gute Grundlagen, sondern auch neue Möglichkeiten und vielfältige Methoden für eine zielstrebige Zusammenarbeit geschaffen.

Die allseitige Förderung des staatsbewußten Denkens und Handelns durch die überzeugende Darlegung der Politik von Partei und Regierung in Verbindung mit der lebendigen Vermittlung der Lehren und Erfahrungen des antifaschistischen Widerstandskampfes ist eine der wichtigsten Aufgaben aller antifaschistischen Kämpfer im Zusammenwirken mit den gesellschaftlichen Organisationen. Es gilt, noch besser die Einheit von Politik, Ökonomie und Ideologie zur Geltung zu bringen, um so noch intensiver dazu beizutragen, das Staatsbewußtsein aller Mitglieder der Gesellschaft zu stärken. Wir werden dabei nach Maßgabe unserer Kräfte die breite, differenzierte und zielgerichtete politisch-ideologische Arbeit weiterführen und die bisherigen Erfahrungen zur Lösung dieser Aufgabe nutzen. Dieser Prozeß vollzieht sich in ständiger Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Ideologie. Davon ausgehend werden wir vor allem der jungen Generation helfen, den Angriffen des Klassenfeindes gegenüber noch besser gewappnet zu sein.

In Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltungen anläßlich des 35. Jahrestages der Befreiung aus den faschistischen KZ, Zuchthäusern und Gefängnissen, des Gedenktages für die Opfer des faschistischen Terrors und Kampftages gegen Faschismus und imperialistischen Krieg 1980 sind mit den gesellschaftlichen Organisationen wie FDJ, FDGB, GST, DFD, DTSB, Zentraler Ausschuß für Jugendweihe, auf der Grundlage der vorhandenen Arbeitsvereinbarungen in Auswertung der bisherigen Erfahrungen konkrete Maßnahmen für die weitere gemeinsame Arbeit festzulegen

Unsere Aufmerksamkeit richten wir vor allem auf die kommunistische Erziehung der jungen Generation und dabei im besonderen der Arbeiterjugend.

Es gilt, dem Kampf um den Namen eines revolutionären Kämpfers der Arbeiterklasse in den Jugendbrigaden, in den Jugendkollektiven und den Kollektiven der Pionierorganisation "Ernst Thälmann" immer mehr zu einem festen Bestandteil der Bewahrung und Festigung revolutionärer Traditionen der Arbeiterbewegung zu entwickeln. Dabei ist die Arbeit der Nationalen Mahn- und Gedenkstätten und der anderen Gedenkstätten noch stärker einzubeziehen.

Die Ergebnisse, die unsere Komitees in den Einrichtungen der Volksbildung, in Schulen und Lehrerkollektiven besonders auf dem Gebiet der Vertiefung des Geschichtsbewußtseins erzielten, sind beachtlich. Vor allem nach dem VIII. Pädagogischen Kongreß hat sich die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften "Junge Historiker" gut entwickelt. Sie spielen eine bedeutende Rolle bei der Erforschung der Geschichte des örtlichen antifaschistischen Widerstandskampfes, die weiter zu verstärken ist. Auch der Mitarbeit bei der Erforschung des antifaschistischen Widerstandes in den Betrieben und Kombinaten ist noch größere Beachtung zu schenken.

Nach wie vor betrachten wir es als Hauptaufgabe unserer internationalen Tätigkeit, im Rahmen unserer Möglichkeiten zur Verwirklichung der Grundsätze der sozialistischen Außenpolitik der DDR, zur weiteren Erhöhung des Ansehens unserer Republik im Ausland und zur Stärkung der sozialistischen Staatengemeinschaft beizutragen.

Die Abrüstung ist zur Schlüsselfrage der internationalen Entwicklung geworden. Es gilt, dem vom Imperialismus angeheizten Wettrüsten Einhalt zu gebieten und zur Abrüstung überzugehen. Die Berliner Friedensinitiative, die Vorschläge des Genossen Breshnew und die einseitigen Maßnahmen guten Willens haben eine neue Etappe des Kampfes eingeleitet, die wir in unseren bilateralen Beziehungen mit den westlichen Partnerorganisationen und international aktiv unterstützen werden.

Dazu hat das Welttreffen für Abrüstung im Oktober 1979 in Rom weitere Wirkungsmöglichkeiten geschaffen, die wir durch unsere aktive Mitarbeit im Koordinierungskomitee der vier internationalen Organisationen FIR/FMAC/CIAPG/CEAC nutzen werden.

Es gilt weiterhin, durch unsere aktive Mitarbeit die FIR als internationale antifaschistische Kampfgemeinschaft zu festigen und ihre Aktivitäten zur Verwirklichung der Beschlüsse des VIII. Kongresses der FIR in Minsk zu verstärken, dabei ist die"Internationale Initiative des Widerstandes und der Opfer des Faschismus und Nazismus" weiterhin zu unterstützen.
Es gilt, den Kampf gegen die wachsenden Aktivitäten der Faschisten durch gemeinsames Handeln und gemeinsame Aktionen der antifaschistischen und antiimperialistischen Kräfte noch entschlossener zu verstärken.
Gegenwärtig wie auch künftig ist das enge Zusammenwirken und einheitliche Auftreten der sozialistischen Bruderverbände unabdingbare Notwendigkeit. Dazu sind die Beziehungen vor allem mit dem Sowjetischen Komitee der Kriegsveteranen weiter zu vertiefen. Mit den Partnerorganisationen der kapitalistischen Länder gilt es, die Zusammenarbeit zur Stärkung der FIR, im Kampf gegen Faschismus und Neofaschismus weiter zu entwickeln und zur Vermittlung eines realen Bildes der sozialistischen DDR in ihren Ländern beizutragen.
Die solidarische Hilfe für die VVN - Bund der Antifaschisten der BRD ist weiter zu verstärken.
Mit diesen Verbänden sowie mit den Organisationen in den nationalrevolutionären Staaten und anderen internationalen Organisationen gilt es, die Anstrengungen im gemeinsamen Kampf für Frieden, Entspannung und Abrüstung und konsequente Zurückweisung und Entlarvung aller Pläne der Entspannungsgegner zu verstärken.

Auch künftig werden unsere Vertreter in den Internationalen Lagerkomitees dafür tätig, daß die ILK ihre Aktivitäten im Kampf für Frieden, für Abrüstung und Zusammenarbeit der Völker, im Kampf gegen Faschismus und Neofaschismus weiter erhöhen.

Die Einschätzung der Arbeit des Jahres 1979, die Beschlüsse der Zentralleitung und des Präsidiums, der vom Präsidium zu bestätigende Jahresarbeitsplan und die hier dargelegten Leitgedanken bilden die Grundlage für den Tätigkeitsbericht und die sich daraus ergebende Aufgabenstellung für das Jahr 1980.

x x x

Bereich I.V. Berlin, den 04.12.1979

B e r i c h t

Über den Besuch einer Studiendelegation des Präsidiums der VVN - Bund der Antifaschisten in der DDR vom 20. - 25.11.1979

In Verwirklichung der Vereinbarung des Sekretariats der Zentralleitung des Komitees der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR mit dem Präsidium der VVN - BdA der BRD hielt sich vom 20.11. - 25.11.1979 eine repräsentative Studiendelegation in der DDR auf. Sie stand unter Leitung der Kameradin Maria Wachter, Mitglied des geschäftsführenden Präsidiums der VVN - BdA.
Der Delegation gehörten insgesamt 12 Teilnehmer an.
Davon:

8 Mitglieder des Präsidiums
2 Mitarbeiter im Präsidium
2 Mitarbeiter der antifaschistischen Wochenzeitung "Die Tat"

darunter:

4 Landessekretäre
2 Mitglieder von Landesvorständen
1 Kreissekretär sowie
3 Mitglieder von Kreisvorständen

Von den 12 Kameradinnen und Kameraden gehörten 10 der DKP und einer der SPD an. Eine Kameradin war parteilos.

Den Funktionären der VVN - Bund der Antifaschisten sollte veranschaulicht werden, wie der reale Sozialismus aussieht und wie sich die DDR in Durchführung der Beschlüsse des VIII. und IX. Parteitages der SED in den verschiedensten Bereichen des gesellschaftlichen Lebens entwickelt.

Im Mittelpunkt standen u.a.

- Probleme des Kampfes um Frieden und Abrüstung
- Verwirklichung des revolutionären Erbes der antifaschistischen Widerstandskämpfer in Betrieben, Schulen u.a. Bereichen
- Arbeitsweise der Zentralleitung und ihrer Organe sowie der Bezirks- und Kreiskomitees.

In Zusammenarbeit mit der Bezirksleitung der SED Berlin, den Bezirkskomitees Berlin und Potsdam wurde das Programm vorbereitet.

Das Ziel des Studienaufenthaltes wurde erreicht. Jede der im Programm vorgesehenen Besichtigungen und Aussprachen waren für die Teilnehmer sehr wertvoll.

Der Einführungsvortrag am Stadtmodell, der Besuch des Arnimplatzes mit zwei Wohnungsbesichtigungen sowie der Besuch des Neubaugebietes Berlin-Marzahn belegten eindrucksvoll, wie das Kernstück unseres sozial-politischen Programms, der Wohnungsbau, verwirklicht wird.
Die eingesetzten Genossen verstanden es ausgezeichnet, den politischen Inhalt dieses Programms darzulegen und erleben zu lassen.

Ein Gewinn für die Arbeit unserer Kameraden waren die Gespräche mit Vertretern von Betrieben und Schulen, die Namen antifaschistischer Widerstandskämpfer tragen. Die klassenmäßige Diskussion der Jugendfreunde des VEB Gleichrichterwerk Stahnsdorf trug im besonderen Maße dazu bei.

Die Delegation ehrte in der NMG Sachsenhausen in Anwesenheit von Vertretern der LAG Sachsenhausen die im KZ ermordeten Antifaschisten. Während des anschließenden instruktiven Gespräches wurde ein anschaulicher Überblick über die politische Arbeit im Lager gegeben.

Ein besonderer Höhepunkt war die Besichtigung der Staatsgrenze am Brandenburger Tor. Genosse Oberstleutnant Ganzauge verstand es ausgezeichnet, die gegenwärtige militärpolitische Lage mit den Problemen der Sicherung unserer Republik zu verbinden.

Mit dem Besuch der LPG "1. Mai" sollte ein Überblick über die Entwicklung unserer sozialistischen Landwirtschaft gegeben werden.

Die Ausführungen des Vorsitzenden erfüllten in dieser Hinsicht nicht die Erwartungen.
Der Vortrag beinhaltete weitestgehend den technischen Fortschritt, ohne genügend auf die Entwicklungsprobleme einzugehen. Ein Meinungsaustausch mit Mitgliedern der LPG erfolgte nicht.

In einer Zusammenkunft mit Mitgliedern des Präsidiums und der Zentralleitung informierte Genosse Helmer über einige Schwerpunkte des sozial-politischen Programms der SED, der außenpolitischen Entwicklung und über die Tätigkeit des Komitees. Während der angeregten Diskussion berichteten die Kameraden aus der BRD über erfolgreiche Aktivitäten der VVN unter der Gewerkschaftsjugend, den Falken, Jungsozialisten und christlichen Jugendverbänden und im Kampf gegen den Neo-Faschismus.

In der Diskussion wurden folgende Wünsche bzw. Vorschläge unterbreitet:

- DIA-Serien über NMG zur Vorführung in Schulen und bei anderen Gelegenheiten zu erhalten.
- Eine Kopie des Sachsenhausen-Films, der auf alle einen tiefen Eindruck gemacht habe und nach ihrer Meinung auch eine große Wirkung in der BRD haben würde, zu erhalten. Filme müßten 16 mm Magnetton sein.
  (Genossin Wachter wird prüfen, ob dieser Film, den die VVN von uns erhalten hat, noch zur Verfügung steht.)
- In Zukunft bei der Programmgestaltung Gespräche mit Schülern über Traditionspflege, antifaschistische Namensgebung und andere Fragen stärker berücksichtigen.
- In den Gesprächen breiter zu behandeln, wie wir die antifaschistisch-demokratische Ordnung durchgeführt haben.
- Ob es möglich wäre, Kurzbesuche in den NMG von sympatisierenden oder Antifaschisten anderer Richtungen, die von den Landesverbänden organisiert werden, durchzuführen.
  (Hier wurde auf die Praxis der Pilgerreisen verwiesen.)

Vom Vertreter der Tat wurde uns folgender Vorschlag unterbreitet:

Einen Vergleich zu ziehen zwischen einer Stadt der BRD und der DDR, z.B. Frankfurt/Main und Leipzig oder Karl-Marx-Stadt und aufzuführen alle Straßennamen, Betriebe, Schulen und Gedenkstätten, die den Namen eines antifaschistischen Widerstandskämpfers tragen zur Veröffentlichung in der Tat.

Vom Mitglied des Präsidiums und 2. Kreissekretär von Niedersachsen Hannover (Mitglied der SPD) wurde auf folgendes hingewiesen:

Ihm sei aufgefallen, daß antifaschistische Brigaden, Straßen und Gedenksteine nur Namen von ehemaligen Kommunisten tragen. Es seien doch auch viele SPD-Mitglieder und andere hingerichtet worden. Ob es auch solche Namensträger gäbe. In der Antwort wurde auf Rudolf Breitscheid und Geschwister Scholl verwiesen. Von den Mitgliedern der Zentralleitung war niemand in der Lage, aus dem Gedächtnis weitere Namensträger ehemaliger Mitglieder der SPD, die hingerichtet wurden, zu nennen. (Da in Zukunft damit zu rechnen ist, daß den Delegationen weiterhin SPD-Mitglieder angehören werden, sollte der Bereich Geschichte mit Hilfe der Bezirke eine Aufstellung machen, die Namensträger von ehemaligen SPD-Mitgliedern und auch Menschen anderer politischer Richtungen, Christen, die von den Nazis ermordet wurden, enthalten sollte.)

Am 24.11.1979 fand ein abschließendes Gespräch statt, in dem einige Hinweise für weitere Delegationsbesuche gemacht wurden. Übereinstimmend kam zum Ausdruck:

1. Sowohl die Kameraden, die bereits als Delegationsmitglieder in unserer Republik waren, als auch jene, die zum ersten Mal einer Delegation angehörten, äußerten sich sehr anerkennend über das Erlebte.

2. Alle Veranstaltungen vermittelten umfangreiche Kenntnisse und Erfahrungen.

3. Die Unterbringung war ausgezeichnet und bot sehr gute Arbeitsmöglichkeiten.

4. Kritisch wurde eingeschätzt, daß das Programm zu umfangreich war.

5. Bei zukünftigen Delegationen sollte mehr Zeit für Gespräche mit Arbeitern und Genossenschaftsbauern zur Verfügung stehen.

6. Aufgrund der möglichen politischen Zusammensetzung weiterer VVN-Delegationen schlug Kameradin Wachter vor, in die Gespräche Vertreter der Blockparteien mit einzubeziehen.

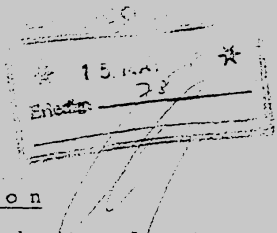
7. Bei kommenden Delegationen muß mit einem breiteren Spektrum der politischen Anschauungen gerechnet werden.
Funktionäre der Kreisverbände werden als Delegationsmitglieder stärker Berücksichtigung finden.

Abschließend wird vorgeschlagen, VVN-Delegationen auch in die Bezirke reisen zu lassen, da dort viele Möglichkeiten des Besuches von betrieblichen und anderen Einrichtungen leichter zu organisieren sind.
Bei dem Abschlußgespräch muß ein Sekretär der Zentralleitung teilnehmen oder die Schlußbesprechung wird in Berlin durchgeführt.

-Internes Material-

Komitee der Antifaschistischen
Widerstandskämpfer der DDR
- Zentralleitung -

Berlin, 6. 5. 1980



I n f o r m a t i o n

über die Tagung des Koordinierungskomitees der vier internationalen Organisationen der ehemaligen Kriegsteilnehmer und Widerstandskämpfer in Paris, 28. und 29. April 1980

I. Auf dem Welttreffen für Abrüstung im Oktober 1979 in Rom war vereinbart worden, daß das Vorbereitungskomitee seine Tätigkeit im Sinne der beschlossenen Botschaft als Koordinierungskomitee der vier Einberufer-Organisationen des Welttreffens

Internationale Konföderation ehemaliger Kriegsgefangener (CIAPG)

Europäische Konföderation ehemaliger Kriegsteilnehmer (CEAC)

Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR)

Weltföderation ehemaliger Kriegsteilnehmer (FMAC)

weiterführt und, einer Einladung des Sowjetischen Komitees der Kriegsveteranen (SKKV) folgend, seine nächste Tagung am 21./22. März in Moskau durchführt.
Im Februar dieses Jahres erklärten CIAPG, CEAC und FMAC, daß sie "wegen der sowjetischen Invasion in Afghanistan und der Sacharow-Affaire" nicht bereit seien, nach Moskau zu kommen und forderten eine Verlegung der Tagung zum gleichen Zeitpunkt nach Paris. Aus Ton und Inhalt von Erklärungen der Leitungen der CIAPG und CEAC, veröffentlicht in französischen und westdeutschen Verbandszeitungen sowie eigenen Stellungnahmen der zugehörigen nationalen Verbände wurde deutlich, daß der Wortführer hierbei die CEAC war mit der Absicht, die Zusammenarbeit zu sprengen.

Aus den Stellungnahmen der französischen und westdeutschen nationalen Verbände der CIAMGwurde sichtbar, daß es unterschiedliche Auffassungen bezüglich der weiteren Zusammenarbeit der vier internationalen Organisationen gab, wobei die westdeutschen Organisationen die schärfste, aggressivste Sprache führten. Die FMAC brachte ihr Interesse an der weiteren Zusammenarbeit dadurch zum Ausdruck, daß sie ihren Generalsekretär zu Verhandlungen zum SKKV nach Moskau schickte.

Nach Konsultation mit uns bestand das SKKV auf der Durchführung einer Tagung des Koordinierungskomitees in Moskau, erklärte sich aber mit einer Verschiebung des Termins und der Durchführung einer Beratung in Paris zu einem anderen Termin als dem 21./22. März einverstanden. Die Tagung wurde zum 28./29. April nach Paris einberufen.

II. In Absprache mit Genossen Axen wurde unsere Taktik dahingehend festgelegt, bei prinzipieller Zurückweisung aller Angriffe gegen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder, unter Ausnutzung der offensichtlich unterschiedlichen Positionen der anderen drei internationalen Organisationen und innerhalb ihrer nationalen Verbände, alles zu tun, um das Koordinierungskomitee zu erhalten und seine Arbeit auf der Grundlage der "Botschaft von Rom" weiterzuführen. Diese Linie entsprach auch der Taktik der sowjetischen Genossen und fand die Zustimmung der FIP-Delegation, der neben dem französischen Generalsekretär und weiteren französischen Genossen das SKKV, der polnische Verband, die VVN/BdA - BRD und unser Komitee angehören.

III. Schon bei der Festlegung des Tagungsablaufes wurden die aggressiven Absichten der CEAC-Vertreter deutlich. Sie forderten entgegen der bisher geübten Praxis, wonach der Gastgeber (im gegebenen Fall die FMAC) die Tagung leitet, daß "wegen der Verschärfung der internationalen Situation und der veränderten Atmosphäre" der Tagungsvorsitz unter den vier Organisationen wechseln solle. Sie wollten so einen Teil der Sitzung in die Hand bekommen, wo sie ihre provokatorischen Absichten verwirklichen zu können glaubten.

Die Vertreter der FMAC und der CIAPG, wie auch französische Sprecher der FIR, traten dagegen sofort entschieden auf. Damit wurden für uns die Fronten bereits wesentlich klarer.

Als Tagungsleiter wurde der Generalsekretär der FMAC festgelegt. Damit war eine zwar nicht problemlose, aber auf Ausgleich bemühte und nicht extrem gegen die sozialistischen Länder gerichtete Tagungsleitung gewährleistet.
Als Tagesordnung wurde festgelegt:

- Beschlußfassung über eine Dokumentation des Koordinierungskomitees zur Vorlage an die im Juni dieses Jahres vorgesehene UNESCO-Tagung über"die Erziehung für die Abrüstung".
- Zur Weiterführung der Arbeit mit der Botschaft des Welttreffens "Für Frieden durch Abrüstung"

Der Vorschlag der CEAC, als erstes eine Diskussion "über die verschärfte internationale Situation" durchzuführen, wurde nicht akzeptiert.
Nach einer kurzen Erläuterung durch den Berichterstatter Genossen Lhote, Generalsekretär der FIR, zur schriftlich vorliegenden Dokumentation "Die psychologischen Hindernisse für die Abrüstung" wurde die Diskussion darüber auf den nächsten Tag verlegt, da die meisten der Teilnehmer das Material noch nicht gelesen hatten. (Das Dokument wurde am nächsten Tag einmütig verabschiedet, da es auf einem schon früher beschlossenen Material beruhte, das lediglich in Bezug auf die Sondertagung der UNO für Abrüstung und das Welttreffen in Rom aktualisiert war.)
Die nunmehr beginnende Diskussion über die Tätigkeit seit dem Welttreffen und ihre Weiterführung benutzten der Generalsekretär der CEAC und andere Vertreter dieser Organisation sofort zu scharfen Attacken gegen die Sowjetunion, die wegen des "Überfalls auf Afghanistan" schuld sei an der Verschärfung der internationalen Lage und einer drohenden Weltkriegsgefahr. Vertreter der FMAC und der CIAPG brachten zwar ihre "tiefe Beunruhigung und Sorge" über die internationale Lage mit mehr oder weniger offener Zuschiebung der Schuld an die Sowjetunion zum Ausdruck, waren aber in der Sprache sehr zurückhaltend und betonten umsomehr ihr Festhalten an der Botschaft und ihren Willen zur Zusammenarbeit gerade in und wegen der gegenwärtigen Lage.

Meinerseits wurden die Angriffe der Vertreter der CEAC in ruhiger und sachlicher Form zurückgewiesen, betont, daß uns in unserer 10jährigen Zusammenarbeit immer bekannt gewesen sei, daß es zwischen uns in prinzipiellen Fragen unüberwindliche Auffassungen gegeben habe und gebe und diese daher immer ausgeklammert wurden. Nur so sei es möglich gewesen, das Welttreffen als ein Ereignis von historischem Range durchzuführen und eine gemeinsame Sprache in der Botschaft für die uns alle bewegendenFragen des Friedens und der Abrüstung zu finden.
Auch in der Frage der Ursachen und der Schuld für die gegenwärtige Verschärfung der Lage gebe es prinzipiell unterschiedliche Auffassungen, über die wir gerne bereit seien, zu diskutieren mit jedem der es wünsche, aber außerhalb dieses Tagungsraumes und dieser Sitzung.
Niemand soll Öl ins Feuer gießen, um die Botschaft, zu der sich alle erneut bekennen, zu sinnlosem Papier zu machen.
Es sei nicht unsere Aufgabe, die Konfrontation zu suchen, sondern Verständigung, um unseren Beitrag als ehemalige Kriegsteilnehmer und Widerstandskämpfer zur Entschärfung der Lage und zur Weiterführung des Entspannungsprozesses zu leisten.
Diese Art unseres Auftretens, wie auch des Genossen Maressjew in der gleichen Form, wirkte sichtlich beruhigend auf alle Teilnehmer, die offensichtlich eine scharfe Kontroverse unsererseits erwartet hatten. Es diente zugleich der immer stärker sichtbaren Isolierung der CEAC-Vertreter.
Bemerkenswert war das Verhalten der westdeutschen Vertreter, die zwar im ersten Teil der Tagung sich nicht äußerten, aber durch öfteres Kopfnicken und freundliche Gesten ihre Zustimmung zu unseren Darlegungen zum Ausdruck brachten.
Der Präsident des westdeutschen Verbandes der Heimkehrer, der bei allen bisherigen Treffen unser schärfster Widersacher war, ein wütender Antikommunist, bat in der Mittagspause um ein persönliches Gespräch. Sinn seiner Darlegungen war, daß wir als Deutsche in der BRD und in der DDR gerade jetzt eine große Verantwortung dafür trügen, daß es nicht zur Konfrontation zwischen uns käme und wir alles tun müßten, um zur Entschärfung der gegenwärtigen gefährlichen internationalen

Situation beizutragen. Er begrüße daher sehr und unterstütze meine Ausführungen in der Tagung und bat um Gedankenaustausch, was er dazu beitragen könne. Meinerseits wurde auch hier jede Konfrontation vermieden, aber prinzipielle Ausführungen zu den Ursachen der derzeitigen Lage gemacht, die er sich aufmerksam anhörte. Vorschläge, die ich ihm für ein Auftreten in der Tagung machte, wie die Entsendung einer Delegation des Koordinierungskomitees zur Übergabe der Botschaft an die Madrider Staaten-Konferenz, die Bitte, diese Delegation als Beobachter teilnehmen zu lassen und der Vorschlag, daß die nationalen Organisationen sich an ihre Regierungen zur Unterstützung dieses Ersuchens wenden, wurden von ihm voll akzeptiert und in der Tagung in äußerst verbindlicher Form vorgetragen.
Sein Verhalten trieb die CEAC-Vertreter vollends in die Isolierung, da sie gerade von ihm in früher erprobter Art eine starke Unterstützung erwartet hatten.
Mein Vorschlag am Ende des ersten Tages, ein Pressekommuniqué auszuarbeiten, das trotz der unterschiedlichen Auffassungen das Festhalten an der Botschaft von Rom, den Willen zur weiteren Zusammenarbeit und unsere Forderung zum Stattfinden der Madrider Konferenz und zur Einberufung einer Europäischen Konferenz für militärische Entspannung und Abrüstung zum Ausdruck bringt, wurde allseitig akzeptiert.
Das von einer Redaktionskommission ausgearbeitete Kommuniqué, in der alle vier Organisationen, die sowjetischen Genossen und wir vertreten waren, wurde am nächsten Tage einmütig angenommen.

Ein danach von dem Generalsekretär der CEAC erneut unternommener Versuch, provokatorische Vorschläge anzubringen, (das Koordinierungskomitee solle eine Untersuchungskommission nach Afghanistan schicken, um die "wahre Lage" zu überprüfen und hierzu die sowjetische Regierung um Genehmigung bitten, "die ja der Herr in Afghanistan sei". Eine weitere Kommission solle nach Iran geschickt werden, um zur Geiselbefreiung beizutragen), der mit der Drohung verbunden war, im Falle ihrer Nichtannahme würde die CEAC nicht weiter mitmachen und er würde die Tagung verlassen, wurde von den Vertretern aller anderen Organisationen in scharfer Form als unakzeptabel, als Erpressung und Drohung zurückgewiesen und auch von anderen Vertretern der CEAC nicht mehr unterstützt.

Die Teilnehmer der Beratung wurden am 28. 4. vom Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten Pierre Bernard-Reymond und am 19. 4. vom Senatspräsidenten Alain Poher empfangen. Beide unterstrichen in kurzen Ausführungen allgemein den Willen Frankreichs zur Minderung der internationalen Spannungen, zum Festhalten an der Schlußakte von Helsinki und zur Durchführung der Madrider Folgekonferenz im November dieses Jahres.

IV. Einschätzung

Es ist durch die jahrelange, engstens zwischen den sowjetischen Genossen und uns abgestimmte Arbeit gelungen, mit den ehrlich für den Frieden eintretenden, wenn auch von sehr unterschiedlichen Positionen ausgehenden Kräften in den anderen internationalen Organisationen ein Vertrauensverhältnis herzustellen, das selbst den starken Belastungen und dem Druck, unter dem diese Kräfte z.Z. in ihren Ländern stehen, standhielt.
Dadurch war es möglich, reaktionäre Kräfte, die von Anbeginn die Zusammenarbeit zu stören versuchten, weiter zu isolieren und ihr Vorhaben, das Koordinierungskomitee zu sprengen, zu verhindern.
Zweifellos hat hierzu das abenteuerliche, gescheiterte militärische Unternehmen der USA-Administration im Iran erheblich beigetragen. Die in den westlichen Ländern in den vergangenen Monaten erzeugte Kriegspsychose hat eine große Angst erzeugt, in militärische Aktionen der USA hineingezogen zu werden, die nach ihrer Vorstellung einen neuen Weltkrieg auslösen könnten.

Es ist offensichtlich, daß die Vertreter der westdeutschen Kriegsteilnehmer-Verbände, besonders der Präsident des VdK, von höherer Stelle Weisung erhalten hatten, jede Konfrontation zu vermeiden und sich möglichst mit den Vertretern der DDR zu verständigen.
Es wurde deutlich, daß FMAC und CIAPG gewillt sind, mit der FIR und besonders mit den Organisationen der sozialistischen Länder weiterhin zusammenzuarbeiten, auch wenn die CEAC sich zurückziehen sollte.
Das ist nicht ausgeschlossen, ebenso aber besteht die Möglichkeit der Spaltung der CEAC, da auch hier die Auffassungen nicht monolitisch sind.

- 7 -

V. Schlußfolgerungen

Die Zentralleitung des Komitees unternimmt auch weiterhin in Abstimmung mit dem sowjetischen Komitee und dem polnischen Verband alles, um die Arbeit des Koordinierungskomitees weiterzuführen auf der Grundlage der in Rom beschlossenen Botschaft "Für Frieden durch Abrüstung".

Es muß erreicht werden, daß die nächste Tagung in Moskau zu einem mit den sowjetischen Genossen abzustimmenden zweckmäßigen Termin stattfindet.

Diese Tagung sollte der Inangriffnahme der Vorbereitung eines zweiten Welttreffens zur Unterstützung der für 1982 vorgesehenen 2. Sondertagung der UNO für Abrüstung dienen.

Anlage

Kommuniqué der Tagung

Otto Funke

Kommuniqué

Aus 57 Ländern aller Kontinente zusammengekommen, haben die Vertreter von Millionen ehemaliger Kriegsteilnehmer, Kriegsopfer und Widerstandskämpfer, die sich auf Einladung der vier internationalen Organisationen der Kriegsteilnehmer und Widerstandskämpfer am 19. und 20. Oktober 1979 in Rom versammelt hatten, an die Weltöffentlichkeit eine Botschaft gerichtet, in der sie die dringende Notwendigkeit der Abrüstung zur Erhaltung des Friedens bei gleicher Sicherheit für alle Staaten unterstrichen haben.
Die vier internationalen Organisationen bedauern die gegenwärtige Verschlechterung des internationalen Klimas, die durch Handlungen ausgelöst wurde, die den Wünschen und Bestrebungen, die sie einstimmig in Rom zum Ausdruck gebracht haben, zuwiderlaufen.

Diese Botschaft proklamiert die Notwendigkeit, ein Klima des Vertrauens zwischen den Nationen zu schaffen, das darauf beruht, daß überall und von allen internationale Regeln, Abkommen und Verträge respektiert werden, die durch die Charta der Vereinten Nationen aufgestellt worden sind und auch darauf, den politischen Willen der Völker und Staaten, internationale Probleme auf friedlichem Wege zu lösen.

Trotz unterschiedlicher Auffassungen über die Ursachen der gegenwärtigen Spannungen und gerade wegen dieser Spannungen halten sie es für notwendig, ihre Zusammenarbeit im Rahmen ihres Koordinierungskomitees weiterzuführen. Sie verkünden erneut ihre Verbundenheit mit den Prinzipien, die in der Botschaft von Rom aufgestellt wurden.

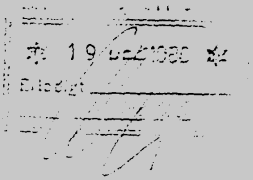
Die vier internationalen Organisationen erinnern daran, daß die Botschaft von Rom alle Maßnahmen unterstützt, die geeignet sind, die internationale Entspannung und Zusammenarbeit zu verbessern. Sie halten es für dringend notwendig, die Konfrontation zu mindern. Sie fordern, schnell konkrete Maßnahmen zu treffen, um die Spannungen abzubauen, die zurecht die ganze Welt beunruhigen. Sie sprechen die Erwartung aus, daß die Staaten sich zu loyalen Absprachen engagieren, die den Weltfrieden sichern.

Sie beachten dabei die besonders ernste und gefährliche Lage in Europa, weil dort massiert die Streitkräfte konzentriert sind. Sie drücken den Wunsch aus, daß schnell eine Konferenz der interessierten Staaten einberufen wird, um Maßnahmen zur Verminderung der atomaren und konventionellen Rüstungen auf diesem Kontinent zu beschließen.

Sie fordern gleichfalls die Durchführung der für November 1980 in Madrid vorgesehenen Konferenz aller Unterzeichnerstaaten der Schlußakte von Helsinki und wünschen, daß die Arbeiten dieser Konferenz in allen Punkten, die in der Schlußakte angesprochen wurden, zu fühlbaren Ergebnissen führen.

Gerade in dieser Situation bringen sie ihren Willen zum Ausdruck, daß die Bande, die zwischen den ehemaligen Kriegsteilnehmern, Kriegsopfern und Widerstandskämpfern der ganzen Welt geknüpft wurden, sich festigen mögen. Sie gehen voller Hoffnung die neuen Wege, die durch kontrollierte, ausgewogene und progressive Abrüstung zum Frieden führen und rufen auf zur Schaffung einer Welt des Lebens, des Fortschritts und der Gerechtigkeit unter Achtung der Freiheit und der Würde des Menschen.

Komitee der Antifaschistischen
Widerstandskämpfer der DDR
- Zentralleitung -



Jahresarbeitsplan 1981

Höhepunkt des Jahres, der unsere gesamte Tätigkeit durchdringt, ist der X. Parteitag der SED.
Seine Vorbereitung und gründliche Auswertung, die praktische Umsetzung seiner Erkenntnisse und Beschlüsse stehen im Mittelpunkt all unserer Anstrengungen. Damit reihen wir uns würdig ein in die große politische Bewegung der Arbeiterklasse und aller Werktätigen unserer DDR, die sich unter der Losung:
"Das Beste zum X. Parteitag! Alles zum Wohle des Volkes"!
in unserem Lande breit entwickelt hat.

Grundlage unserer Tätigkeit sind im Jahre 1981 die Dokumente der 12. und 13. Tagung des Zentralkomitees, die Rede des Generalsekretärs des ZK der SED, Genossen Erich Honecker, in Gera sowie im weiteren die Beschlüsse des X. Parteitages.
Unser wichtigstes Anliegen ist die Unterstützung der klassenmäßigen patriotischen und internationalistischen Erziehung der jungen Generation, insbesondere der Arbeiterjugend.
Angesichts der durch die friedens- und entspannungsfeindliche Politik imperialistischer Kreise hervorgerufene Verschärfung der internationalen Lage ist die weitere Ausprägung der Bereitschaft unserer Jugend zur Verteidigung des sozialistischen Vaterlandes eine Aufgabe ersten Ranges, die wir als antifaschistische Widerstandskämpfer im Zusammenwirken vor allem mit der GST, der FDJ und dem FDGB wirksam unterstützen.

. Wir werden die Beziehungen zu den gesellschaftlichen Organisationen, mit denen wir Arbeitsvereinbarungen haben, weiter festigen. Dabei gehen unsere Bestrebungen vor allem dahin, die Leitungen dieser Organisationen zu unterstützen, die

selbständige Arbeit zur Bewahrung, Pflege und Vermittlung der Traditionen und des Erbes der Kämpfer der revolutionären Arbeiterbewegung und des antifaschistischen Widerstandes zu gestalten.

. Die Forschungsarbeit wird, vor allem auf die regionale Geschichte des antifaschistischen Widerstandskampfes konzentriert, zielstrebig fortgesetzt.

. Zur Sicherung der Arbeitsfähigkeit unserer Bezirks- und Kreiskomitees sollen auch weiterhin bewährte, dem antifaschistischen Widerstandskampf verbundene jüngere, befähigte Funktionäre aus den gesellschaftlichen Organisationen in die Komiteearbeit einbezogen werden.

. Die politischen Aktivitäten der Zentralleitung in der internationalen Arbeit werden angesichts der Kompliziertheit der internationalen Lage auf die Unterstützung der Friedenspolitik unseres sozialistischen Staates sowie der abgestimmten Ziele und Grundsätze der Außenpolitik der sozialistischen Staatengemeinschaft, wie sie in der Deklaration der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages vom Mai 1980 enthalten sind, gerichtet.

Die Zentralleitung wird die Kernfrage unserer Zeit, den Frieden als höchstes Gut der Menschheit konsequent zu verteidigen, mit den ihr zu Gebote stehenden Mitteln auf allen Ebenen ihrer internationalen Tätigkeit aktiv unterstützen. Sie wird ihre Anstrengungen darauf richten, den Entspannungsprozeß und den Kurs der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung weiter voranzubringen.

. Durch unsere Mitarbeit werden wir auch weiter dazu beitragen, daß die FIR als einheitliche Kampforganisation der antifaschistischen Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus gestärkt und gefestigt wird. Die Zusammenarbeit mit den drei internationalen Organisationen ehemaliger Kriegsteilnehmer, Kriegsopfer und -invaliden ist fortzusetzen.

Geschichts-, Forschungs- und politische Massenarbeit

. Der Bereich Agitation der Zentralleitung sowie die zentrale Agitationskommission unterstützen weiterhin die Bezirks- und Kreiskomitees in ihrer Tätigkeit mit Jugendbrigaden im Rahmen der Namensträgerbewegung vorwiegend in den Kombinaten und Großbetrieben.
Die Bezirks- und Kreiskomitees konzentrieren sich in ihren Bemühungen zur Unterstützung der Namensträgerbewegung stärker auf die qualifizierte Anleitung der selbständigen und eigenverantwortlichen Tätigkeit der Partner.

. Die zentrale Agitationskommission führt Anfang Februar eine Beratung mit den verantwortlichen Genossen für Öffentlichkeitsarbeit der Bezirkskomitees durch, in der in Auswertung der Zentralleitungstagung auf die Vorhaben für 1981 orientiert wird und die weitere Profilierung unserer Zeitschrift zur Debatte steht.

. Die Zeitschrift "Der antifaschistische Widerstandskämpfer" führt am Ende des 1. Halbjahres in Zusammenarbeit mit den Bezirkskomitees Karl-Marx-Stadt und Dresden eine Leserkonferenz durch, zu der vornehmlich Vertreter von Namensträgerkollektiven und Funktionäre der Massenorganisationen beider Bezirke eingeladen werden. Diese dritte Leserkonferenz soll zur weiteren Verbesserung von äußerer und inhaltlicher Gestaltung unserer Zeitschrift sowie zur Festigung der Kontakte mit den Lesern beitragen.

. Die Nationalen Mahn- und Gedenkstätten Buchenwald, Sachsenhausen und Ravensbrück verstärken im Jahr des X. Parteitages zielstrebig ihre massenpolitische Arbeit. Die Zentralleitung unterstützt die Gedenkstätten besonders bei der weiteren Erforschung der Geschichte der Konzentrationslager und vor allem des antifaschistischen Widerstandskampfes in diesen Lagern sowie im ehemaligen faschistischen Zuchthaus Brandenburg.

. Die Geschichtskommission führt mit der Leitung der MMG Sachsenhausen eine Tagung anläßlich des 40. Jahrestages der Ermordung

von 18.000 sowjetischen Kriegsgefangenen durch, zu der die anderen LAG'n eingeladen werden.

. Ein wichtiger Bestandteil unserer Tätigkeit ist die weitere Erforschung des örtlichen und betrieblichen antifaschistischen Widerstandskampfes. Die Bezirks- und Kreiskomitees widmen in enger Zusammenarbeit mit den Geschichtskommissionen der Partei dieser Seite ihrer Tätigkeit auch weiterhin besondere Aufmerksamkeit.

. Um der Bewegung "Junge Historiker" neue Impulse zu verleihen, führt die Geschichtskommission der Zentralleitung gemeinsam mit dem Bezirkskomitee Leipzig einen Erfahrungsaustausch zu Problemen der weiteren Zusammenarbeit mit unseren Komitees durch.

. Die vom Militärverlag geplante Herausgabe von militärpolitischen Heften, die der patriotischen Erziehung der jungen Soldaten im Sinne antifaschistischer Traditionen und der Ausprägung des sozialistischen Geschichtsbildes dienen, ist durch Ausarbeitungen unserer Kameraden über den bewaffneten antifaschistischen Kampf zu unterstützen.

. Der Beitrag der Zentralleitung für das von der Akademie der Wissenschaften herauszugebende "Jahrbuch für Geschichte" ist bis 15. Mai 1981 fertigzustellen.

Internationale Arbeit

. Der Kampf gegen Faschismus und Neofaschismus muß angesichts der blutigen Attentate und den immer gefährlicher auftretenden neofaschistischen Gruppen in Italien, der BRD, Frankreich und anderen westlichen Ländern verstärkt und durch gemeinsames Handeln aller antifaschistischen und demokratischen Kräfte noch entschiedener und wirksamer geführt werden. Dazu ist erforderlich, das Symposium der FIR gegen den Faschismus gründlich auszuwerten und die Zusammenarbeit mit der FIR, der Internationalen Initiative des Widerstandes und den Internationalen Lagerkomitees zu intensivieren, neue Aktionen und Aktivitäten zu koor-

dinieren und auf gemeinsame Ziele zu konzentrieren.

- Der Internationale Gedenktag für die Opfer des faschistischen Terrors und Kampftag gegen Faschismus und imperialistischen Krieg 1981 steht im Zeichen des Kampfes um die Sicherung des Friedens und gegen den Neofaschismus und wird verbunden mit der Würdigung des 45. Jahrestages der Formierung der Internationalen Brigaden in Spanien.

- Die zugespitzte politische Weltlage, die sich verschärfenden politisch-ideologischen, konterrevolutionären Angriffe gegen die sozialistischen Länder erfordern mehr denn je, die Beziehungen zu den Bruderverbänden, insbesondere mit dem Sowjetischen Komitee der Kriegsveteranen, noch enger zu gestalten und eine noch höhere Qualität der Koordinierung auf gemeinsame Ziele zu konzentrieren.

- Die Zusammenarbeit mit den Partnerverbänden in kapitalistischen Ländern ist angesichts der gefährlichen nuklearen Aufrüstung und der Konfrontationspolitik der NATO, die viele unserer Partnerverbände mobilisiert haben, bilateral und international zu verstärken.

- Die Zentralleitung wird ihre Zusammenarbeit mit der VVN-BdA und der VVN-Westberlin angesichts der dort verstärkten faschistischen und neofaschistischen Aktivitäten vertiefen.

- Den nationalrevolutionären Ländern und revolutionären Befreiungsbewegungen, deren Rolle im antiimperialistischen und Friedenskampf immer größere Bedeutung gewinnt, muß entsprechend unseren Möglichkeiten verstärkt solidarische Hilfe gewährt werden und wo organisatorische Voraussetzungen bestehen, sind Bemühungen zu unternehmen, Kontakte aufzunehmen.

- Die Vertreter der Zentralleitung in den ILK müssen auch weiterhin ihre inspirierende Rolle in den internationalen Komitees für den Kampf um Frieden und Sicherheit und vor allem gegen Faschismus und Neofaschismus mit neuen wirksamen nationalen

und internationalen Initiativen wahrnehmen und verstärken.

Sozialarbeit

. An der weiteren Verbesserung der medizinischen und sozialen Betreuung der Kämpfer gegen den Faschismus und Verfolgten des Naziregimes ist auf der Grundlage der gesetzlichen Bestimmungen vor allem durch ständige Unterstützung der Tätigkeit der VdN-Dienststellen und -Kommissionen sowie der VdN-Ärzte intensiv weiter zu arbeiten.

. Auf der Grundlage der Vereinbarung mit dem Bundesvorstand des FDGB ist die Bereitstellung von zusätzlichen Ferienplätzen sowie prophylaktischen Kuren für unsere VdN-Kameraden weiterhin zu sichern.

. Die Durchführung der internationalen Urlauber- und Kurenaktion und die Feriengestaltung für ausländische Kinderdelegationen ist entsprechend den Vereinbarungen mit den Bruder- und Partnerverbänden zu realisieren.

. Das medizinische Symposium der FIR Anfang Dezember 1981 in Berlin ist im Zusammenwirken mit den leitenden Organen der FIR und dem Ministerium für Gesundheitswesen gründlich vorzubereiten.

Das Präsidium der Zentralleitung beauftragt das Sekretariat, in Auswertung der Beschlüsse des X. Parteitages erforderliche Ergänzungen und Veränderungen des Arbeitsplanes vorzunehmen.

Berlin, 4. Dezember 1980

Anhang

Für das Jahr 1981 sind nachstehende Veranstaltungen vorgesehen:

11. April	36. Jahrestag der Befreiung des KZ Buchenwald
16. April	95. Geburtstag Ernst Thälmanns
25. April	36. Jahrestag der Befreiung des KZ Sachsenhausen
25. April	36. Jahrestag der Befreiung des ehemaligen faschistischen Zuchthauses Brandenburg
25. April	36. Jahrestag der Befreiung des KZ Ravensbrück
18. August	37. Jahrestag der Ermordung Ernst Thälmanns
13. September	Internationaler Gedenktag für die Opfer des faschistischen Terrors und Kampftag gegen Faschismus und imperialistischen Krieg
	45. Jahrestag der Formierung der Internationalen Brigaden in Spanien
17. Oktober	40-jährige Wiederkehr der Ermordung von 18.000 sowjetischen Soldaten und Offizieren im Herbst 1941
	37. Jahrestag der Ermordung der 27 antifaschistischen Widerstandskämpfer im KZ Sachsenhausen
30. November bis 4. Dezember	Internationales Medizinisches Symposium der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR)

(741)Ag101-80-16268

Willy Perk Berlin, den 14.03.1981

B e r i c h t

von der Tagung der ständigen FIR-Kommission zu Fragen des Neofaschismus in Prag vom 10.03. - 12.03.1981

Allgemeine Einschätzung:

Die Vorbereitung, Durchführung und das Ergebnis der Tagung zeigen einen gewachsenen Reifegrad der Arbeit der Kommission. Alle vier Kameraden, die zu einzelnen Punkten zu berichten hatten, waren vorbereitet und ihre Vorschläge durchdacht. Sie waren konkret und betonten die wichtigsten politischen und ideologischen Fragen. Es waren gute Grundlagen für positive Festlegungen.
Der allgemeine Charakter früherer Sitzungen ist überwunden. Von allen Teilnehmern wurde gewünscht, durch Hinzuziehung von Kameraden aus der SU, aus Skandinavien und Holland die Basis noch zu erweitern und auch ihre Erfahrungen stärker auszunutzen.
Die Kommission hat sich zu einem arbeitsfähigen Organ der FIR entwickelt. An den bisher durchgeführten 12 Tagungen der Kommission nahmen die französischen Kameraden nur an drei Sitzungen, die Kameraden der ANPI auch nur an drei Sitzungen teil. Die Prager Kameraden hatten gute Arbeitsbedingungen geschaffen und man spürte zu jeder Stunde ihre Gastfreundschaft. Die Leitung des CSSPB hat die Kommission erneut eingeladen, im Oktober die nächste Tagung wieder in Prag durchzuführen. Presse und Rundfunk nutzten die Gelegenheit, mit Bergold, Wiesflecker, Baligand, Gaddi und Stein Gespräche zu führen.

Teilnehmer:

Bis auf Prey (Frankreich) waren alle Mitglieder der Kommission anwesend: Bergold, Wiesflecker, Perk, Stein, Baligand, Gaddi, Nickl, Naskowski.

Tagesordnung:

1. Einschätzung und Auswertung des Symposiums in Frankfurt.
   Berichterstatter: Bergold

2. Gedanken zur Vorbereitung eines internationalen Symposiums von Pädagogen. (Kamerad Stein)

3. Über die Tätigkeit der Internationalen Initiative (Wiesflecker)

4. Einschätzung der bisherigen Dokumentationen der FIR zu Fragen des Neofaschismus (Perk)

Verlauf der Tagung:

Zu Punkt 1. gab Kamerad Bergold eine Übersicht über den Verlauf der Vorbereitung des Symposiums. Trotzdem die französischen Kameraden Prey und auch Lhote dem Thema und dem Einladungskreis zustimmten, lehnten die französischen Verbände ab. Dadurch verschob sich das Symposium um ein Jahr. Diese Verschiebung hat der FIR 40.000 Schilling gekostet. Das Symposium war ein Erfolg. Es sprachen 55 Redner aus 18 Ländern. Die BRD hatte mit 92 Teilnehmern die stärkste Beteiligung. Aus den sozialistischen Ländern waren 20 Personen anwesend. Es waren Sozialdemokraten, Demokraten, Christen, Pastoren, Gewerkschaftler und viel Jugend dabei. Die Berichterstattung in der Presse war stärker als bei anderen Anlässen.
Die Bedeutung wuchs durch die Anwesenheit eines UNO-Vertreters. Leider nahm das Sekretariat der FIR nicht vollzählig daran teil. Lhote blieb fern, obwohl er als Schlußsprecher vorgesehen war. Das Protokoll wird vollständig allen Verbänden und internationalen Organisationen zugestellt. Die FIR gibt eine Zusammenfassung in größerer Auflage heraus.
Alle Mitglieder der Kommission sprachen in der Diskussion. Baligand berichtete, daß von Belgien 17 Personen teilnahmen, wodurch anschließend viele Aktivitäten ausgelöst wurden. Gaddi gab

zu, daß sein Pessimismus zu Unrecht bestand. Er ist für eine Erweiterung der Kommission. Mit Franzosen weiter diskutieren, daß sie aktiver mitmachen. Nickl fand es bedauerlich, daß keine Botschaft oder Resolution angenommen wurde. Naskowski fand besonders die Ausführungen von Banfi bedeutsam. Er habe die Wurzeln des Faschismus bloßgelegt und eine gute Analyse der Lage gegeben. Die soziale Struktur des Faschismus sei heute neu und von Banfi richtig gezeigt worden. Das nahmen ihm die übrigen Mitglieder nicht ab und stellten einiges richtig.
Kamerad Bergold will die Vorschläge zur Verbreiterung der Kommission und zum Versand des Protokolls dem Präsidum unterbreiten. Er schlug auch vor, Material zu sammeln über Verbindungen des Neofaschismus zu den Militärs.

Zu Punkt 2. sprach Kamerad Stein. Er schlug vor, es "Pädagogisches Symposium" zu nennen, damit es nicht nur auf Lehrer beschränkt bleibt. Es sollen auch Vertreter von Jugendverbänden teilnehmen. Des weiteren Respräsentanten von gesellschaftlichen Organisationen, Gewerkschaften, Jugendbrigaden.
Als Tagungsort sollte Holland oder Mauthausen in Betracht gezogen werden. Die Vorbereitung bedarf einer längeren Zeit, darum sollte 1982 ins Auge gefaßt werden.
Als Inhalt zum Thema schlägt er vor:

1. Die faschistische Struktur zeigen
2. der Krieg des Faschismus gegen die Nachbarvölker
3. das Ausmaß der Verfolgung und der Widerstand
4. didaktische Probleme

In der Diskussion gab es weitere Empfehlungen, besonders sollte Antwort auf die Frage gegeben werden, ob die Erfahrungen des Widerstandskampfes heute noch aktuell sind und was wir als antifaschistisches Erbe der Jugend vermitteln wollen. Die nächste Tagung der Kommission wird darüber konkrete Beschlüsse fassen.

Zu Punkt 3. gab Wiesflecker einen Kurzbericht. Er zählte die vielen Schwierigkeiten auf, die in letzter Zeit zu verzeichnen waren. (Sind bekannt) Es ist alles zutun, um die Generalversammlung am 13.06. in Brüssel stattfinden zu lassen.

In der Diskussion gab es manche Vorschläge für die Vertreter der Kommission in der Initiative.

Zu Punkt 4. waren die Ausführungen von Kamerad Perk mit Funke und Helmer besprochen. Die Herausgabe der Materialien basiert auf Beschlüssen von Minsk und der Tagung des Büros 1978. Des weiteren verpflichtet uns die UNO-Resolution von Dezember 1980 geradezu, die Theorien und Praktiken des Neofaschismus zu entlarven.
Perk gab eine positive Einschätzung der von der FIR herausgegebenen Materialien "Faschismus und Neofaschismus in der BRD und anderen Ländern" das Ergänzungsheft dazu "Neofaschismus, Neonazismus und Terrorismus" "Fakten über internationale Verbindungen des Neofaschismus" "Jugend zwischen Rechtsextremismus und Demokratie".
Die Materialien halfen bei der Entwicklung von Aktionen gegen faschistische Umtriebe, sie hoben die Rolle der FIR als Initiator im Kampf gegen den Faschismus. Sie strahlten weit international aus und haben auf Beschlüsse der UNO und des Europaparlaments Einfluß ausgeübt. Die FIR ist die einzige Weltorganisation, die solche Materialien herausgibt.
Darum: Weitere Herausgabe, den Kreis der Verteiler breiter ziehen. Ein Material für das "Pädagogische Symposium" vorbereiten.
Alle Diskussionsredner unterstützten die Ausführungen. Es wurde darauf hingewiesen, daß die nationalen Verbände mehr über die Aktivitäten der Neofaschisten berichten müßten. Bergold meinte, die Verbände haben die Bedeutung der Materialien unterschätzt. Nickl bittet darum, den Revanchismus mehr zu beachten. Gaddi übernimmt es, durch die ANPPIA alle Aktivitäten sammeln zu lassen, da sonst in Italien zwischen den Verbänden eine Zersplitterung besteht. Baligand berichtet, daß für Belgien ein Beschluß vorliegt, über alle neofaschistischen Aktivitäten ein Material zusammenzustellen.

Willy Perk

Komitee der Antifaschistischen
Widerstandskämpfer der DDR
Zentralleitung

Internes Material

Information über das Konsultativtreffen der Bruderverbände der Widerstandskämpfer und Kriegsteilnehmer der sozialistischen Länder des Warschauer Vertrages vom 6. – 7. 8. 81 in Prag/CSSR

An der Beratung nahmen alle Verbände mit ihren leitenden Funktionären teil. Seitens der Zentralleitung des Komitees nahmen Otto Funke, Wolfgang Bergold und Fritz Reuter teil.
Das Treffen war von einer freundschaftlichen, konstruktiven und sachlichen Atmosphäre getragen.
Folgende Punkte wurden behandelt:

1. Die FIR zu Fragen der Abrüstung und Entspannung
   (Einführungsbemerkungen Genosse Dagajew vom SKKV)

2. Die FIR zu Fragen des Faschismus und Neofaschismus
   (Einführungsbemerkungen Genosse Nalepka vom CSSPB)

3. Zum bevorstehenden IX. Kongreß der FIR
   (Einführungsbemerkungen Genosse Funke)

Auf der Beratung gab es zu allen Punkten Übereinstimmung.
Zu den Tagesordnungspunkten nahmen jeweils die Vertreter aller Verbände Stellung. Die Tagung diente der Abstimmung für das gemeinsame Vorgehen in entscheidenden politischen Fragen, zur Sicherung des Friedens, des Kampfes gegen Faschismus und Neofaschismus, bei der Vorbereitung des IX. Kongresses der FIR, ausgehend von den Beschlüssen der Parteitage der Bruderparteien der sozialistischen Länder, besonders der Friedensinitiative des XXVI. Parteitages der KPdSU.
Damit erfolgten zugleich die Festlegungen für die Behandlung der Fragen in der Bürositzung der FIR Anfang September in Budapest. Es wurden die erreichten Ergebnisse in der Tätigkeit der Organe der FIR, besonders im Friedenskampf, im Kampf gegen die faschistischen und neofaschistischen Aktivitäten eingeschätzt.
Bei allen Fortschritten, die in der Arbeit der FIR erreicht wurden, reicht die gegenwärtige Aktivität und Initiative der FIR angesichts der wachsenden Kriegsgefahr durch den Aggressionskurs der USA und der NATO-Hochrüstung nicht aus.

Folgende Probleme und Vorschläge wurden in der Einleitung zum 1. Punkt und in der Aussprache unterbreitet:

Durch die sozialistischen Bruderorganisationen und durch die Organe der FIR müssen die Verbände der Widerstandskämpfer in den kapitalistischen Ländern umfassender und schneller über die Friedensinitiative der Sowjetunion und der sozialistischen Länder sowie über die Gefährdung des Weltfriedens durch die imperialistischen Kräfte informiert werden.
Bei Begegnungen von Vertretern sozialistischer Länder und Vertretern von Organisationen der kapitalistischen Länder ist unsere Friedenspolitik noch stärker in den Mittelpunkt der Beratungen zu stellen.
Die Publikationsorgane der FIR sind stärker dafür zu nutzen.
Die FIR und ihre nationalen Verbände sollen von Wissenschaftlern, Künstlern von Persönlichkeiten aus allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens Stellungnahmen zu diesen Fragen organisieren und veröffentlichen.

Auf der Bürotagung im September soll eine Stellungnahme gegen die Produktion und die Stationierung neuer Nuklearwaffen vorgelegt werden. Dabei soll dem Aufruf an die Weltöffentlichkeit anläßlich der Brester Manifestation besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Die Vertreter der Bruderorganisationen der sozialistischen Länder und der FIR und ihre nationalen Verbände setzen sich für die Herstellung von Kontakten, Beratungen, Treffen, Erfahrungsaustausche und vor allen Dingen für die Einberu-fung internationaler Konferenzen der UNO aber auch anderer internationaler Organisationen für Abrüstung, gegen Wettrüsten und für Entspannung ein.
Die Zusammenarbeit der FIR mit den Organen der UNO ist zu verstärken.

Des weiteren wurde vorgeschlagen, in Vorbereitung der Sondertagung der UNO für Abrüstung im Frühjahr nächsten Jahres durch die FIR einen Entwurf auszuarbeiten, der zur Grundlage eines Dokuments der 4 internationalen Organisationen (FIR, FMAC, CIAPG, CEAC) an die Sondertagung gemacht wird. An der erweiterten Tagung des Koordinierungskomitees des Römer Welttreffens in Vorbereitung der UNO-Sondertagung für Abrüstung sollen alle Verbände der sozialistischen Länder ihren Vertreter entsenden. Es wurde vorgeschlagen, zur Verstärkung des Friedens-

kampfes durch die FIR, eine Kommission bei der FIR zu schaffen, die Vorschläge zur Orientierung für den Friedenskampf der leitenden FIR-Organe ausarbeitet. Die FIR muß sich zu allen wichtigen Vorgängen auch in anderen Regionen und nicht nur in Europa äußern, nicht nur Stellung nehmen, sondern zugleich die Unterstützung der progressiven Kräfte organisieren und sich aktiv an der breiten Friedensbewegung beteiligen. Die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen, die ähnliche Ziele wie die FIR verfolgen (Weltfriedensrat, Weltgewerkschaftsbund, Weltbund der demokratischen Jugend, IdFF usw.) ist gegen den Widerstand einiger Vertreter der französischen Verbände durchzusetzen. Bei allem ist die Einheit und Geschlossenheit der Internationalen Föderation zu fördern und zu stärken.

Zu Punkt 2 ging Genosse Nalepka auf die täglichen faschistischen und neofaschistischen Aktivitäten ein.
Besonders wurde von ihm die Bedeutung des Internationalen Symposiums in Frankfurt/Main für die politisch-ideologische Klärung der Fragen im Kampf gegen Faschismus und Neofaschismus herausgestellt. Er setzte sich besonders mit der Auffassung einiger Vertreter der französischen Verbände auseinander, die den internationalen antifaschistischen Kampf nur bei besonderen Aktivitäten der faschistischen und revanchistischen Kräfte führen wollen. Es sei notwendig, diesen Auffassungen entschieden entgegenzutreten und den internationalen Charakter des antifaschistischen Kampfes als wichtigen Bestandteil der Arbeit der FIR zu sichern.

In der Aussprache wurde gefordert, die Aktivitäten der FIR gegen Faschismus, Neofaschismus und Revanchismus zu erhöhen.
Die Informationen über die Tätigkeit und Rolle faschistischer und neofaschistischer Organisationen in der Presse und in anderen Massenmedien sind zu verbessern. Manifestationen und Konferenzen zu diesen Fragen bilateral und multilateral sind zu organisieren, besonders im Hinblick auf die UNO-Resolution "Zu ergreifende Maßnahmen gegen nazistische, faschistische, neofaschistische Aktivitäten"usw.
Dazu wurde vorgeschlagen, eine Unterkommission bei der FIR zu schaffen, die insbesondere sich mit dem Kampf gegen den Rassismus befassen soll.

Zur Verstärkung der Arbeit wurde vorgeschlagen, daß für die Ständige Kommission der FIR zum Kampf gegen Faschismus ebenfalls Vertreter der Verbände der Sowjetunion und Ungarns benannt werden.

Was die "Internationale Initiative" anbelangt, sollte der Kontakt zu allen Organisationen, die den Brüsseler Appell unterzeichnet haben, gefestigt werden. Zu bestimmten Anlässen sollte seitens der "Internationalen Initiative" eine Presseinformation herausgegeben werden. Eine Generalversammlung aller Unterzeichner des Brüsseler Appells solte umgehend vorbereitet und die Kampagne für die Bestrafung der Nazi- und Kriegsverbrecher verstärkt geführt werden.
Der Vorschlag, das Internationale Symposium der FIR mit Pädagogen, Jugendorganisationen, Gewerkschaften usw., erst im UNO-Jahr der Jugend 1985 durchzuführen, fand keine Zustimmung.
Die Einflußnahme unserer Verbände auf die Tätigkeit der Internationalen Lagerkomitees, um ihre Aktivitäten unter den verschiedensten Bevölkerungsschichten, besonders der Jugend zu verstärken, ist zu erhöhen.
Von den bulgarischen Genossen wurde Unterstützung erbeten bei der Durchführung eines Internationalen Symposiums anläßlich des 100. Geburtstages von Georgi Dimitroff, welches in Bulgarien stattfinden soll.

Zu Punkt 3 hob Genosse Funke die Bedeutung des IX. Kongresses der FIR 1982 in Berlin in der gegenwärtigen Situation hervor.
Was die Zielstellungen der FIR, wie sie im Statut niedergelegt sind, anbetrifft, bleiben sie nach wie vor gültig.
Strukturen und Formen in der Arbeit der FIR, die sich auf dieser Grundlage herausbildeten, haben sich bewährt. Es besteht keine Notwendigkeit, Veränderungen im Statut zuzulassen.
Allen Versuchen, das Statut zu verändern, z. B. den Abstimmungsmodus oder die Strukturen der Organe der FIR zu verändern, ist entgegenzutreten.
Beim Orientierungs- und Aktionsprogramm der FIR, welches 1978 auf dem VII. Kongreß der FIR beschlossen wurde, ist eine Überarbeitung erforderlich, zweckmäßig ist es, ein neues Orientierungs- und Aktionsprogramm auszuarbeiten.
Bekanntlich wurde auf dem VIII. Kongreß in Minsk nur eine allgemeine politische Resolution angenommen.
Zur Ausarbeitung eines Entwurfs für das Orientierungs- und Aktionsprogramm sollte die Bildung einer Kommission des Büros auf der Budapester Bürotagung vorgeschlagen werden.

Es wurde angeregt, Bürotagungen nicht nur einmal im Jahr, sondern entsprechend den politischen Notwendigkeiten durchzuführen. Auch die Delegation des Büros sollte nach den Erfordernissen zusammentreten. Was die politische Vorbereitung des IX. Kongresses anbelangt, konnte völlige Übereinstimmung erzielt werden.

Abschließend wurde vom Genossen Funke vorgeschlagen, regelmäßig und entsprechend den aktuellen politischen Anlässen die Konsultativtagungen der Bruderverbände durchzuführen. Das wurde von allen unterstützt. Er schlug vor, vor der Beratung des erweiterten Koordinierungskomitees des Römer Welttreffens eine Tagung der Bruderverbände Anfang 1982 und für Vorbereitung des IX. Kongresses der FIR Mitte des Jahres ein weiteres Konsultativtreffen der Verbände der sozialistischen Länder durchzuführen. Auch hierzu gab es Einverständnis.
Es war bemerkenswert, daß der neue Präsident (seit 1980) des rumänischen Verbandes betont in allen Fragen völlige Übereinstimmung zum Ausdruck brachte und besonders alle von uns kommenden Gedanken und Vorschläge unterstützte.

x x x

In der Aussprache und in persönlichen Gesprächen hat Genosse Kujda, Generalsekretär des Hauptvorstandes des ZBoWiD erklärt, bisher sei es gelungen, den Charakter des ZBoWiD als antifaschistische Organisation zu wahren und in seinem organisatorischen Bestand zu gewährleisten. Spaltungsversuche konnten bisher verhindert werden. ZBoWiD unterstütze die Beschlüsse des außerordentlichen Parteitages der PVAP, sei neben der Gesellschaft für polnisch-sowjetische Freundschaft z. Z. die stabilste Organisationund stehe treu zur Sowjetunion und den anderen sozialistischen Bruderländern.

Komitee der Antifaschistischen
Widerstandskämpfer der DDR
- Zentralleitung -

K o n z e p t i o n
für den Bericht der Zentralleitung
über die Tätigkeit im Jahre 1982

Die Tätigkeit der Zentralleitung war, ausgehend von den Beschlüssen der 3. und 4. Tagung des Zentralkomitees der SED, darauf gerichtet, weiter zielstrebig an der Verwirklichung des Programms des X. Parteitages für die 80er Jahre mitzuwirken. Vordringlichstes Anliegen war dabei die aktive Teilnahme am Ringen um die Erhaltung des Friedens und die Sicherung der Ergebnisse des Entspannungsprozesses gegen die abenteuerliche NATO-Hochrüstungs- und Konfrontationspolitik.
Die internationale Tätigkeit der Zentralleitung wurde vor allem auf die gründliche politische Vorbereitung des IX. Kongresses der FIR gerichtet, wozu eine Reihe bilateraler und multilateraler Beratungen durchgeführt wurden. Dadurch konnten viele Probleme bereits im Vorfeld des Kongresses geklärt werden.
Der IX. Kongreß der FIR wurde zu einem Höhepunkt im Leben der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer gestaltet und trug zu ihrer Festigung bei.
Im Bericht ist eine zusammengefaßte Einschätzung des Kongresses zu geben, die Wirksamkeit sowie die weiteren Aufgaben der internationalen Tätigkeit der Zentralleitung darzulegen.

Hauptanliegen unseres Wirkens im nationalen Maßstab war die aktive Teilnahme unserer Kameraden der Zentralleitung, sowie der Bezirks- und Kreiskomitees an der politisch-ideologischen Arbeit zur weltanschaulichen Erziehung, der Herausbildung eines sozialistischen Geschichtsbewußtseins, eines festen Klassenstandpunktes und hoher sozialistischer Wehrbereitschaft der jungen Generation, vor allem der Arbeiterjugend.

Behandelt werden soll die Öffentlichkeitsarbeit der Zentralleitung, der Bezirks- und Kreiskomitees und Massenmedien, einschließlich unserer Zeitschrift. Hierbei soll die Unterstützung der Namensträgerbewegung, der wehrpolitischen Arbeit der GST, speziell in Vorbereitung und Auswertung des VII. GST-Kongresses, sowie der Tätigkeit zur Unterstützung der Pionierorganisation "Ernst Thälmann" bei der Durchführung des VII. Pioniertreffens in Dresden, sowie das Wirken der Partnerorganisationen und ihrer Tätigkeit zur Fortführung und Wahrung des Erbes eingeschätzt werden.

Im Bericht soll weiterhin die Zusammenarbeit mit den gesellschaftlichen Organisationen, mit denen Arbeitsvereinbarungen bestehen, Beachtung finden. Vor allem gilt es zu werten, wie es bisher gelungen ist, die Leitungen unserer Partnerorganisationen zu befähigen, eine selbständige, planmäßige Traditionsarbeit zu gestalten.

Besondere Aufmerksamkeit fand auch in diesem Jahre die weitere Erforschung der örtlichen und betrieblichen Geschichte des antifaschistischen Widerstandskampfes sowie die Vermittlung seiner Lehren und Erfahrungen an die junge Generation.

Im Bericht sollen die wichtigsten Ergebnisse der Forschungsarbeit gewertet und die nächsten Aufgaben in Verbindung mit der Kommission zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung bei den Kreis- und Bezirksleitungen der SED abgesteckt werden. Weiterhin sind die Ergebnisse der Unterstützung der Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften "Junge Historiker" zu werten.

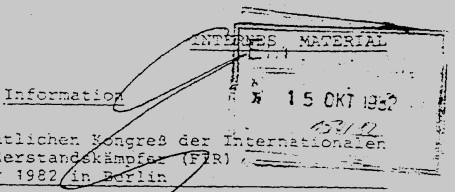
Es ist einzuschätzen, wie die Mahn- und Gedenkstätten des antifaschistischen Widerstandskampfes ihrer Rolle als Stätten zur Wahrung des Vermächtnisses und der lebendigen Wissensvermittlung im Berichtszeitraum gerecht wurden. Dabei ist auf die Tätigkeit der Lagerarbeitsgemeinschaften einzugehen.

Bezüglich der sozialen und medizinischen Betreuung der Kameraden soll der reale Stand der Betreuung auf der Grundlage der erfolgten Überprüfungen eingeschätzt werden.

Der Bericht erläutert die Haupftaufgaben entsprechend dem Jahresarbeitsplan.

In Ergänzung des Berichtes wird den Mitgliedern der Zentralleitung ein schriftliches Faktenmaterial über die Arbeit im Jahre 1982 übergeben.

- - -



Information

Über den IX. Ordentlichen Kongreß der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) vom 8. - 10. September 1982 in Berlin

I. Zur Vorbereitung des Kongresses

Der Kongreß wurde seitens der Zentralleitung langfristig vorbereitet. Durch Beratungen mit den Bruderorganisationen der sozialistischen Länder, durch persönliche Konsultationen des Vorsitzenden der Zentralleitung mit der Leitung des Sowjetischen Komitees der Kriegsveteranen, persönliche Gespräche mit dem Präsidenten der FIR, Arialdo Banfi sowie mit Generalsekretär Lhote, Treffen mit einflußreichen westlichen Organisationen wie der französischen Organisation der Deportierten und Internierten (FNDIRP), der italienischen Organisation der Partisanen (ANPI) und anderen konnten bestimmte Probleme frühzeitig diskutiert und vor dem Kongreß geklärt werden.

Bereits im Januar 1981 übermittelte die Zentralleitung (als einziger Verband) dem Sekretariat der FIR und allen nationalen Verbänden ein umfassendes Grundsatzmaterial, in welchem unser Standpunkt zur Rolle und den Aufgaben der FIR in der derzeitigen internationalen Situation, zur Wirksamkeit ihrer Organe und ihrer perspektivischen Tätigkeit dargelegt wurde. Dieses Material fand die Zustimmung aller sozialistischen Bruderorganisationen und hat in den Beratungen des Büros und des Sekretariats der FIR sowie in der zur Vorbereitung des Kongresses eingesetzten Kommission eine maßgebliche Rolle gespielt. In vielen Gesprächen mit westlichen Vertretern wurde unser Standpunkt unterstützt. Es gab keinerlei offizielle Stellungnahme gegen dieses Material.

Trotzdem zeigten sich eine Reihe Probleme, die den Verlauf des Kongresses störend, sogar gefährdend, beeinflussen konnten. Dazu gehörten

- das seit Jahren bekannte Bemühen der FNDIRP, der FIR ihren Charakter als internationale antifaschistische Kampforganisation zu nehmen und sie, wie sie es nennen, in einen "Ort der Begegnung, des Erfahrungsaustausches und eventueller Koordinierung

von Aktionen" zu verwandeln;
- die Ablehnung internationaler Aktionen gegen den Neofaschismus durch die gleiche Organisation wie auch durch die französische Organisation ehemaliger Widerstandskämpfer (FNACR), ebenso ihre Ablehnung zur internationalen Zusammenarbeit mit der Jugend;
- der scharfe Protest des Präsidenten Banfi sowie italienischer und französischer Verbände gegen die Bildung des Militärrates und die Verhängung des Ausnahmezustandes in Polen;
- die komplizierte Finanzlage der FIR, die ihre weitere Existenz gefährdete, sowie
- die bis in die letzten Wochen und Tage ungeklärten Fragen der Kandidaturen für den Präsidenten, den Generalsekretär und die Zusammensetzung des Sekretariats der FIR.

Infolge der langfristigen Vorbereitung, dank der unmittelbaren Unterstützung durch die Parteiführung und den Generalsekretär, Genossen Erich Honecker persönlich, wie auch allgemein durch das hohe Ansehen der DDR bei den antifaschistischen Widerstandskämpfern aller Länder konnten die Probleme rechtzeitig geklärt bzw. dafür gesorgt werden, daß sie auf dem Kongreß keine wesentliche Rolle spielten.
So wurde bereits in der Vorbereitung deutlich, daß angesichts des Ernstes der internationalen Lage wie auch des Faktes, daß der Kongreß auf dem Territorium der DDR stattfindet, keine Organisation an einer Konfrontation interessiert war und alle der Einheit der FIR große Bedeutung beimaßen.

II. Zum Verlauf des Kongresses

- Am Kongreß nahmen 298 Delegierte aus 21 europäischen Ländern, sowie aus Israel, Zypern und Westberlin als Vertreter von 45 nationalen Organisationen teil. Ferner waren 30 Gäste bzw. Beobachter, darunter Vertreter von 19 internationalen Organisationen anwesend, dabei erstmalig alle internationalen Lagerkomitees, sowie die Weltföderation ehemaliger Kriegsteilnehmer (FMAC), der Weltfriedensrat, der Weltjugendbund, der Weltstudentenbund, IDFF, die Internationale Organisation der Journalisten, der Juristen, die Weltföderation der UNO-Gesellschaften (WFUNA), die Christliche Friedenskonferenz. Sowohl von der Zahl der Delegierten wie auch der Gäste bzw. Beobachter her war der IX. Kongreß der bisher zahlenmäßig größte.

Der Kongreß war durch eine hohe kameradschaftliche und kämpferische Atmosphäre gekennzeichnet. Die Festlichkeit der Tagungsorte (Palast der Republik und Volkskammer) sowie der Umrahmung haben dazu entscheidend beigetragen. Tief bewegt waren alle Teilnehmer von der Feierlichkeit der Eröffnungsveranstaltung.
Die Begrüßungsrede des Genossen Honecker mit ihrer klaren und wegweisenden Aussage zur internationalen Lage, die hohe und herzliche Würdigung der FIR in der Rede und mit der Verleihung des Ordens "Großer Stern der Völkerfreundschaft" - die FIR hat erstmalig eine staatliche und zugleich solch hohe Auszeichnung erhalten - hat alle Teilnehmer zutiefst beeindruckt. Die Teilnahme der höchsten Repräsentanten der DDR und zahlreicher Mitglieder der Partei- und Staatsführung sowohl an der Eröffnungsveranstaltung wie am Empfang des Genossen Honecker, wie auch der Verlauf des Empfanges mit der Auszeichnung des Genossen Honecker und dem antifaschistischen Kulturprogramm war - wie immer wieder versichert wurde - für die meisten Teilnehmer ein einmaliges und unvergeßliches Erlebnis.
Einmütig wurde von allen Teilnehmern, vor allem auch vom Präsidium die optimale Organisation des Kongresses, die hervorragenden Arbeitsbedingungen, Unterbringung und Betreuung hervorgehoben.
Mit Erstaunen und Genugtuung wurde der große Umfang und die Bedeutung der FIR hervorhebende Form der Berichterstattung in Presse, Funk und Fernsehen aufgenommen.
All dies hat den politischen Verlauf des Kongresses positiv beeinflußt. Es muß unterstrichen werden, daß die auf Beschluß des Sekretariats beim Büro des Politbüros gebildete Arbeitsgruppe hervorragende Arbeit geleistet hat. Ohne ihre vorbildliche Unterstützung wäre die Organisierung eines solchen, von allen ausländischen Teilnehmern hochgewürdigten Ablaufes nicht möglich gewesen.

- Der Kongreß wurde beherrscht von der tiefen Sorge aller Delegierten um die Sache des Friedens. Diese Hauptfrage der Gegenwart, der Kampf gegen Hochrüstung, Konfrontationskurs und nukleare Katastrophe, für Abrüstung, Entspannung und Zusammenarbeit stand im Mittelpunkt ausnahmslos aller Diskussionsredner. Sprecher aller anwesenden Länder ergriffen das Wort, insgesamt sprachen 30 Diskussionsredner.

In den meisten Beiträgen wurde,im Unterschied zu vorangegangenen Kongressen und Beratungen der FIR, die Politik der USA-Administration und ihrer Verbündeten als Ursache für die Verschärfung der internationalen Spannungen angeprangert, die Friedenspolitik der Sowjetunion und der sozialistischen Länder unterstützt und von zahlreichen Sprechern besonders auch die Rolle der DDR als antifaschistischer Friedensstaat im Herzen Europas hervorgehoben. Es gab, wie noch auf dem letzten Kongreß 1978 in Minsk, keinerlei Ausfälle gegen die Sowjetunion und die sozialistischen Länder. Die Ereignisse in Polen wurden nur von einem französischen und einem italienischen Sprecher in einem Satz in sachlicher Form erwähnt und spielten auf dem Kongreß überhaupt keine Rolle, ebensowenig wie Afghanistan, das gar nicht erwähnt wurde.

Die Ausführungen des Genossen Hermann Axen als Sprecher der DDR-Delegation wurden mit großem Beifall aufgenommen und als sehr konstruktiv und praxisbezogen gewertet. Starke Beachtung fanden auch die Beiträge des sowjetischen und des tschechoslowakischen Sprechers.

Viele Redner verbanden die Fragen des Kampfes um den Frieden mit der Notwendigkeit des Kampfes gegen Faschismus und Neofaschismus als untrennbarer Einheit.

Fast alle Sprecher, mit unterschiedlichen Nuancen und Formulierungen, verurteilten die israelische Aggression in Libanon und gegen das palästinensische Volk. Stürmischen Beifall erhielt der Sprecher eines israelischen Verbandes, der unsere Positionen vertritt, für seine leidenschaftliche Anklage und Verurteilung des Begin-Regimes.

Die von dem Sprecher der FNDIRP-Delegation in sachlicher Form erneut vorgetragene Position hinsichtlich der Rolle und des Charakters der FIR (wie vorne bereits dargelegt) fand keinerlei Unterstützung und wurde in der Diskussion zurückgewiesen.

Das konstruktive Verhalten der überwiegenden Mehrheit der Delegierten fand in den Kommissionen seine Fortsetzung.

Das Orientierungsprogramm wurde weiterhin in einigen Passagen verbessert. Erstmals wird die USA als Schuldiger für die gefährliche Entwicklung mit Namen genannt.

In der Resolution für Frieden und Abrüstung wurde ohne den bisher üblichen Einspruch einiger französischer Verbände der Verzicht der UdSSR auf den Ersteinsatz von Kernwaffen begrüßt und die anderen Atommächte aufgefordert, diesem Beispiel zu folgen. Ein Aufruf an die Jugend der Welt, den französische Vertreter einschließlich des Generalsekretärs seit einem Jahr und noch in der Bürositzung am Vortage des Kongresses verhindern wollten, wurde auf der Grundlage unseres Entwurfes in der entsprechenden Kommission einmütig formuliert.
Lediglich in der Kommission, die den Auftrag hatte, eine Resolution zu den Vorgängen in Nahost zu erarbeiten, kam es zu langwierigen, oft heftigen Auseinandersetzungen, da zwei Resolutionsvorschläge der beiden israelischen Organisationen vorlagen, die keine Einigung ermöglichten. Während die eine Organisation in klaren Formulierungen die israelische Aggression scharf verurteilt, vertritt die andere die Auffassung, daß der Krieg in Libanon Teil eines Konfliktes sei, in welchem die arabische Seite nicht weniger Verantwortung trage als die israelische. Diese unakzeptable Position wurde von einigen jüdischen Vertretern westlicher Organisationen (Belgien und Frankreich) unterstützt. Buchstäblich erst in letzter Minute vor der Berichterstattung der Kommissionen konnte durch unser Einwirken ein Entwurf vorgelegt werden, dem beide israelische Delegationen wie auch die anderen Mitglieder der Kommission zustimmten, in welchem die israelische Aggression eindeutig verurteilt und eine Regelung entsprechend der UNO-Beschlüsse gefordert wird.

- Die Hauptdokumente des Kongresses - Tätigkeitsbericht, Orientierungsprogramm und Resolution für Frieden und Abrüstung - wurden einstimmig und mit stürmischem Beifall angenommen. Ebenso einmütig wurden verabschiedet eine Resolution zum Kampf gegen Faschismus und Neofaschismus, ein Brief an die Jugend der Welt (1 Stimmenthaltung) sowie ein Beschluß über sozialmedizinische Fragen. Vor der Abstimmung über die Libanon-Resolutio gab die Leiterin der FNDIRP-Delegation, Genossin Vaillant-Couturie eine Erklärung ab, daß ihre Delegation sich der Stimme enthalten würde, da einige Formulierungen der Resolution nicht der Erklärung ihres Verbandes zum Libanon-Krieg entsprächen. (Im vorherigen persönlichen Gespräch bezog sie sich auf die Formulierung

"israelische Aggression", die sie persönlich zwar für richtig halte, aber in ihrer Delegation gäbe es auch andere Kräfte, die sie berücksichtigen müsse, um die Einheit ihrer Organisation zu wahren).
Bei der Abstimmung enthielten sich 10 französische Delegierte der Stimme. Gegenstimmen gab es keine.
Die Wahlen demonstrierten ebenfalls das konstruktive Verhalten der Delegierten und den Willen zur Einheit der FIR.
Der italienische Kamerad Arialdo Banfi (SPI) wurde einstimmig und mit großem Beifall wiedergewählt, ebenso die 16 Vizepräsidenten, der Generalrat und die Finanzkontrollkommission. Bei der Wahl der Mitglieder des Büros gab es eine Gegenstimme und eine Enthaltung (Belgier, die von ihren Organisationen nicht wieder für das Büro vorgeschlagen wurden). Das Büro wählte einstimmig und mit Beifall das Sekretariat:

Generalsekretär	Alix Lhote (Frankreich),	hauptamtlich
Stellv. Generalsekretär	Zygmunt Bieszczanin (Polen),	hauptamtlich
Sekretär	Kurt Goldstein (DDR),	hauptamtlich
Sekretär	Ilja Kremer (UdSSR),	ehrenamtlich
Sekretär	Isacco Nahoum (Italien)	ehrenamtlich
Schatzmeister	Theodor Heinisch (Österreich)	ehrenamtlich

Somit wurden erstmalig 2 zusätzliche Sekretäre gewählt, die nicht ihren ständigen Sitz in Wien haben, aber voll gleichberechtigt sind. Damit wurde entsprechend unseres, mit den sowjetischen Genossen abgestimmten Vorschlages, erreicht, daß nach langjährigen Debatten in Beratungen der sozialistischen Bruderorganisationen und mit westlichen Partner-Verbänden ein sowjetischer Vertreter in das Sekretariat aufgenommen wurde (als "Ausgleich" ein weiterer westlicher Vertreter - entsprechend unserer Einflußnahme ein italienischer Genosse, mit dem sich gut arbeiten läßt). Ferner wird das Sekretariat durch diese Erweiterung zu einer kollektiven Arbeitsweise gezwungen, wo alle wichtigen Fragen beraten und entschieden werden, was bisher aufgrund der Arbeitsweise des Generalsekretärs nicht immer gewährleistet war.

Es gab gegen diese unsere Vorschläge weder im alten noch im neugewählten Büro irgendwelche Einwände.
Auch dies kennzeichnete die auf dem Kongreß erreichte Atmosphäre.

III. Einschätzung des Kongresses

Die Zielstellung des Kongresses war, die Einheit und Geschlossenheit der FIR zu wahren und zu stärken, den Kampfcharakter und das politische Engagement gerade in der gegenwärtigen internationalen Situation zu verstärken, ihre Wirksamkeit zu erhöhen und damit Autorität und Ansehen dieser wichtigen internationalen Organisation weiterhin zu fördern.
Die Zentralleitung hatte in der Vorbereitung und ihre Delegation während des Kongresses die Aufgabe, mit allen Möglichkeiten zur Erreichung dieser Zielsetzung beizutragen.
Der Kongreß hat diese Ziele erreicht, die Erwartungen der nationalen Verbände erfüllt und stand voll auf der Höhe der Aufgaben der Gegenwart. Der Kongreß zeichnete sich durch eine höhere politische und organisatorische Einheit aus als vorhergehende Kongresse. Die tiefe Sorge um den und die Kampfentschlossenheit für den Frieden beherrschten den gesamten Verlauf des Kongresses. Die Erkenntnis über die Ursachen der Spannungen in der Welt und der Kriegsgefahren, die Anerkennung der Friedensrolle der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder, insbesondere auch der DDR, waren deutlicher und klarer denn je.
Die Dokumente des Kongresses tragen eindeutig stärker als früher antiimperialistischen Charakter. Trotz unterschiedlichen Herangehens an diese und jene Frage war das Bemühen aller deutlich, Konfrontationen zu vermeiden und die Einheit und Geschlossenheit der FIR zu stärken. Die Rolle und Bedeutung der FIR gerade in der gegenwärtigen Situation wurde einmütig unterstrichen.
Das Verhältnis der Delegierten untereinander war kameradschaftlich und herzlich. Das Band des gemeinsamen Kampfes gegen den Faschismus hat sich erneut als fest und zuverlässig bewiesen. Das politische Erleben der internationalen Solidarität und die Emotion der gemeinsamen Opfer sind ein festes Fundament der FIR, das mit dem Kongreß in der DDR erneut gefestigt wurde.

Die aktive Teilnahme des Genossen Erich Honecker und der gesamten Partei- und Staatsführung hat alle Teilnehmer tief beeindruckt und den Verlauf des Kongresses weitgehend beeinflußt.
Der Kongreß und die umrahmenden Veranstaltungen wurden so - wie immer wieder geäußert - für die meisten Teilnehmer zu einem einmaligen, unvergeßlichen Erlebnis, das - wie oft erklärt - schwer wiederholbar und nur in der DDR möglich sei.
Das Ansehen der Deutschen Demokratischen Republik, ihrer führenden Persönlichkeiten, das vorher schon hoch war, ist bei den ausländischen Widerstandskämpfern im Ergebnis des Kongresses erheblich weiter gewachsen und damit das Vertrauen zur Friedenspolitik unseres Landes.
Auch das Komitee als Organisator und Gastgeber des Kongresses hat an Einfluß gewonnen. Alle von der Parteiführung bestätigten Zielsetzungen und Orientierungen wurden erreicht.

Der IX. Kongreß der FIR wurde zu einer eindrucks- und wirkungsvollen internationalen Friedensmanifestation auf dem Territorium der DDR.

Die Zentralleitung des Komitees wird in ihrer weiteren Tätigkeit in den Organen der FIR gemeinsam mit den sozialistischen Bruderorganisationen auf eine konsequente Verwirklichung der Kongreßbeschlüsse dringen.

Berlin, 10. Oktober 1982

Otto Funke

Komitee der Antifaschistischen
Widerstandskämpfer der DDR
- Zentralleitung -

Fakten und Zahlen zu den Ergebnissen der Tätigkeit der Zentralleitung, der Bezirks- und Kreiskomitees der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR im Jahre 1982

Große Aktivität und viele neue Initiativen kennzeichneten die Tätigkeit im Jahre 1982 in den Bereichen der Zentralleitung, der Bezirks- und Kreiskomitees. Wichtigste Aufgabe und Höhepunkt der Arbeit waren die gute politische und ideologische Vorbereitung und erfolgreiche Durchführung des IX. Kongresses der FIR in Berlin und des Internationalen Gedenk- und Kampftages. Einen bedeutenden Platz in der Tätigkeit hatten der VII. GST-Kongreß und das VII. Treffen der Pionierorganisation "Ernst Thälmann".
Antifaschistische Widerstandskämpfer traten u.a. in über 22.000 Veranstaltungen mit mehr als 1,5 Millionen Teilnehmern in den Bezirken und Kreisen auf und unterstützten damit auf vielfältigste Weise die kommunistische Erziehung der jungen Generation.
Mit nachstehenden Zahlen und Fakten sollen einige der zahlreichen Initiativen und Aufgaben, die wir gemeinsam mit unseren Partnern durchführten, veranschaulicht werden.

Aus der internationale Arbeit

- Am IX. Ordentlichen Kongreß der FIR vom 8. - 10. September 1982 in Berlin nahmen 298 Delegierte (darunter 30 aus der DDR) aus 23 Ländern Europas, aus Israel und Westberlin teil, die 54 nationale Verbände der FIR vertraten. Weiterhin waren 60 Gäste und Beobachter anwesend, darunter erstmals Vertreter aller acht Internationalen Lagerkomitees, der Weltföderation der ehemaligen Kriegsteilnehmer (FMAC), weiterer 19 internationaler Organisationen, sowie des jugoslawischen Verbandes der Teilnehmer des Volksbefreiungskrieges (SUBNOR), der italienischen Nationalen Vereinigung der ehemaligen Deportierten und anderer ehemaliger Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus.
  Zum Kongreß wurden 90 DDR-Journalisten sowie 41 Journalisten aus 18 Ländern und Westberlin akkreditiert. Sie vertraten 36 Organe, davon 13 Nachrichtenagenturen.
  Es wurden 76 Interviews mit Kongreßteilnehmern sowie 3 Pressekonferenzen durchgeführt.
  Die Teilnehmer des Kongresses nahmen anschließend an den Veranstaltungen zum Internationalen Gedenk- und Kampftag teil.

- 1982 empfing die Zentralleitung drei Delegationen mit 22 Genossen aus den sozialistischen Bruderländern und entsandte 13 Delegationen mit 23 Genossen in das sozialistische Ausland.

- Die Vorbereitung des FIR-Kongresses sowie die Koordinierung des gemeinsamen Auftretens bei weiteren Aktionen, Konferenzen usw. waren Schwerpunkte der in diesem Jahr durchgeführten Beratungen der sozialistischen Bruderverbände im April in Bukarest und im September in Berlin.

- Die Veranstaltungen der Zentralleitung im Januar zum 100. Geburtstag von Julius Alpari, des großen ungarischen Revolutionärs und Internationalisten, der im KZ Sachsenhausen von den Faschisten ermordet wurde, sowie das Auftreten einer Delegation der Zentralleitung anläßlich des 100. Geburtstages von Georgi Dimitroff auf einem internationalen Kolloquium im April in Sofia vertieften die traditionell guten Beziehungen zum ungarischen und zum bulgarischen Bruderverband.
  Der Aufenthalt einer größeren Delegation des Sachsenhausen-Klubs des polnischen Bruderverbandes ZBoWiD im November in der DDR war für die weitere Vertiefung der Zusammenarbeit sehr nützlich.
  Die Vertretung der Zentralleitung auf dem SUBNOR-Kongreß in Belgrad im Juni war von Bedeutung für den Ausbau und die Verstärkung der Beziehungen zum jugoslawischen Bruderverband.

- 16 Delegationen und Persönlichkeiten - insgesamt 57 Kameraden - wurden aus dem kapitalistischen Ausland empfangen. Besondere Bedeutung kam dem Besuch einer Delegation der Nationalen Organisation der italienischen Partisanen (ANPI) im Januar zu. Er war für die Vertiefung der Beziehungen zu diesem bedeutenden italienischen Verband und für die Vorbereitung des FIR-Kongresses sehr wichtig.
  Erneut wurden vier Studiendelegationen der VVN-Bund der Antifaschisten der BRD empfangen, die sich mit den Errungenschaften des realen Sozialismus in der DDR und der Tätigkeit unserer Komitees vertraut machten.

- Die Zentralleitung delegierte 48 Genossen in 31 Delegationen ins kapitalistische Ausland, darunter zur Bürotagung der FIR im Mai in Brüssel, welche der Vorbereitung des FIR-Kongresses diente, zur Tagung des Koordinierungskomitees der internationalen Organisationen ehemaliger Kriegsteilnehmer und Widerstandskämpfer in Oslo im April in Vorbereitung des II. Sonderkongresses der UNO für Abrüstung, zum Nationalkongreß der FNDIRP in Tours im Juli u.a.

Eine Reihe antifaschistischer Persönlichkeiten aus kapitalistischen Ländern wurden im Hause der Zentralleitung begrüßt, wie der Schriftstellller Dr. Paul Engel (Diego Viega) aus Ekuador, dem aus Anlaß seines 75. Geburtstages die Ehrenmedaille unseres Komitees überreicht wurde, Charles Allan (USA), der über neue Aktivitäten der amerikanischen Friedensbewegung sowie des Kampfes gegen neofaschistische Tendenzen in den USA berichtete u.a.

- Vertreter der Zentralleitung nahmen an den verschiedenen Tagungen der 8 Internationalen Lagerkomitees teil, die alle nicht zuletzt auch durch Initiativen unserer Vertreter, ihren Willen zur Verstärkung des Kampfes für Frieden und Abrüstung, gegen Neofaschismus und Krieg zum Ausdruck brachten.

  Zur Übernahme einer Reihe von Exponaten der NMG Buchenwald für eine offizielle antifaschistische Ausstellung in Paris weilte der Präsident der FNDIRP und des Internationalen Lagerkomitees Buchenwald-Dora, Marcel Paul (Frankreich), im Mai in der DDR. Marcel Paul verstarb im November 1982.

- Mit Literatur, Dokumenten über den antifaschistischen Widerstandskampf sowie Materialien und Fotos über die Vermittlung des antifaschistischen Erbes an die Jugend der DDR unterstützte die Zentralleitung eine Vielzahl von Organisationen, ihre Regionalverbände sowie antifaschistische Persönlichkeiten und Wissenschaftler u.a. aus Frankreich, Schweden, Norwegen, Niederlande, USA und BRD. Zur Unterstützung der FIR und in Vorbereitung ihres Kongresses wurde das repräsentative Buch "Die FIR im Bild" in der DDR hergestellt.

Namensträgerbewegung und Zusammenarbeit mit den Partnerorganisationen

- 20 % aller Jugendbrigaden in der DDR tragen z.Z. Ehrennamen revolutionärer und antifaschistischer Kämpfer, ferner ca 8000 Grundorganisationen der FDJ und 3 700 Pionierfreundschaften.

- Auf rund 500 thematischen Mitgliederversammlungen der FDJ-Grundorganisationen von Berlin sprachen zu den Grundfragen unserer Zeit - Krieg und Frieden - antifaschistische Widerstandskämpfer.

In mehr als 20 Veranstaltungen in den Sommer- und Ferienlagern, an denen über 3 000 Pioniere und FDJler teilnahmen, traten Mitglieder der Berliner Komitees auf. Ähnliche Berichte liegen aus allen Bezirken vor.

- Zur Auswertung der Zentralleitungstagung 1982 führten der Bereich Agitation/Information und die zentrale Agitationskommission eine Beratung mit den verantwortlichen Genossen für Öffentlichkeitsarbeit der Bezirkskomitees sowie Vertretern der Parteiorganisationen durch und vermittelten dabei die Erfahrungen in der Namensträgerbewegung der VEB Leuna-Werke "Walter Ulbricht", VEB-Kombinat NARVA "Rosa Luxemburg" und VEB Gaskombinat Schwarze Pumpe.

- Ein Treffen mit Vertretern von Namensträger-Jugendbrigaden aus den Kombinatsbetrieben Leuna-Werke "Walter Ulbricht", Buna-Werke, Schwarze Pumpe, SKET Magdeburg, SDAG Wismut und NARVA Berlin fand in Ausführung einer Vereinbarung mit dem Bezirkskomitee Halle im Leuna-Werk statt.
Über 2.200 Berliner Brigaden und Kollektive - das ist eine Steigerung von 10 Prozent gegenüber dem Vorjahr - tragen heute den Ehrennamen eines antifaschistischen Widerstandskämpfers.
Davon leisten über 800 Jugendbrigaden mit konkreten Verpflichtungen im sozialistischen Wettbewerb einen wirksamen Beitrag zum "Friedensaufgebot der FDJ".
Gleiche positive Tendenzen in der Entwicklung der Namensträgerbewegung vollzogen sich u.a. in den Bezirken Leipzig, Karl-Marx-Stadt, Magdeburg, Potsdam und Neubrandenburg. In der FDJ- Grundorganisation des VEB "Ernst Grube" Werdau, Bezirk Karl-Marx-Stadt, wurden in den fünf Jugendbrigaden, die um einen Ehrennamen ringen, 16 Kandidaten für die Partei gewonnen. Die Jugendbrigade "Hans Beimler" im Gleichrichterwerk Stahnsdorf, Bezirk Potsdam, verbindet vorbildlich den ökonomischen Kampf mit der Traditionspflege. Das Kollektiv produzierte 1982 zusätzlich zwei Millionen Gleichrichter aus eingespartem Material.

Unter Regie des Kampfstabes zur Pflege und Wahrung revolutionärer Traditionen bei der FDJ-Bezirksleitung Halle wurden in Zusammenarbeit mit dem Bezirkskomitee folgende Namensträgertreffen durchgeführt: im Februar das IX. Treffen der Bernard-Koenen-Kollektive;

im April das IX. Treffen der Otto-Schlag-Kollektive; im Juli das VIII. Treffen der Hans-Beimler-Kollektive; im September das IV. Treffen der Alexander-Matrossow-Kollektive. Im Bezirk Erfurt führten Kollektive mit dem Ehrennamen Georgi Dimitroff und Herbert Warnke den Erfahrungsaustausch.
Bis zum Arbeiterjugendkongreß 1983 will die FDJ-Kreisleitung im Gaskombinat Schwarze Pumpe, Bezirk Cottbus, alle Jugendbrigaden für die Teilnahme an der Namensträgerjugendbewegung gewinnen. Gegenwärtig tragen von 100 Jugendbrigaden 52 einen Ehrennamen.

Vier Beratungen mit Gewerkschaftsvertrauensleuten von Jugendbrigaden führte der FDGB-Kreisvorstand in Frankfurt/Oder durch, auf denen die Erfahrungen im Kampf um einen Ehrennamen eines antifaschistischen Widerstandskämpfers im Mittelpunkt standen.
Um den Ehrennamen "Willy Schneider" ringt die Jugendbrigade Bernd Löffler aus dem VEB Wohnungsbaukombinat Gera. Das Kollektiv pflegt enge Kontakte mit den Angehörigen des Widerstandskämpfers.
Zu den ökonomischen Initiativen zählt eine neue Konstruktion, die auf der MMM ausgezeichnet wurde und eine jährliche Materialeinsparung von 60 Tonnen Stahl bringt.
In Anwesenheit der gesamten Belegschaft wurde im VEG Falkensee, Kreis Nauen Bezirk Potsdam, am Jahrestag der Republik 1982 einer Jugendbrigade der Name des Falkenseer antifaschistischen Widerstandskämpfers Oskar Sander verliehen. Mit ihren Leistungen hat die Jugendbrigade im Namenskampf dazu beigetragen, daß dem Betrieb die Wanderfahne des Ministerrates und des Bundes-vorstandes des FDGB für ausgezeichnete Wettbewerbsergebnisse verliehen wurde.

Im Ausbildungsjahr 1981/82 der GST hat sich die Anzahl der Kollektive, die einen Ehrennamen tragen, um weitere 121 erhöht. Damit sind 1.870 Organisationseinheiten, Objekte und Schiffe der GST Träger von Ehrennamen.
200 Traditionswettkämpfe führten die 125 Namensträger-Kollektive der GST des Bezirkes Schwerin im letzten Ausbildungsjahr im Sportschießen, im militärischen Mehrkampf, im Motorsport sowie bei Traditionsmärschen und -läufen zu Ehren der Helden des antifaschistischen Widerstandskampfes mit über 4.000 Teilnehmern durch.

Im VEB Seeverkehr- und Hafenwirtschaft Rostock widmet die FDJ-Grundorganisation den Problemen der Militärpolitik größte Aufmerksamkeit. Im Ergebnis ihrer Arbeit erklärten sich 1982 mehr als 30 Prozent aller männlichen Bewerber bereit, länger als 1 1/2 Jahre ihren Ehrendienst in der NVA zu leisten.

- Von den 45 Berufsschulen des Bezirkes Neubrandenburg tragen 39 einen Ehrennamen, 6 stehen im Namenskampf. Die Abteilung Berufsbildung und Berufsberatung beim Rat des Bezirkes erreichte einen hohen Grad der Eigenverantwortlichkeit in der Pflege der antifaschistischen Traditionen an den Berufsschulen.
  Den 4. Pädagogischen Erfahrungsaustausch der Namensträgerschulen zu Problemen der Traditionspflege und Erziehung führte das Kreiskomitee Pirna/Sebnitz, Bezirk Dresden, im Zusammenwirken mit der Abteilung Volksbildung der Räte der Kreise in Vorbereitung des VII. Pioniertreffens durch.

- Der DTSB führte über 800 Gedenkwettkämpfe zu Ehren revolutionärer und antifaschistischer Kämpfer durch.

- 3.709 Gruppen des DFD tragen einen Ehrennamen von Frauenpersönlichkeiten der revolutionären Arbeiter- und Frauenbewegung, des antifaschistischen Widerstandskampfes und Aktivistinnen der ersten Stunde. Diese Gruppen gehören zu den Besten des DFD und leisten eine bedeutende Arbeit in der Traditionspflege.

Pressearbeit

- Über 1.000 Veröffentlichungen zur Thematik des antifaschistischen Widerstandskampfes und der Tätigkeit unserer Komitees erfolgten im vergangenen Jahr in den zentralen Presseorganen der DDR. Das sind über 100 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Rund 200 Beiträge galten der Vorbereitung und Durchführung des IX. FIR-Kongresses.
  In einem "Karl-Marx-Städter Bilderbogen" stellt die Lokalseite Karl-Marx-Stadt u.a. Gedenkstätten des antifaschistischen Widerstandskampfes vor. Kurzbiografien antifaschistischer Widerstandskämpfer werden regelmäßig in einer Rubrik "Woher Straßen ihren Namen haben" veröffentlicht.
  Täglich veröffentlicht das Bezirksorgan "Freies Wort" Suhl Erfahrungen wie die von der Jugendbrigade "Werner Seelenbinder"

aus dem Industriewerk Rauenstein unter dem Motto: "Wer politisch denkt, der denkt auch ökonomisch.
Ähnlich wirkungsvolle Traditionsarbeit wird auf den Lokalseiten der Organe der Bezirksleitungen Cottbus und Potsdam geleistet.
Auf der Grundlage des Gedenk- und Terminkalenders, den die Zentralleitung jährlich herausgibt, konnte das Bezirkskomitee Berlin den Betriebszeitungen 87 Berichte über das Leben und Wirken von Berliner Widerstandskämpfern zur Veröffentlichung übergeben. Davon erschienen in über 50 Betriebszeitungen insgesamt rund 300 Artikel.

Literatur

- 42 Neuerscheinungen bzw. Wiederauflagen, die den antifaschistischen Widerstandskampf zum Inhalt haben, gaben die Verlage unserer Republik heraus. Darunter befinden sich: "Jugendjahre" von Franz Dahlem, "Die mit dem blauen Schein" von einem Autorenkollektiv, "Käthe Duncker" - aus ihrem Leben" von Ruth Kirsch, "Die von der Ritterstraße" von Annemarie Weiland oder solche Werke wie "Hakenkreuz und Totenkopf" von Kurt Pätzold und "Die Demagogie des Hitlerfaschismus" von Joachim Petzold.

- Als Lesebuch über den antifaschistischen Widerstandskampf in Jugendbrigaden und Schulklassen erscheint ein Buch über 42 im Bezirk Erfurt lebende antifaschistische Widerstandskämpfer.
Das Manuskript für das in Druck befindliche Buch wurde gemeinsam mit dem Bezirksverband der Journalisten der DDR fertiggestellt.

Filme

- Ein Katalog mit einer Auswahl von Spiel-, Dokumentar- und Kinderfilmen über den antifaschistischen Widerstandskampf erschien auf Anregung der Zentralleitung im PROGRESS Film-Verleih. Mit seinen über 100 Titeln unterstützt der Katalog - er ist in allen Bezirksfilmstellen erhältlich - den Filmeinsatz für die emotionale Vermittlung der Lehren unseres opferreichen Kampfes.

- Zwei authentisch-biografische Filme wurden im September uraufgeführt: der DEFA-Film "Sonjas Rapport" über Leben und Kampf der Genossin Ruth Werner und der Fernseh-Film "Der Mann von der Cap Arcona" über und mit Genossen Erwin Geschonnek. Ferner erfolgte

die Aufführung des 6teiligen Fernseh-Films über den Sänger der Revolution und des antifaschistischen Widerstandskampfes "Busch singt".

Sonderpostwertzeichen

- Ein mehrfarbiges Sonderpostwertzeichen mit dem Emblem der FIR sowie ein Ersttagsbriefumschlag wurden aus Anlaß des IX. FIR-Kongresses herausgegeben. Die Abbildung des Internationalen Denkmals Auschwitz-Birkenau trägt eine Briefmarke, die in der Serie Gedenkstätten des antifaschistischen Widerstandskampfes in Verbindung mit einem Ersttagsbriefumschlag erschien.

- Aus Anlaß des 40. Jahrestages des Sieges der Roten Armee in der Schlacht um Stalingrad wird 1983 eine Briefmarke mit dem "Ehrenmal in Wolgograd" auf unsere Empfehlung herausgebracht.

- Durch die Zentralleitung wurden 1982 folgende 7 Broschüren und Arbeitsmaterialien veröffentlicht:
Über die Tätigkeit im Jahre 1981 und die Aufgaben des Komitees der Antifaschistischen Widerstandskämpfer; Faschistischer Massenmord an sowjetischen Kriegsgefangenen; Junge Historiker bewahren das Vermächtnis des antifaschistischen Widerstandskampfes; Antifaschistische Widerstandskämpfer - Vorbilder unserer bewaffneten Kräfte; 50. Jahrestag des Aufrufs des ZK der KPD zur antifaschistischen Aktion; Kriegsverbrecher und Verbrechen gegen die Menschlichkeit; Die Widerstandsorganisation Schulze-Boysen/Harnack. Die Veröffentlichung vorgenannter Materialien erfolgte teilweise in Zusammenarbeit mit unseren Vereinbarungspartnern.

Forschungs- und Geschichtsarbeit

- Die Geschichtskommission der Zentralleitung führte im Jahre 1982 zwei Tagungen durch. Am 24. 2. 1982 Auswertung der Tagung der Zentralleitung vom 15. 1. 1982, Vorbereitung des IX. Ordentlichen Kongresses der FIR, Erforschung des antifaschistischen Widerstandskampfes sowie zur Vermittlung seiner Lehren und Erfahrungen. Am 27. 10. 1982 erfolgte eine Auswertung des IX. Kongresses der FIR sowie die Erläuterung der politischen Aufgaben der Geschichtskommissionen der Bezirke und Kreise.

Der 50. Jahrestag des Aufrufs des ZK der KPD zur Antifaschistischen Aktion war für die Geschichtskommission Anlaß, am 26. 5. 1982 eine Veranstaltung in der Akademie der Wissenschaften durchzuführen.

- Die Forschungstätigkeit wurde schwerpunktmäßig auf folgende Gebiete konzentriert: Erforschung des Widerstandskampfes auf örtlicher Ebene und in den ehemaligen Konzernbetrieben sowie auf die Ausarbeitung von Lebensbildern antifaschistischer Widerstandskämpfer.

- In der FDJ waren 1982 ca 5 500 Forschungsvorhaben dem Leben revolutionärer Kämpfer der Geschichte der Arbeiterbewegung im Territorium und der Geschichte der FDJ gewidmet;
Dem Bezirkskomitee Berlin liegen jetzt 400 Erlebnisberichte, Erinnerungen, Biographien usw. vor. Sie bilden eine gute dokumentarische Grundlage für weitere Forschungsarbeiten. Die Geschichtskommission der SED-Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt veröffentlichte bisher 85 biographische Skizzen revolutionärer Kämpfer.
Im Bezirk Leipzig wurden weitere 54 Arbeiten über den antifaschistischen Widerstandskampf herausgebracht. Damit hat sich 1982 im Bezirk die Anzahl der bisher vorliegenden Arbeiten von 550 auf 604 erhöht.

- In der DDR schreiben mehr als 1 600 spezielle Kommissionen an der Geschichte ihrer Betriebe. Im Bezirk Frankfurt/Oder sind in nahezu 100 Betrieben Geschichtskomissionen tätig, die bereits zahlreiche Betriebschroniken veröffentlichten. Im Bezirk Magdeburg bestehen z.Z. 174 Kommissionen zur Erforschung der Betriebsgeschichte, die von den Bezirks- und den 20 Kreiskommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung angeleitet werden.
In zahlreichen dieser Kommissionen arbeiten die Bezirks- und Kreiskomitees mit.

- Über 1 000 Traditionskabinette bestehen gegenwärtig in Betrieben, Einrichtungen, LPG und VEG. Es ist kennzeichnend für die große Rolle, die diese Kabinette zunehmend spielen, daß zur Pflege und Bewahrung der revolutionären Traditionen der örtlichen Arbeiterbewegung in Betrieben und Institutionen des Bezirkes Halle etwa 100 Traditionskabinette in den letzten zwei Jahren entstanden sind.

- 10 -

- 3 182 Arbeitsgemeinschaften "Junge Historiker" und 4 479 Forschungsstäbe mit mehr als 48 000 Pionieren beteiligten sich 1982 an der Erforschung des örtlichen antifaschistischen Widerstandskampfes. In mehr als 6 000 Traditionsstätten, die es an Pionierfreundschaften, in den Zentralen Pionierlagern und außerschulischen Einrichtungen gibt, finden die Forschungsergebnisse der Pioniere einen würdigen Platz.

- Nationale Mahn- und Gedenkstätten
Mehr als eine Million Bürger aus dem In- und Ausland ehrten im Jahre 1982 in den NMG Buchenwald, Sachsenhausen und Ravensbrück das Andenken des antifaschistischen Widerstandes.

NMG	Gesamtbesucher	Ausland	DDR	dav. Jugendl.
Buchenwald	380 208	149 062	231 146	112 884
Sachsenhausen	448 910	165 508	283 402	108 706
Ravensbrück	162 904	29 078	113 826	46 308

(Stand vom 30. 11. 1982)

- In der NMG Buchenwald fand der 20. Kurs für Geschichts- und Staatsbürgerkundelehrer statt, an dem 140 Pädagogen teilnahmen. Vor zwei Jahrzehnten war mit diesen Kursen begonnen worden. Seitdem haben sich fast 3 000 Pädagogen aus der gesamten Republik in Buchenwald mit den Fragen des antifaschistischen Widerstandskampfes vertraut gemacht. Nach wie vor ist die Zahl der Besucher aus der UdSSR sehr hoch. Sie hat mit ca 85 000 im Jahr den stärksten Anteil an den ausländischen Gästen.
Die Anzahl der Besuchergruppen aus der BRD hat weiter zugenommen. Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sie sich um ca 20 Prozent. In der NMG Sachsenhausen hat sich die Zahl der Besuchergruppen im Jahre 1982 erhöht. Das betrifft besonders auch organisierte Besuchergruppen über Jugendtouristik aus der BRD, Berlin-West, Österreich, Dänemark und Luxemburg.

- 11 -

Sozialarbeit

- 5 996 prophylaktische Kuren in 8 VdN-Kurheimen sowie 1 200 prophylaktische Kuren in FDGB-Heimen standen im Berichtsjahr unseren Kameraden zur Verfügung.
  Zusätzlich erhielten wir 1 800 FDGB-Ferienreisen und 163 Plätze in reisebüroeigenen Hotels als zusätzliche Erholungsmöglichkeit für VdN-Kameraden.
  1 142 Heilkuren in Bädern und Kurorten wurden von Widerstandskämpfern in Anspruch genommen.
  26 Kameraden aus der DDR nahmen im Rahmen der mit den Bruder- und Partnerverbänden getroffenen Vereinbarungen am internationalen Urlauberaustausch teil.
  15 Kameraden mit Ehepartnern erhielten als Auszeichnung für ihre aktive Mitarbeit von der Zentralleitung eine 14-tägige Erholungsreise nach Jalta.
  32 Kameraden konnte aus dem der Zentralleitung zur Verfügung gestellten Touristen-Reisekontingent eine Reise nach Jugoslawien vermittelt werden.
  15 Kameraden fuhren durch unsere Vermittlung nach Kuba;
  1 Kamerad reiste nach Vietnam.

- 107 ausländische Kameraden aus 16 Ländern weilten zu einem 3-wöchigen Urlaubsaufenthalt gemäß den mit den Bruder- und Partnerverbänden getroffenen Vereinbarungen in der DDR.

  30 Kinder - je 10 aus Spanien, Portugal und Griechenland - von antifaschistischen Widerstandskämpfern wurde in der DDR ein 4-wöchiger Ferienaufenthalt in der Pionierrepublik "Wilhelm-Pieck" geboten.

  15 Kameraden aus der BRD absolvierten Heilkuren in unserer Republik.
  8 griechische Kameraden waren zur Heilbehandlung und Prothesenversorgung im Krankenhaus Neuruppin.

Komitee der Antifaschistischen
Widerstandskämpfer der DDR
- Zentralleitung -

Eingang
03 MRZ 1983

I n f o r m a t i o n

über das Konsultativtreffen der Bruderverbände der Widerstandskämpfer aus den sozialistischen Ländern am 21. und 22. 2. 1983 in Moskau

Das Treffen fand auf Einladung des SKWV anläßlich des 40. Jahrestages des Sieges bei Stalingrad in Realisierung eines Beschlusses des IX. FIR-Kongresses statt. Es schlossen sich die Feierlichkeiten und eine erweiterte Tagung der Delegation des Büros der FIR vom 23. bis 26. 2. 1983 in Wolgograd an.

An der Beratung nahmen alle sozialistischen Verbände teil. Die Zentralleitung war durch die Genossen Otto Funke, Kurt Goldstein und Rudolf Helmer vertreten.

Der Beratung kam wegen der zunehmenden Verschärfung der internationalen Lage und der Realisierung der Beschlüsse des IX. FIR-Kongresses große Bedeutung zu.

Folgende Hauptprobleme standen auf der Tagesordnung:

1. Maßnahmen zur Durchführung eines gesamteuropäischen Treffens der ehemaligen Kriegsteilnehmer und Widerstandskämpfer gegen die Stationierung neuer amerikanischer Raketen in Westeuropa noch im Jahr 1983 (Berichterstatter: SKWV)

2. Vorschlag für ein Reglement zur Verbesserung der Arbeitsweise und Tätigkeit der Leitungsorgane der FIR
(Berichterstatter: Bulgarisches Komitee)

3. Aktivierung der Tätigkeit zur Erziehung der jungen Generation im Geiste der antifaschistischen Traditionen
(Berichterstatter: Verband der tschechoslowakischen Kämpfer)

4. Zur Tätigkeit der internationalen Lagerkomitees
(Berichterstatter: Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR)

5. Die Ausweitung der Beziehungen zu nichteuropäischen Veteranenorganisationen und zu Organisationen, die der FIR nicht angehören. (Berichterstatter: Ungarischer Verband)

Die mit großer Offenheit und Sachlichkeit geführte Diskussion ergab in allen wesentlichen Punkten Übereinstimmung.

zu Punkt 1.
Die Organisierung eines europäischen Treffens der Widerstandskämpfer und ehemaligen Kriegsteilnehmer noch im Jahr 1983, wie es von der FIR gefordert wird, wird von den drei internationalen Organisationen CIAC, CIAC und CIAFC mit der Begründung abgelehnt, daß die Zeit der Vorbereitung zu kurz sei. Es wird daher für 1983 kaum zu erreichen sein. Als Erfolg wird gewertet, daß es im Dezember 82 während der Tagung des Koordinierungskomitees in Paris gelungen ist, eine Tagung des erweiterten Koordinierungskomitees Mitte März in Genf einzuberufen sowie auch im Herbst 1983 erneut zusammenzukommen. Die weiteren Festlegungen, 1984 ein Symposium über Abrüstung, Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa sowie 1985 ein II. Welttreffen zu organisieren, zeigen erstmalig eine langfristige Planung, was sehr zu begrüßen ist und ein Ausweichen dieser Organisationen, hinter dem natürlich politische Gründe stehen, erschwert. Für das Auftreten der FIR-Delegation auf der Tagung in Genf wurde festgelegt, das Treffen für 1983 weiterhin nur Diskussion zu stellen. Es wurde festgelegt alles zu vermeiden, was zu einer Spaltung im Koordinierungskomitee führen könnte und alles zu tun, um die Zusammenarbeit zu erhalten und weiter zu entwickeln. Die FIR-Delegation muß flexibel auftreten und einen tragbaren Kompromiss erreichen.
Die sozialistischen Organisationen sollen qualifizierte Vertreter nach Genf entsenden und diese sollen enge Kontakte halten.

Die Vertreter der sozialistischen Bruderverbände stimmen überein, daß es erforderlich ist, alle Mittel und Methoden zur verstärkten Mobilisierung der Öffentlichkeit einzusetzen und dazu beizutragen, daß sich die FIR und ihre nationalen Verbände mit allen Friedenskräften und progressiven Organisationen und Bewegungen zu gemeinsamen Aktionen verbinden. In den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten

muß vor allem die Verhinderung der Aufstellung neuer amerikanischer atomarer Mittelstreckenwaffen in Westeuropa gestellt werden.
Die tschechoslowakische Delegation unterbreitete den Vorschlag, wenn kein Treffen 1983 zustande kommt, dann sollte die FIR mit der VVN-BdA alle europäischen Organisationen der Widerstandskämpfer, die dem Brüsseler Appell zugestimmt haben, auffordern, eine eigene internationale Konferenz durchzuführen. Es wurde dem Vorschlag zugestimmt, an dem internationalen Treffen teilzunehmen, daß am Vorabend des Bundeskongresses der VVN/BdA im Mai in Hamburg durchgeführt werden soll. Genosse K. Goldstein schlug in diesem Zusammenhang vor, daß die FIR weitere Möglichkeiten in Erwägung ziehen soll, um die Kontakte zu erweitern, z.B. mit den Märtyrer-Städten, den IKL und allen, die durch den Faschismus ihre Narben tragen sowie mit der Jugend und den neuen Friedenskräften. Dieser Gedanke wurde unterstützt.

zu Punkt 3.
Die bulgarische Delegation legte den Entwurf eines "Reglements" vor, der Vorschläge enthält, wie die Arbeit des Sekretariats, des Büros, der Delegation des Büros und des Generalrates gestaltet werden soll. (Es zeigt sich aber, daß die meisten Gedanken schon im Statut bzw. Arbeitsrichtlinien enthalten sind.)
Genosse Mitchev verband diesen Vorschlag mit einer scharfen, nicht begründeten Kritik am neugebildeten Sekretariat der FIR, das nach seiner Auffassung noch keine Fortschritte in der Arbeitsweise zu verzeichnen habe. Generalsekretär Lhote würde allein leiten und die Stimme der Sekretäre sei nicht zu hören. Genosse Ilja Kremer (SKKV) und nichtständiger Sekretär der FIR, der erst einmal an einer Vollsitzung des Sekretariats teilgenommen hat, erklärte dazu, daß es im Sekretariat noch keine Kollektivität gebe, aber autoritäre Tendenzen. Er sprach von fehlender Kollegialität und Loyalität, ohne das zu beweisen. Der Vorschlag der bulgarischen Genossen sei zu begrüßen, ein Reglement auszuarbeiten, welches bereits dem erweiterten Präsidium in Wolgograd zur Beratung vorgelegt werden sollte. Das wurde mit der Begründung abgelehnt, daß die einzelnen Delegationen der Bruderverbände dazu erst

Stellung nehmen müssen. Diese Stellungnahme soll bis zum 15. April dem bulgarischen Verband schriftlich übermittelt werden. Die Vorwürfe des Genossen Mitchev wurden von den anderen Delegationen zurückgewiesen. Es wurde hervorgehoben, daß das Sekretariat seit dem IX. Kongreß rascher und richtig auf politische Ereignisse reagiert hat, z.B. zur Prager Deklaration, und die Information auch besser geworden sei.

zu Punkt 3.

Die tschechoslowakische Delegation berichtete über ihre Zusammenarbeit mit der Jugend, was von einigen Delegationen durch ihre Erfahrungen ergänzt wurde. Es bestand Übereinstimmung, daß die Arbeit mit der Jugend in erster Linie natürlich durch die nationalen Verbände erfolgen muß, aber die FIR sich auf internationaler Ebene mehr in dieser Frage engagieren muß. Es soll daher darauf gedrungen werden, daß die FIR das seit langem geplante Symposium mit Jugendorganisationen und Pädagogen zu Fragen des Faschismus endlich konkret in Angriff nimmt. Die nächste Beratung der ständigen FIR-Kommission zu Fragen des Neofaschismus (Mai 1983) soll hierzu entsprechende Vorschläge ausarbeiten. Die tschechoslowakische Delegation schlug vor, wie vor Jahren wieder durch die FIR gemeinsam mit der WBJ/EBJ internationale Jugendlager durchzuführen. (Dieser Vorschlag ist u.E. nicht mehr realisierbar. Die Erfahrungen besagen, daß die Zahl der teilnehmenden Organisationen und Jugendlichen mit der Zeit immer geringer wurde, die finanziellen Aufwendungen wurden ebenfalls zu hoch und lohnten nicht das Ergebnis. Heute wird diese Aufgabe in weit größerem Umfange und effektiver durch unsere sozialistischen Jugendverbände durchgeführt.)

zu Punkt 4.

Der Bericht des Genossen Funke zu den IIK wurde mit großer Zustimmung zur Kenntnis genommen. Genosse Funke ging auf den Vorschlag der sowjetischen Genossen ein, die Auslieferung Barbies an Frankreich zu nutzen, um eine breite Kampagne zur Bestrafung der Naziverbrecher, die noch in bestimmten westlichen Ländern unangefochten leben, zu führen. Leider sei das bis jetzt bekann-

te Material darüber zu unkonkret und bei weitem nicht ausreichend, um wirkungsvolle, längerfristige Maßnahmen in Betracht zu ziehen.
Es müßte die nächste Aufgabe der nationalen Organisationen sein, konkrete Listen mit Angaben über noch lebende Kriegsverbrecher zu erarbeiten, um dann eine gemeinsame Kampagne zu organisieren.
Die IIK, die sich schon seit Jahren mit dieser Problematik befaßt haben, sollten in Zusammenarbeit mit der FIR und den Organisationen, die den Brüsseler Appell unterzeichnet haben, verstärkt wirksam werden. Die Erfahrungen der Internationalen Initiative des Widerstandes und ihrer Arbeitsgruppe sollten für diese Aufgabe genutzt werden. Dabei darf nicht außeracht gelassen werden, daß die beiden französischen Verbände FNDIRP und AMICAL die Einstellung der Tätigkeit der Internationalen Initiative fordern.
Genosse Funke informierte aber darüber, daß im Verlauf von Beratungen, welche die VVN-BdA mit der FNDIRP unlängst führte, diese eine gewisse Modifikation ihres Standpunktes erkennen ließ, indem sie ihre Bereitschaft zu punktuellen Aktionen gegen den Neofaschismus zum Ausdruck brachte.
Den Vorschlägen des Berichtes stimmten alle Teilnehmer zu.
Es wurde festgelegt, dieses Problem, Auslieferung und Bestrafung von Nazikriegsverbrechern, auf der erweiterten Tagung des Büros zur Sprache zu bringen.

Nachtrag:
Am 27.2. fand eine Beratung von 6 Mitgliedern der Arbeitsgruppe der Internationalen Initiative unter Leitung von Maurice Goldstein in Moskau statt, an der auch René Frey (FNDIRP) und Kurt Erlebach (ERD) teilnahmen. Die Beteiligten einigten sich auf Maßnahmen für das weitere Vorgehen in dieser Frage.

Zu Punkt 5.

Die Diskussion zur Zusammenarbeit mit außereuropäischen Ländern und Organisationen, die nicht der FIR angehören (nationale Befreiungsbewegungen), wurde mit folgendem Ergebnis abgeschlossen:

Alle Delegationen unterstrichen die Bedeutung dieser Probleme, erkannten die Schwierigkeiten, die eine Diskussion in der FIR

mit sich bringen würde und erklärten ihre Bereitschaft, das Problem auf bi- und multilateraler Ebene im Rahmen der sozialistischen Bruderorganisationen zu klären.
Die ungarischen Genossen wurden beauftragt, eine Konzeption auszuarbeiten, die alle Fragen, einschließlich der finanziellen, berücksichtigen muß. Die Sekretäre der einzelnen Verbände für internationale Verbindungen sollen 1984 zu konkreten Festlegungen zur Einladung bestimmter Delegationen und zur Abstimmung zwischen den sozialistischen Ländern zusammenkommen.
Die Zusammenarbeit mit Organisationen, die der FIR nicht angehören, soll während des nächsten Treffens der Bruderverbände noch einmal beraten werden.

Informationen und Vorschläge von Bruderverbänden

Polnische Delegation: Am 21.4. wird der 40. Jahrestag des Ghetto-Aufstandes von Partei und Regierung feierlich begangen. Es werden Vertreter sozialistischer Länder eingeladen. U.a. wird der rumänische Rabbiner Rosen eine neue Synagoge einweihen.
Kamerad Banfi und Maurice Goldstein werden Ansprachen halten. Zur internationalen Lage soll ein Appell angenommen werden.

Bulgarische Delegation: Der bulgarische Verband lädt die FIR zur nächsten Bürositzung im September dieses Jahres in Sofia ein im Zusammenhang mit dem 60. Jahrestag des Septemberaufstandes gegen den Faschismus und dem 50. Jahrestag des Leipziger Prozesses gegen Genossen Dimitroff. Auf Vorschlag des Genossen Funke wird das nächste Treffen der Bruderverbände vor der Bürotagung in Sofia durchgeführt.

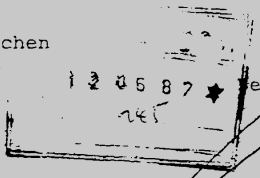
Der polnische Verband informierte, daß sie 1983 800 000 ÖS FIR-Beitrag in zwei Raten zum Jahresende zahlen werden, zu einer Er-

höhung seien sie nicht in der Lage.
Auch die rumänische Delegation teilte mit, daß ihr Verband seinen finanziellen Verpflichtungen nachkommen wird (wie seit Jahren 250 000 ÖS). Die anderen sozialistischen Verbände haben 1983 ihren Beitrag um 10% erhöht. Mit der Realisierung der polnischen Zahlung wird die FIR-Bilanz 1983 ausgeglichen sein.

gez. Rudolf Helmer
Sekretär

Berlin, 21. März 1983

Komitee der Antifaschistischen
Widerstandskämpfer der DDR
Zentralleitung



Berlin, 20. 5. 1987

B E R I C H T

vom 10. Ordentlichen Kongreß der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) vom 11. bis 14. Mai 1987 in Athen/Gr.

An dem 10. Ordentlichen Kongreß, dem höchsten Organ der FIR, nahmen 159 stimmberechtigte Delegierte teil, die 41 ordentliche Mitgliedsverbände der FIR aus 16 kapitalistischen und 8 sozialistischen Ländern vertraten.
Neun eingeladene Gäste vertraten weitere nationale und internationale Organisationen (darunter Weltfriedensrat, IDFF, Weltstudentenbund und Internationaler Verband Demokratischer Juristen); außerdem nahmen 26 Beobachter am Kongreß teil.
Die Zentralleitung des Komitees nahm mit einer Delegation unter Leitung des Vorsitzenden mit 10 Vertretern und 2 Beobachtern teil.

Zu den Kongreßergebnissen

Der Kongreß beschloß

- den schriftlichen Tätigkeitsbericht des Sekretariats und den mündlichen Einleitungsbericht, vom Generalsekretär Alix Lhote vorgetragen, sowie den Finanzbericht des Schatzmeisters. Er entlastete die vom 9. Kongreß 1982 gewählten Organe, (der Finanzbericht wurde als ungenügend, weil nicht aussagekräftig, kritisiert);

- ein neues Orientierungs- und Aktionsprogramm der FIR;

- je eine Botschaft an die Internationale Konferenz der UNO über Abrüstung und Entwicklung (New York, 24. 8. - 11. 9. 1987) und die KSZE-Folgekonferenz in Wien;

- einen Appell an die junge Generation;

- Resolutionen zur friedlichen Regelung der Nahostfrage sowie des Zypernproblems.

Der Kongreß wählte die leitenden Organe der FIR für die nächste Wahlperiode (Büro einschließlich des Präsidenten und der Vizepräsidenten, Generalrat, Finanzkontrollkommission).

Die Zentralleitung unseres Komitees beteiligte sich aktiv an der Vorbereitung und Fertigstellung aller Dokumente. Insbesondere wurden frühzeitig die Vorschläge zum Entwurf des neuen Orientierungs- und Aktionsprogramms mit Kopien an die Bruderverbände abgegeben, wodurch erreicht wurde, daß die Stellungnahmen der Mitgliedsverbände aus den sozialistischen Ländern in allen wesentlichen Fragen übereinstimmten. Das Orientierungs- und Aktionsprogramm, das mit wenigen Änderungen einstimmig angenommen wurde, ist eine gute Grundlage für die künftige Arbeit und entspricht den Anforderungen der Gegenwart. In der Generaldebatte des Kongresses legte Genosse Funke unseren Standpunkt zu den Hauptaufgaben der FIR dar und fungierte als Vorsitzender einer der Plenartagungen des Kongresses. Weitere Vertreter des Komitees arbeiteten mit in der Redaktionskommission, der Mandatsprüfungskommission sowie der Kandidaturenkommission des Kongresses.
In die neuen Leitungsorgane der FIR wurden DDRseitig gewählt:

a) als Büromitglieder (insgesamt 61 Mitglieder)

- Genosse Otto Funke (zugleich einer der Vizepräsidenten der FIR)
- Genosse Kurt-Julius Goldstein (zugleich einer der Sekretäre d. FIR)
- Genosse Gerhard Leo
- Kamerad Dr. Heinrich Toeplitz

b) als Mitglieder des Generalrates (insgesamt 148 Mitglieder)

- Genosse Hermann Axen
- Genosse Otto Funke
- Genosse Fritz Reuter
- Genosse Kurt-Julius Goldstein
- Kamerad Dr. Heinrich Toeplitz
- Genosse Gerhard Leo
- Genosse Karl Kormes
- Genosse Hans Coppi

c) als Mitglied der Finanzkontrollkommission (insgesamt 6 Mitglieder)

- Genosse Rudolf Helmer

Zum Präsidenten bzw. zum Generalsekretär wurden Arialdo Banfi (Italien) bzw. Alix Lhote (Frankreich) wiedergewählt.

Zur Diskussion auf dem Kongreß

Insgesamt ließ die allgemeine Diskussion sowie die Diskussion zu den vorgelegten Dokumenten weitere Fortschritte im Erkennungsprozeß der politischen Realitäten und aktuellen Erfordernisse gegenüber dem 9. Kongreß erkennen. Im Mittelpunkt der Beiträge auch der überwiegenden Mehrzahl der Redner aus kapitalistischen Ländern standen die Notwendigkeit,

- alle friedliebenden Kräfte einschließlich der nationalen und internationalen Kriegsteilnehmer- und Kriegsgefangenenverbände zur gemeinsamen Aktion zur Unterstützung der zahlreichen Abrüstungsinitiativen der UdSSR und anderer Staaten zusammenzuführen,

- allen Versuchen der Geschichtsfälschung, der Verharmlosung des Faschismus und des Auftretens neofaschistischer Kräfte offensiv zu begegnen (über positive Beispiele wurde insbesondere aus der BRD, Frankreich und den Niederlanden berichtet) sowie

- den individuellen und den Staatsterrorismus ebenso wie Rassen- und Ausländerhaß zu bekämpfen.

Es wurde übereinstimmend ein Anwachsen der Kräfte des Friedens und der Entspannung - bedingt vor allem durch das konstruktive und flexible Vorgehen der Sowjetunion - bei gleichzeitiger Fortsetzung der Rüstungsspirale konstatiert und daraus die richtige Schlußfolgerung gezogen, daß die Ziele der FIR, so wie sie im Artikel IV ihres Statuts festgeschrieben sind, nichts an Aktualität eingebüßt haben. Es kommt also in dieser Situation mehr denn je darauf an, den spezifischen Beitrag der Widerstandskämpfer und ihrer Organisationen in die Waagschale der Friedenskräfte zu legen.

Die überaus positive Bilanz der Aktivitäten der FIR seit dem 9. Kongreß, die in der gemeinsamen Durchführung des 2. Welttreffens ehemaliger Kriegsteilnehmer, Widerstandskämpfer und Kriegsopfer (Wien, 1. - 3. 12. 1986) mit drei anderen internationalen Verbänden (FMAC, CIAPG, CEAC) gipfelte, gilt es, in der bevorstehenden Wahl-

periode fortzusetzen und nach Möglichkeit noch zu verstärken. Als Vorschläge dazu wurden dem Kongreß die unterschiedlichen Aktionen anläßlich der bevorstehenden Jahrestage faschistischer Aggressionen, des Reichstagsbrandes, der Nürnberger Rassengesetzgebung usw. unterbreitet, so zum Beispiel die Durchführung eines Historikersymposiums der FIR, die Abhaltung öffentlicher Tagungen des Koordinierungskomitees für Abrüstung als gemeinsames Organ der FIR, der FMAC, der CIAPG und der CEAC sowie die Durchführung gemeinsamer Aktionen mit Jugendverbänden.

Hinsichtlich der Zukunft der FIR gab es unterschiedliche Auffassungen. Während sich Vertreter eines israelischen Verbandes sowie der Vertreter des portugiesischen Verbandes für die Erweiterung und insbesondere die Gewinnung von Antifaschisten der zweiten und dritten Generation aussprachen, wandten sichSprecher belgischer und französischer Verbände gegen eine solche Erweiterung der FIR. Sie vertraten den Standpunkt, daß eine FIR, in der Widerstandskämpfer die Minderzahl bilden, undenkbar wäre, daß die Organisation - geboren aus dem gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus im zweiten Weltkrieg - vielmehr ihren spezifischen Charakter beibehalten müsse.
Diese Debatte ist zurückzuführen auf folgenden Zusammenhang:

Vor Beginn des Kongresses tagte das Büro der FIR und u.a. wurden 3 neue Organisationen aufgenommen: die griechische Panhellenische Organisation des Nationalen Widerstandes, die belgische Lagergemeinschaft der ehemaligen Häftlinge von Mauthausen und das Mongolische Komitee der Veteranen des Revolutionären Kampfes.
Gegen die Aufnahme der Mongolen stimmten nur französische und die belgischen Mitglieder des Büros, die Italiener enthielten sich der Stimme, so daß der Beschluß mit großer Mehrheit angenommen wurde. In der Bürotagung wurde unser Standpunkt (die MVR kämpfte im zweiten Weltkrieg gegen die Achsenmacht Japan und an der Seite und in den Reihen der Roten Armee gegen den Faschismus) von Genossen Funke und anderen Vertretern sozialistischer Länder eingehend begründet. Im Plenum des Kongresses kritisierten die Kameraden Joineau (Frankreich) und Brack (Belgien) diese Entscheidung, ohne den mongolischen Verband zu erwähnen. Sie bekräftigten noch einmal ihren Standpunkt, daß außereuropäische Organisationen nicht in die FIR aufgenommen werden dürften. Kamerad Joineau verband das mit der Bemerkung, dann müßten andere Verbände die FIR verlassen.

Der vom Sekretariat der FIR ausgearbeitete Entwurf der Resolution zu Nahostfragen war Anlaß zu konträren Auffassungen zwischen den Delegierten der zwei israelischen Verbände und eines Vertreters jüdischer Deportierter aus Frankreich. Der jüdische Delegierte Hass warnte vor maximalistischen Forderungen, da sie nur dazu dienten, die realistisch denkenden Kräfte in Israel zu spalten. Auf Vorschlag des Genossen Funke, der zur Zeit dieser Debatte gerade die Tagung leitete, setzten sich die israelischen Vertreter Israels und der jüdische Vertreter aus Frankreich zusammen und erarbeiteten einen gemeinsamen Text, der dann vom Kongreß angenommen wurde.

In diesem Zusammenhang bat der Israele Hass vom zionistisch gesteuerten Verband um die Unterstützung der FIR bei der Zusammenführung und Zusammenarbeit ihrer Verbände und zu diesem Zweck um die Entsendung einer FIR-Delegation nach Israel. Dem Vorschlag wurde vom Kongreß mehrheitlich zugestimmt.

Nur geringen Applaus erhielt der Vorsitzende des rumänischen Veteranenverbandes nachdem er die in seinem Lande durchgeführte Volksabstimmung vom 23. 11. 1986 zur Reduzierung der Verteidigungsausgaben als mustergültig für alle Länder dargestellt hatte. Im weiteren war sein Auftreten positiv.

Erstmalig seit mehr als 20 Jahren nahmen wider 2 albanische Vertreter an einem Kongreß der FIR teil. Obwohl sie undifferenziert den USA und der UdSSR die Schuld am Wettrüsten aussprachen und zur "Entlarvung der Demagogie der Supermächte" aufriefen - in anderen Fragen vertraten sie wesentlich realistischere Standpunkte - muß der bloße Fakt der erneuten Annäherung an die FIR als positiv bewertet werden. Zwei Vertreter des albanischen Verbandes wurden in den Generalrat gewählt.

Ein weiteres Positivum des 10. Kongresses war die erstmalig erfolgte Einladung des Weltfriedensrates zur Teilnahme an einem FIR-Kongreß - dies war in früheren Fällen von einigen westlichen Mitgliedsverbänden kategorisch abgelehnt worden - sowie die herzliche Aufnahme einer zündenden Grußansprache seines Präsidenten.Romesh Chandra überreichte der FIR unter großem Beifall eine Fahne des Weltfriedensrates als Zeichen der künftigen Zusammenarbeit beider Organisationen. Auch hierin dokumentiert sich die zunehmende Erkenntnis der Notwendigkeit des Zusammengehens aller Friedenskräfte.

Abschließend muß festgestellt werden, daß die in der Diskussion erzielte Einmütigkeit in den politischen Grundfragen sich auch in einer höheren politischen Klarheit der verabschiedeten Dokumente niederschlägt. Dabei muß die positive Rolle hervorgehoben werden, die der Präsident und der Generalsekretär bei der Herbeiführung eines weitgehenden Konsensus unter den verschiedenen Teilnehmern und Verbänden gespielt haben.

Schlußfolgerungen

a) Auf dem 10. Kongreß ist deutlich geworden, daß die Aufnahme von außereuropäischen Organisationen, sofern sie nicht am Kampf gegen den Faschismus im zweiten Weltkrieg teilgenommen haben als Mitglieder in die FIR die Spaltung der Föderation und somit eine ernste Schwächung dieser internationalen Organisation bedeuten würde. Es erscheint nach wie vor angezeigt, die Schaffung einer Weltliga antiimperialistischer Befreiungsbewegungen mit wesentlich breiterer Basis in Angriff zu nehmen. Diese Frage sollte erneut zum Gegenstand einer für den Herbst 1987 in der DDR vorgesehenen Konsultativberatung der Verbände der sozialistischen Länder gemacht werden, um sie an die Bruderparteien heranzutragen.

b) Ausgehend von dem im Zeitraum bis zum 11. Kongreß der FIR anstehenden historischen Jahrestagen erscheint es zweckmäßig, der FIR ein Symposium unter Einladung weiterer internationaler Organisationen vorzuschlagen. Als Thema sollte die Vermittlung des Erbes des antifaschistischen Widerstandskampfes an die Jugend als Beitrag zum weltweiten Ringen um Frieden und Abrüstung vorgesehen werden (etwa: "Antifaschismus - Jugend - Frieden").

c) Zur Vertiefung der zweiseitigen Beziehungen zu Mitgliedsverbänden der FIR, die sich noch im Prozeß der Annäherung an realistische Positionen zu den aktuellen Fragen der Gegenwart befinden bzw. ihr Interesse an vertieften Beziehungen erkennen ließen, wird die Zentralleitung des Komitees im Zeitraum 1988 - 1990 bestimmte Studien- und Verhandlungsdelegationen in die DDR einladen.

- 7 -

Schlußbemerkungen

Im Rahmen der feierlichen Eröffnung des Kongresses (Ansprachen durch den Präsidenten der FIR, des Sprechers der gastgebenden griechischen Verbände, des griechischen Justizministers als Vertreter der Regierung, des stellvertretenden Bürgermeisters von Athen sowie von 7 internationalen nichtstaatlichen Organisationen, (weitere Grußadressen waren schriftlich eingegangen) wurden verdiente Verbände und Einzelpersönlichkeiten mit der Ehrenmedaille der FIR ausgezeichnet, darunter die Genossen Rudolf Helmer und Karl Kormes aus der DDR.
Zum Rahmenprogramm des Kongresses gehörten eine feierliche Kranzniederlegung am Grabmal des unbekannten Soldaten in Athen, die Ehrung an drei faschistischen Hinrichtungsstätten in Athen (in drei Gruppen), eine Kulturveranstaltung (Gesang und Rezitationen), die Überreichung der Ehrenmedaille der FIR an die Athener Universität im Rahmen einer feierlichen Veranstaltung in der Universität sowie ein Essen, das von den gastgebenden griechischen Verbänden für die leitenden Funktionäre der FIR sowie die Gäste des Kongresses gegeben wurde. Im Vorraum der Tagungsstätte zeigten die griechischen Veteranenverbände eine 14 Tafeln umfassende Ausstellung über die Widerstandsbewegung 1941 - 1944 in ihrem Lande.
Seitens der Botschaft der CSSR wurde ein Empfang für die Funktionäre der FIR sowie die Leiter der einzelnen Delegationen gegeben.
Von der CSSR waren ebenfalls die Simultandolmetscher gestellt worden; von der DDR-Botschaft war zu einem analogen Empfang für Vertreter der griechischen Veteranenverbände sowie die Delegationen der BRD und der DDR eingeladen worden.

Dadurch, daß die gastgebenden griechischen Verbände ihre Mitglieder zur Teilnahme an den Kranzniederlegungen und Kulturveranstaltungen im Rahmen des 10. Kongresses der FIR mobilisiert hatten, war dieser durch eine überaus herzliche und kämpferische Atmosphäre gekennzeichnet.
Trotz der hohen Zahl gleichzeitig anfallender Betreuungsaufgaben für die DDR-Botschaft in Athen (12. KPG-Parteitag, 10. FIR-Kongreß, Endspiel der Fußball-Pokalsieger Leipzig-Amsterdam), hat die Delegation eine ausgezeichnete, hervorragende Betreuung während des gesamten Kongresses durch den Genossen Botschafter und seine Ehefrau, den Militärattaché, den amtierenden Konsul sowie das gesamte

Kollektiv der Botschaft erfahren.
Das wurde von allen Delegationsmitgliedern als wohltuend empfunden und lobend hervorgehoben.

Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer
der Deutschen Demokratischen Republik
– Zentralleitung –

An die
Mitglieder des Präsidiums

Berlin, den 17. 11. 1988

E i n l a d u n g

Die Tagung des Präsidiums zur Einberufung der Jahrestagung der Zentralleitung (19. Jan. 1989) findet am 6. Dezember 1988, 14.00 Uhr, im Hause der Zentralleitung statt.

Tagesordnung:

- Konzeption des Berichtes an die Zentralleitung
- Jahresarbeitsplan 1989
- Kaderfragen

Die vom Sekretariat bestätigten Entwürfe der Konzeption und des Jahresarbeitsplanes anbei.

Wir bitten um Teilnahmebestätigung.

Mit sozialistischem Gruß

Otto Funke
Vorsitzender

E n t w u r f

Jahresarbeitsplan der Zentralleitung 1 9 8 9

Die Tätigkeit der Zentralleitung und ihrer Organe ist im vierzigsten Jahr unserer Deutschen Demokratischen Republik darauf gerichtet, einen spezifischen Beitrag zur weiteren konsequenten Verwirklichung der Friedenspolitik der SED sowie zur Stärkung des Sozialismus, wie in den Beschlüssen des XI. Parteitages festgelegt, zu leisten.

Schwerpunkt der Tätigkeit der Zentralleitung, der Bezirks- und Kreiskomitees ist auch weiterhin, im engen Zusammenwirken mit den Kommissionen Traditionsarbeit bei den Kreis- und Bezirksleitungen der SED und den Vereinbarungspartnern, die wirksame Unterstützung der patriotischen und internationalistischen Erziehung der jungen Generation unseres Landes.
Es geht dabei darum, durch Wahrung, Anwendung und Fortsetzung revolutionärer und antifaschistischer Traditionen bei gleichzeitiger Vertiefung des sozialistischen Geschichtsbewußtseins und der Entwicklung der Fähigkeit zur offensiven Auseinandersetzung mit antisozialistischen Theorien und Argumenten, die Motivierung der Jugend zu hohen Leistungen für unsere Deutsche Demokratische Republik, für den Frieden und den Sozialismus zu unterstützen.

- 2 -

Zur internationalen Arbeit

Wie in den vergangenen Jahren ordnet sich die internationale Arbeit der Zentralleitung in die Anstrengungen ein, die außenpolitischen Beschlüsse des XI. Parteitages der SED sowie des Politisch-Beratenden Ausschusses der Warschauer Vertragsstaaten in die Tat umzusetzen. Dabei gilt es vor allem, das hohe politisch-moralische Ansehen der ehemaligen Widerstandskämpfer in den Ländern Europas zu nutzen, zur Schaffung einer weltweiten Koalition der Vernunft und des Realismus, um so einen wirksamen Beitrag zur Abrüstung und Sicherung des Friedens zu leisten.

Schwerpunkte:

- Weitere Mobilisierung breitester Kreise ehemaliger Widerstandskämpfer und Kriegsteilnehmer in kapitalistischen Ländern und jungen Nationalstaaten durch aktive Teilnahme an entsprechenden internationalen Beratungen und durch bilateralen Delegationsaustausch, um dazu beizutragen, der von den sozialistischen Staaten initiierten Dialogpolitik eine immer breitere Basis zu verschaffen.

- Abstimmung des gemeinsamen Vorgehens mit den Bruderverbänden sozialistischer Länder sowohl multilateral im Rahmen der jährlichen Konsultationstreffen als auch bilateral im Rahmen gegenseitiger Kontakte und Begegnungen.

- Konstruktive Mitarbeit an der Realisierung des vom X. FIR-Kongreß beschlossenen Orientierungs- und Aktionspro-

gramms einschließlich der Zusammenarbeit mit anderen nichtstaatlichen Organisationen im Rahmen entsprechender FIR-Delegationen sowie Unterstützung aller Anstrengungen zur Stärkung der FIR und zur Erhöhung der Effektivität ihrer Arbeit.

- Aktive Mitarbeit in den internationaler Lagerkomitees mit dem Ziel, diese zur Unterstützung der vielfältigen Abrüstungsvorschläge der sozialistischen Länder und anderer Staaten zu aktivieren, den Kampf gegen Neofaschismus und Rassismus zu verstärken sowie den Versuchen rechtskonservativer Kräfte, die Geschichte zugunsten des Faschismus zu verfälschen, offensiv entgegenzutreten.

- Darlegung der Einheit von Antifaschismus und Friedenskampf auf Veranstaltungen im In- und Ausland mit internationaler Beteiligung aus Anlaß des 50. Jahrestages des Beginns des zweiten Weltkrieges.

- Der 200. Jahrestag der französischen Revolution ist in der internationalen Arbeit, insbesondere in der Zusammenarbeit mit französischen Partnerverbänden, zu beachten.

- Nutzung des Internationalen Gedenk- und Kampftages 1989 in der DDR, um die Friedensvorschläge der sozialistischen Staatengemeinschaft wirksam zu propagieren und die ausländischen Gäste mit der Traditionsarbeit in der DDR vertraut zu machen.

-4-

Maßnahmen:

- Einladung von Beratungsdelegationen aus sozialistischen Ländern (UdSSR, MVR und SFRJ) und kapitalistischen Ländern (LKG-Niederlande, FI-Belgien, UFAC-Frankreich und aus Griechenland) und Entsendung von entsprechenden Delegationen der Zentralleitung zu Bruder- und Partnerverbänden auf der Grundlage entsprechender Einladungen.

- Empfang von Studiendelegationen der VVN-BdA der BRD sowie Durchführung von Bildungsfahrten für die VVN-VdA Westberlin.

- Teilnahme an der Tagung der Delegation des Büros der FIR im Frühjahr 1989 in Spanien anläßlich des 53. Jahrestages des heldenhaften Kampfes um Madrid sowie an der Büro- und Generalratstagung der FIR aus Anlaß des 50. Jahrestages des Beginns des zweiten Weltkrieges in der VR Polen.

- Teilnahme an der Tagung des Koordinierungskomitees der vier internationalen Organisationen der Widerstandskämpfer und Kriegsteilnehmer für Abrüstung im Juli 1989 in der UdSSR

- Entsendung von Vertretern der Zentralleitung zur Teilnahme an den Tagungen der Organe der internationalen Lagerkomitees und Delegierungen zur Teilnahme an Gedenkfeiern in den ehemaligen Konzentrationslagern und anderen Stätten.

- Einladung von ausländischen Gästen zur Teilnahme an den Veranstaltungen anläßlich des Internationalen Gedenk- und Kampftages 1989, der im Zeichen des 50. Jahrestages des Beginns des zweiten Weltkrieges und des 40. Jahrestages der Gründung der DDR steht.

- 5 -

Zur Öffentlichkeitsarbeit

In der Öffentlichkeitsarbeit der Zentralleitung geht es vor allem um die kontinuierliche und wirksame Auswertung des Zentralen Traditionstreffens.
Die Bezirkskomitees analysieren in enger Zusammenarbeit mit den Kommissionen Traditionsarbeit der Bezirks- und Kreisleitungen der SED sowie den Vereinbarungspartnern die inhaltliche Seite ihrer Arbeit mit den revolutionären und antifaschistischen Traditionen sowie die Formen und Methoden und legen die künftigen Aufgaben fest, besonders hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Namensträgerbewegung. Bei unserer Tätigkeit zur Unterstützung der patriotischen und internationalistischen, antifaschistischen Erziehung der jungen Generation geht es vor allem um die überzeugende Erläuterung der politisch-ideologischen Fragen der weiteren Verwirklichung der Politik des XI. Parteitages, damit sie - unter Nutzung der Erkenntnisse der Geschichte sowie der Erfahrungen der revolutionären Vorkämpfer - mit eigenen Schritten auf unserem bewährten sozialistischen Weg zielstrebig weiter vorangeht.

Maßnahmen:

- Beratung mit den verantwortlichen Genossen für Öffentlichkeitsarbeit der Bezirkskomitees, Vertretern der Partnerorganisationen, des Verbandes der Journalisten sowie Mitgliedern der Agitationskommission zur Auswertung der Tagung der Zentralleitung.
  Termin: März 1989

- Teilnahme an Veranstaltungen im Rahmen der Qualifizierungswoche der Fachberater für Geschichte der Oberschulen der DDR durch Sekretäre der Zentralleitung sowie Mitglieder der Agitationskommission.

  Termin: II. Quartal 1989

- Beratungen mit verantwortlichen Redakteuren der Presseorgane unserer Vereinbarungspartner zur weiteren Erhöhung des Niveaus der Publikationen über den antifaschistischen Widerstandskampf und die revolutionären Traditionen der Arbeiterbewegung.

  Termin: I. und II. Halbjahr 1989

- Die Zeitschrift "Der antifaschistische Widerstandskämpfer" setzt die Serie "40 Jahre DDR" fort und publiziert vorrangig Beiträge zu Inhalt und Methode der Traditionsarbeit.

Zur Geschichte und Forschungsarbeit

Schwerpunkt der weiteren Darstellung und Vermittlung der Geschichte des Kampfes gegen den Faschismus und die Errichtung des antifaschistischen, sozialistischen Staates auf deutschem Boden bleibt in allen Formen der Geschichtspropaganda die noch wirksamere Auswertung und Anwendung der Erfahrungen bei der Erforschung der örtlichen und Betriebsgeschichte. Dies erfolgt in enger Zusammenarbeit und planmäßigen Abstimmung mit den Kommissionen Traditionsarbeit und den Geschichtskommissionen der SED, den

Vereinbarungspartnern sowie den dazu berufenen wissenschaftlichen Einrichtungen und Massenmedien. Es gilt, in Zusammenarbeit mit allen Vereinbarungspartnern, die eigenverantwortliche und eigenständige geschichtsideologische Arbeit der Kollektive in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen noch stärker zu entwickeln.

Maßnahmen:

- Mitwirkung der Zentralleitung bei der Durchführung von seminaristischen Beratungen des Zentralausschusses für Jugendweihe in den NMG zur Erhöhung des Niveaus und der Wirksamkeit der Jugendstunden mit antifaschistischer Thematik.

  Termin: Beginn Februar 1989

- Durchführung eines gemeinsamen Geschichtssymposiums mit dem tschechoslowakischen Bruderverband in Mariánske-Lázne/ CSSR zum Kampf der Antifaschisten beider Länder gegen den imperialistischen Krieg Nazideutschlands.

  Termin: März 1989

- Ehrungen durch Delegationen der Zentralleitung anläßlich der 44. Jahrestage der Befreiung der Häftlinge faschistischer Konzentrationslager und des Zuchthauses Brandenburg-Görden.

  . Buchenwald 8. 4. 1989
  . Sachsenhausen 22. 4. 1989
  . Ravensbrück 29. 4. 1989
  . Brandenburg 29. 4. 1989

- Tagung der Geschichtskommission der Zentralleitung zu Fragen des Neofaschismus/Neonazismus in Zusammenarbeit mit der Akademie für Gesellschaftswissenschaften und dem Propaganda-Beirat beim Zentralvorstand der GST.

  Termin: Mai 1989

- Teilnahme an der Vorbereitung und Durchführung einer wissenschaftlichen Konferenz der Humboldt-Universität Berlin mit internationaler Beteiligung zum antifaschistischen Widerstand in Verbindung mit dem 50. Jahrestag des Beginns des zweiten Weltkrieges in der NMG Buchenwald.

  Termin: Juni 1989

- Durchführung von Maßnahmen in Verbindung mit dem Internationalen Gedenk- und Kampftag und, in Unterstützung des Ministeriums für Kultur, zum 30. Jahrestag der Einweihung der NMG Ravensbrück.

  Termin: September 1989

- Gemeinsame Veranstaltung mit dem Zentralvorstand der GST und der NMG Sachsenhausen anläßlich der 45. Wiederkehr des Tages der Ermordung von 27 Kommunisten und Antifaschisten im Konzentrationslager Sachsenhausen, verbunden mit dem VI. Traditionswettkampf der GST um den Ehrenpokal der Zentralleitung.

  Termin: Oktober 1989

- Die Aktivitäten der LAG/AG/Sektionen in der massenpolitischen Arbeit, in Verbindung mit den Namensträgerkollektiven und den Mahn- und Gedenkstätten sowie zur Erarbeitung und Herausgabe von Publikationen werden allseitig gefördert.

- Die Zentralleitung unterstützt das Ministerium für Kultur beim Aufbau der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Brandenburg-Görden.

- Die Zentralleitung unterstützt die Tätigkeit der Stiftung und des Internationalen Kuratoriums "Neue Synagoge Berlin - Centrum Judaicum".

Zur Sozialarbeit

Auf der Grundlage der entsprechenden Beschlüsse von Partei- und Staatsführung vom Januar 1983 ist im Zusammenwirken mit den staatlichen Organen das bisher erreichte hohe Niveau der komplexen Betreuung unserer VdN-Kameraden zu stabilisieren und weiter zu vervollkommnen.
Hierzu gilt es vor allem,

- den sich ständig verändernden individuellen Bedürfnissen der Kameraden mit Aufmerksamkeit zu begegnen und immer besser und umfassender zu entsprechen.

- die medizinische, soziale und politisch-kulturelle Betreuung, vor allem der alleinstehenden betreuungsbedürftigen Kameraden sowie der in Feierabend- und Pflegeheimen lebenden, mit Ideenreichtum und Konsequenz immer wirksamer zu gestalten.

- das Niveau der Versorgung und Betreuung in den VdN-Kurheimen in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Gesundheitswesen zielstrebig weiter zu erhöhen.

- die bestmöglichsten Unterbringungs-, Behandlungs- und Betreuungsbedingungen bei stationärem Aufenthalt in den Gesundheitseinrichtungen - entsprechend den Festlegungen für unsere Kameraden - zu gewährleisten.

Gemeinsam mit dem Ministerium für Gesundheitswesen führt die Zentralleitung eine Zentrale Arbeitstagung zur VdN-Betreuung in Schwerin durch.